

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 RM, monatlich 1,10 RM.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Belastet für die sechsgehaltene Kolonial-
gelle oder deren Raum 10 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Braunschweigischer
Wahlrechtskampf.

(Schluß.)

Nachdem wir die Verhältnisse geschildert haben, aus denen
allein das sonst unglaubliche Verhalten der braunschweigischen
Gewalthaber zu erklären ist, möge eine zusammenfassende
Darstellung des letzten Prozesses folgen, der mit einer Ver-
urteilung des „Volksfreund“-Redakteurs Wesemeier seinen Ab-
schluß fand.

Die Anklage hatte zwei verschiedene Fälle zusammen-
gefaßt: eine angebliche Landtagsbeleidigung und eine aus
20 Artikeln herausgeschaltete Polizeibeleidigung.

Der den Landtag beleidigende Artikel stellte einfach fest,
daß der Landtag am 25. Januar, einen Tag vor seiner
Eröffnung, in nicht ordentlicher und nicht öffentlicher Sitzung
gegen die Verfassung das Mandat des Genossen Jasper für
ungültig erklärt hatte. Der Landtag hatte sich durch diesen
Artikel gar nicht beleidigt gefühlt, auch der Staatsanwalt
hatte den Artikel unbeachtet gelassen. Erst nach Monaten,
als ein anderer Artikel gegen den Landtag im „Volksfreund“
erschien, grüßte der Staatsanwalt auch den ersten Artikel aus,
offenbar um eine härtere Strafe für Wesemeier erwirken zu
können.

Die Polizeibeleidigung wurde in zwanzig Artikeln ge-
funden, die sich mit dem am 26. Januar von der Polizei auf
friedliche Demonstranten veranstalteten Blutbad beschäftigten.
Der „Volksfreund“ hatte behauptet, daß die Polizei auf die
vor dem Ministerialgebäude versammelte Menge ohne Grund
plötzlich mit blanken Säbeln eingehauen und sich überaus
brutal benommen hätte, woran dann die entsprechende Kritik
geknüpft worden war.

Der Reinwaschungsprozeß begann mit einer Beschränkung
der Öffentlichkeit. Nur zwanzig Personen wurden in den
Zuhörerraum zugelassen. Wegen sonstige Gepflogenheiten wurde
der große leerstehende Schwurgerichtssaal nicht benutzt. Ja
die Verhandlung wurde sogar jeden zweiten Tag ausgesetzt,
damit inzwischen auch die andere Strafkammer tagen könnte.
So groß war die Scheu, in einem geräumigen Saale vor
breitester Öffentlichkeit zu verhandeln.

Am ersten Prozesstage lehnte die Verteidigung den Ge-
richtshof, dem ein sattam als Sozialistenhasser bekannter
Landgerichtsdirektor Kohnmann präsiidierte, als besangen ab,
weil der Vorsitzende in einem früheren Prozeß gegen Wesemeier
die Ladung von Entlastungszeugen nicht zugelassen
hatte, weil sodann die Richter dem Reichsverbande zur Ver-
kämpfung der Sozialdemokratie angehört und weil schließlich
ein Richter geistig erkrankt und deshalb unfähig sei, als Richter
zu fungieren.

Der Ablehnung wurde nicht stattgegeben. Der Gerichts-
hof sei trotzallem unbefangen. Dagegen wurde der Ver-
teidiger Dr. Jasper wegen der Begründung der Ablehnung
mit der Entkränkung des Richters in eine Ordnungstrafe von
50 M. genommen. Auch ein Disziplinarverfahren ist gegen
ihn eröffnet worden. So geht's vor braunschweigischen
Gerichten zu.

Die Verteidigung lehnte den Gerichtshof nochmals ab und
zwar mit neuen Gründen, unter anderen damit, daß jener
Kohnmann in einem anderen Prozeß gesagt hatte, die Staats-
behörden seien nicht dazu da, sich gegenseitig zu beschützen,
sondern zu unterstützen, womit doch unumwunden
zugegeben wurde, daß die Justiz Partei für die Behörden
nehmen müßte. Der Vorsitzende zeigte seine Unbefangenheit
gleich dadurch, daß er den Verteidiger Dr. Jasper gar nicht
ausreden ließ, sondern ihn mit dem Einwand unterbrach, es
werde ihm nicht gelingen, seinen Antrag zu begründen. So
oft die Verteidigung Fragen an die Polizisten stellte, die die
Sachlage hätten aufklären können, ließ der Vorsitzende die
Fragen nicht zu. Das Ersuchen der Verteidiger, einen Ge-
richtsbeschuß herbeizuführen, lehnte Kohnmann stets ohne
weiteres ab. Wenn die übrigen Richter nicht Einspruch er-
hoben, sei er selbst Gerichtsbeschuß. Und richtig: Die Wei-
siger waren stets ein Herz und eine Seele mit ihrem Vor-
sitzenden.

Da es sich hauptsächlich darum handelte, ob die Polizisten
die dienstlichen Vorschriften über den Waffengebrauch beachtet
hätten, kam doch alles darauf an, den Paragraphen über
den Waffengebrauch verlesen zu lassen. Das konnte nur ver-
weigert werden, wenn daraus ein Nachteil für das Reich oder
den Bundesstaat Braunschweig hätte entstehen können. Jede
dahingehende Frage der Verteidiger an den als Zeuge geladenen
Polizeipräsidenten und dessen Vorgesetzten, den Minister des
Innern Hartwig, wurde jedoch von dem Vorsitzenden untersagt!
Es konnte also gar nicht festgestellt werden, wie die be-
treffende Vorschrift lautete, also auch nicht, ob die Polizisten
diese Vorschrift beachtet hatten oder nicht. Dagegen kam ein
anderer Paragraph zur Verlesung, der bestimmt, daß die
Polizei bei Ausläufen alles nur Mögliche versuchen soll, um
die Menge friedlich auseinander zu bringen.

Während der „unbefangene“ Vorsitzende die Polizisten in
jeder Weise schützte und ihnen die Verweigerung der Aussage
jedemal in den Mund legte, fuhr er die Entlastungs-
zeugen in der schroffsten Weise an. Einen Elektrotechniker,

der unter Eid ausagte, nicht gesehen zu haben, daß jemand
aus der demonstrierenden Menge einen Schuß abgegeben
habe, schnarrte er an: „Sie haben wohl Angst vor den Ge-
nossen?“ Alles in allem war die Befangenheit des Vor-
sitzenden so offenbar, daß sich oft ein Murren im Publikum
erhob.

Dennoch gelang es den Verteidigern — Dr. Jasper und
Dr. Rosenfeld — einen glänzenden Wahrheitsbeweis zu er-
bringen. Die Darstellung des „Volksfreund“ war noch viel
zu milde gewesen, die Polizei hatte viel schlimmer gewütet.

Eine ganze Reihe von Zeugen, die nicht zur sozialdemo-
kratischen Partei gehören, bekundete, daß sich die demonstrie-
rende Menge tadellos benommen und nur gesungen und Hoch-
rufe auf das gleiche Wahlrecht ausgebracht hatte. Unter diesen
Zeugen befanden sich ein Zahnarzt, ein Staatsanwalt, ein
Hofbibliothekar, ein Oberingenieur, ein Gymnasiast, Sohn eines
Arztes, ein Redakteur der nationalliberalen „Landeszeitung“
und schließlich der Minister des Innern selbst, Legation, der
von einem Fenster des Ministerialgebäudes zusah, ohne dem
Blutbad Einhalt zu gebieten, sagte unter Eid, daß er nur den
Gesang der Marcellaise und Hochrufe gehört, dagegen nicht
gesehen habe, daß die Menge die Polizisten irgendwie insultiert,
beleidigt oder beworfen hätte. Auf die Frage der Verteidigung,
ob er in der Menge Polizisten bemerkt habe, antwortete er
diplomatisch: uniformierte Polizisten nicht. Er hat also
offenbar nicht uniformierte, also Geheimpolizisten bemerkt und
von diesen dürfte auch der geheimnisvolle Schuß abgegeben
worden sein, auf den hier erst die Polizei mit blanker Waffe
eingehauen haben will. Dafür, daß ein Demonstrant den
Schuß abgegeben, konnte wenigstens kein Beweis erbracht
werden; dagegen sagte ein Zeuge unter Eid, ein den besseren
Ständen angehörender, feingekleideter Herr habe auf der
Straßenbahn gesagt: „Ich habe genau gesehen, daß ein
Polizist geschossen hat. Ich kenne den Schutzmann nicht dem
Namen nach, aber ganz genau von Ansehen.“

Daß die Demonstranten auf die Polizisten mit Flaschen
warfen, hat kein Zeuge beidnen können, dagegen sagte eine
Zeugin unter Eid, daß aus einem anliegenden Hause mit
Flaschen auf die Demonstranten geworfen wurde.

Die Anklage wurde schließlich von den als Zeugen ge-
ladenen Polizisten selbst im Stiche gelassen. So konnte der
die Akte kommandierende Oberwachmeister Gerede seine
frühere Behauptung, daß er dreimal zum Auseinandergehen
aufgefordert habe, unter Eid nicht aufrecht erhalten.
Er habe einen scharfen Pfiff ertönen lassen, was in
Braunschweig „auseinandergehen“ bedeute (was aber nie-
mand wissen kann, da ja die Polizeianweisung nicht einmal
vor Gericht verlesen werden durfte), und dann zum Angriff
mit blanker Klinge kommandiert. Daß die Polizei zu diesem
Angriff wie zu einem Feste vorging, ergab sich auch aus der
Aussage eines Zeugen, dem ein Schutzmann bei einer
späteren Unterredung wiederholt erklärte: „Das nächste Mal
geht's über Weichen.“

Wie allmächtig die unteren Polizeiorgane in Braun-
schweig sind, geht auch daraus hervor, daß der Polizei-
präsident, dem durch Spittel die beabsichtigte Demonstration
vorher gemeldet worden war, sich nicht einmal die Mühe
gab, die Schutzleute vorher zu instruieren, sie auch nicht unter
das Kommando des Polizeinspektors stellte, sondern sich selbst
überließ. Das gab dem Staatsminister und dem Polizei-
präsidenten die willkommenen Gelegenheit, ihre Hände in Un-
schuld zu waschen und dem Staatsanwalt Anlaß in dem
früheren Prozeß wegen Ministerbeleidigung zu klagen, weil
der „Volksfreund“ den leitenden Staatsminister für das Blut-
bad verantwortlich gemacht hatte, was dem Genossen Wesemeier
eine Verurteilung durch dieselbe Kohnmann-Kammer zu acht
Monaten Gefängnis zuzog.

Wie brutal die Polizei am 26. Januar den Säbel spielen ließ,
ergab sich aus zahlreichen Zeugenaussagen. Von einwandfreien
Zeugen wurde bekundet, daß eine am Boden liegende Frau, die
nicht das geringste getan hatte, von einem Polizeibeamten in
fürchterlicher Weise mit dem scharfen Säbel geschlagen wurde; ebenso
wurde ein am Boden liegendes schwangeres Mädchen maltätigert.
Zeugeneidlich wurde festgestellt, daß ein kleiner Schulfknabe von
einem Polizisten mit dem blanken Säbel bearbeitet und noch dazu-
getreten worden ist. Ein 18jähriger Schmied wurde, wie
ebenfalls zeugeneidlich bekundet wurde, von einem Polizisten
derartig niedergeworfen, daß er den Arm brach. Auf der
Polizeiwache hatte man ihn veranlaßt, zu Protokoll zu geben,
daß er durch das Publikum niedergeworfen worden sei. Vor
Gericht widerrief er. Die Polizisten hatten ihm gesagt, wenn
er einen Polizeibeamten beschuldige, werde er wegen Land-
friedensbruch bestraft.

Dem Redakteur eines bürgerlichen Blattes war es sicher
sehr unangenehm, vor Gericht als Zeuge bekunden zu müssen,
daß ihm derselbe Oberwachmeister, mit dem er sich vorher
unterhalten hatte, kurz darauf einen heftigen Säbelschlag auf
den Rücken versetzte. Eine 63jährige Witwe sagte als Zeugin
aus, daß sie, als sie aus einem Hause kam, in dem
sie tagsüber genächt hatte, von einem Polizisten einen
scharfen Säbelschlag ins Gesicht erhielt. Ein gebrech-
licher alter Kriegervereiner, der sich den Zapfenstreich
am Vorabend von Kaisergeburtstag ansehen wollte,
erhielt mehrere heftige Säbelschläge auf Kopf, Arm und Rücken.
Der Staatsanwalt Vues konnte von Glück sagen, daß er sich
vor den ihn bedrohenden Säbelschlägen in einen Laden
flüchten konnte, dessen Inhaber ihm bekannt war. Ein

anderer Hausbesitzer war nämlich so „human“, die sich zu ihm
Flüchtenden wieder auf die Straße und in die Polizeifabel
hineinzutreiben.

Der Arbeiter Ringenauer, dem jetzt der Prozeß wegen
Landfriedensbruch gemacht werden soll und der immer
noch in Untersuchungshaft sitzt, wollte mit erhobenen Armen
den nach seiner eigenen Zeugenaussage blind um sich
schlagenden Oberwachmeister Steinmann von sich abwehren.
Ringenauer wurde umgerissen und zog dabei den Ober-
polizisten mit sich zu Boden. Als Ringenauer am Boden lag
erhielt er, wie andere Zeugen bekundeten, 15 bis 20 heftige
Säbelschläge auf den Kopf. Als Ringenauer als Zeuge aus-
sagen wollte, daß er auch auf der Polizeiwache geschlagen und
mißhandelt worden sei, ließ der „unbefangene“ Vorsitzende
diese Aussage nicht zu.

Eine ganze Anzahl einwandfreier Zeugen bekundete, daß
der Schutzmann Lange einem alten kranken Mann, weil er
sich nicht schnell genug vortwärts bewegte, mit dem Säbel
Kopf und Rücken bearbeitete. Ein Schutzmann mußte, von
der Verteidigung in die Enge getrieben, als Zeuge zugeben,
daß der Oberwachmeister Erdmann einen alten Mann ohne
jede Veranlassung mit dem blanken Säbel auf den Hinter-
kopf schlug.

Es wurde also durch das Zeugenverhör der unvorders-
legliche Nachweis erbracht, daß, wie der Verteidiger Dr. Rosen-
feld im Plaidoyer sagte, jedes Wort der inkriminierten Artikel
wahr sei.

Und dennoch war das ganze Zeugenverhör eindrucklos
an dem Staatsanwalt vorübergegangen. Die Polizisten hätten
nur ihre Pflicht getan. Das war der einzige Gedanke, den
er seinen Ausführungen zugrunde legte. Er beantragte be-
kanntlich ein Jahr Gefängnis. Alle Entlastungszeugen seien
unglaubwürdig.

Nun, es war eben ein Staatsanwalt. Das schönste aber
ist, daß der für unbefangen erklärte Gerichtshof ebenfalls sich
nicht um das Zeugenverhör kümmerte, sondern in der Be-
gründung seines Schrecksurteils von neun Monaten Ge-
fängnis ausdrücklich erklärte, sich in allen Punkten den Aus-
führungen des Staatsanwalts angeschlossen zu haben. Die
Polizei hätte vorschriftsmäßig, ja sogar human gehandelt.
Sie könne nicht prüfen, wer schuldig sei oder nicht. Sie müsse
auch auf die Weiber einschlagen, da diese ihr auch gefährlich
werden könnten. Auch habe sie die Pflicht, die Fliehenden aus
den Häusern herauszutreiben.

Die ganze Aktion war ein Vergeltungsakt der herrschenden
Gewalt, die durch die Aufklärungsarbeit des „Volksfreund“
bei dem erwerbstätigen Volke so gänzlich in Mißkredit ge-
bracht ist. Das Gericht hat an der Polizei eine Rohrenwache
vollzogen und die Rechtsprechung jedes Vertrauens beraubt.

Wie aufpeitschend auch dieser Prozeß auf die Arbeiterschaft
wirkte, zeigten die großartigen Ovationen, die dem Genossen
Wesemeier nach dem Bekanntwerden des Urteils von vielen
Tausenden dargebracht wurden. Das Ansehen des braun-
schweigischen Staates ist gänzlich dahin, er hat es selbst
ruiniert. Es bedurfte nur eines letzten Restes, um die braun-
schweigische Regierung über den Haufen zu werfen, wenn sie
nicht am reaktionären Preußen ihre Stütze hätte. Deshalb
vorwärts in Preußen! Fällt dort die Reaktion, dann fällt sie
auch in Braunschweig!

Opfer der polizeilichen Blutarbeit!

Ein Privattelegramm meldet uns aus Kiel vom 18. Mai:

Fünf und ein halbes Jahr Gefängnis wurden an einem
Tage im Wahlrechtskampf verhängt. Die bedauerlichen
Vorgänge, die sich am 15. Februar in Neumünster
nach Schluß der sozialdemokratischen Protestversammlungen
gegen die Polizeibrutalitäten der Neumünsterischen Polizei
gegen Wahlrechtsdemonstranten am 13. Februar zutrugen,
haben heute ein gerichtliches Radspiel gehabt. Vor der
Kieler Strafkammer hatten sich die Arbeiter Benßen,
Ahrends, Busch, Vrees und der Schuhmacher Bachmann, sämtlich
aus Neumünster, zu verantworten unter der Anklage des Landfriedens-
bruchs, wegen tätlichen Angriffs und Beleidigung. Am 15. Februar
strömte die Menge nach Schluß der Versammlungen nach „Groß-
flecken“ (Kathausplatz). Vor dem Kathause kam es zu einem blutigen
Zusammenstoß mit der Polizei. Eine Anzahl junger Vurschen, die mit
der Partei nichts zu tun haben, warfen die Polizisten mit Steinen und
Flaschen. Schließlich wurde Militär herangezogen. Den Angeklagten
wird zur Last gelegt, daß sie sich an einem Menschenauflauf zur
Verweigerung von Gewalttätigkeiten beteiligt haben. Die ersten drei
Angeklagten sollen die Schutzleute mit Steinen beworfen haben.
Der Angeklagte Busch soll die Beamten durch das Wort Lump und
Lumpenhund beleidigt haben. Die Angeklagten bestritten sämtlich die
ihnen zur Last gelegten Taten. Außer einem Zeugen, der nichts
Genaueres bekunden konnte, sind nur Belastungszeugen, in der
Hauptsache Polizeibeamte, vernommen worden, welche unter ihrem
Eid bekundeten, daß sich die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig
gemacht haben. Das Gericht verurteilte sämtliche Angeklagten
und zwar Benßen und Ahrends zu je einem Jahr und drei
Monaten Gefängnis, Busch zu einem Jahre vier
Monaten, die anderen beiden, Vrees und Bachmann, zu je zehn
Monaten Gefängnis. Busch befindet sich seit dem 19. Fe-
bruar in Untersuchungshaft, ihm wird ein Monat Untersuchungshaft
angerechnet. Das Gericht ging weit über den An-
trag des Staatsanwalts hinaus, welcher gegen
Benßen und Ahrends je neun Monate Gefängnis, gegen Busch
zehn Monate, gegen Vrees sechs Monate und gegen Bachmann
sieben Monate beantragt hatte.



Die Strafen, die gegen die fünf Angeklagten verhängt wurden, sind geradezu ungerühmlich. Der Staatsanwalt hatte insgesamt nur drei Jahre und fünf Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht überschritt diesen Antrag um zwei Jahre! Die ganze Härte dieses Urteils wird erst dann verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, aus welcher Stimmung heraus die Angeklagten — vorausgesetzt, daß sie wirklich schuldig waren — gehandelt hatten. Denn ihre Erregung gegenüber der Polizei, das Werfen von Steinen und Flaschen, entsprang nicht etwa einem rohen Drang zu Gewalttätigkeiten, sondern der furchtbaren Erbitterung über die Blutarbeit, die die Polizei zwei Tage vorher, am 13. Februar, friedlichen Demonstranten gegenüber verrichtet hatte! Damals, am 13. Februar, war von einem Widerstand gegen die Polizei keine Rede. Als die aus den Versammlungen drängenden 3000 Personen sich nicht rasch genug entfernen konnten, zum guten Teil deshalb, weil die Polizei selbst einen Korridor um die Versammlungsorte gebildet hatte, hieb die Polizei ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zunächst mit den Fäusten auf die bereits in die Seitengassen abgetrennten Versammlungsbefucher ein. Dann aber wurde der Befehl zum Einhaufen gegeben und in wahrhaft rassistischer Weise befolgt. Selbst auf die am Boden Liegenden wurde erbarmslos mit dem Säbel eingehauen. Einem Arbeiter von 68 Jahren wurde von hinten ein Säbelschiff in die Lunge beigebracht. Einem jungen Manne wurde das Handgelenk halb durchgehauen, ein anderer erlitt schwere Rückenverletzungen. Einem Jungen von 15 Jahren wurde ein Ohr abgeschlagen! Selbst der liberale „Sachsenische Kurier“ mußte melden:

„So arg wie in Neumünster wurde in keiner Stadt der Monarchie von der Polizei vorgegangen. Mit 40 Verurteilungen kann die Neumünsterische Polizei das Ruhmesblatt in Anspruch nehmen, die schneidigsten Polizeiattaken gegen nichtbewaffnete Wahlrechtsdemonstranten am gestrigen Sonntag geritten zu haben. Einem Arbeiter wurde die Lunge durchbohrt, einem anderen Arbeiter die Hand und einem dritten ein Ohr abgeschlagen. . . . Hätte die Polizei sich begnügt, wie in anderen Städten auch, die die Versammlung verlassenden Massen „ruhig und besonnen“ in die Straßen abzuleiten, wir würden heute in der angenehmen Lage sein, auch von Neumünster berichten zu können, die Ruhe und Ordnung wurde nirgends gestört. . . . Schon bei den früheren Demonstrationen zeichnete sich die Polizei in Neumünster durch besonders schnelles Vorgehen aus.“

Kein Wunder, daß die Massen über diese brutale Meutele auf's äußerste empört waren. Die beiden Protestversammlungen, die zwei Tage später stattfanden, waren noch zahlreicher besucht als die Versammlungen des Demonstrationssonntages. Trotz der ungeheuerlichen Empörung, die die Demonstranten erfüllte, folgten die Massen der Aufforderung, sich ruhig zu entfernen. Nur ein Trupp junger Leute zog vor das Rathaus, um seiner Erbitterung durch laute Psalmen Ausdruck zu geben. Die Polizei griff wiederum mit dem gemönten Scheit ein, jedoch es zu den Zusammenstößen kam, welche die fünf Verurteilten auf die Anklagebank brachten. Ein Polizist wurde bei diesem Zusammenstoß durch einen Steinwurf verletzt. Gleichzeitig wurde aber auch einer der Demonstranten am Arme schwer verwundet.

Wenn nun die Rieker Strafkammer so ungeheuer schwere Strafen über die fünf jungen Leute, die eigentlich nur die Opfer der standalösen polizeilichen Provokationen waren, verhängte, so ist es nur ein neuer Beweis dafür, daß unsere Justiz jede Fühlung mit dem Volksempfinden verloren hat und, einerlei, ob bewußt oder unbewußt, ihres Dienstes nur im Interesse der herrschenden Klassen und des von ihnen beherrschten Klassen- und Polizeistaates waltet.

Studenten, Sproßlinge der besitzenden Klasse, die in angeheiteter Nadaustimmung Schulleute verprügeln, kommen mit Geldstrafen davon; jugendliche Arbeiter dagegen, die in ihrer Empörung über ein Polizeigemebel zu ähnlichen Gewalttätigkeiten sich fortsetzen lassen, werden zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt! Wenn sich unsere herrschende Klasse allerdings einbilden sollte, daß durch solche Akte der Justiz die Empörung über die Rechtslosigkeit und ihre Vertiefung erstickt werden könnte, befindet sie sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Wir kennen die fünf Verurteilten nicht, wir wissen nicht, ob sie nach ihrem sonstigen Verhalten der Sympathien der Gesamtarbeiterschaft würdig sind. Aber das Rieker Urteil hat sie zu Märtyrern gemacht. Das Rieker Urteil, wie jedes andere während der Wahlrechtskampagne gefällte Bluturteil vermag die Erbitterung der Massen nur zu steigern und den Wahlrechtskampf mit jener tiefen Leidenschaft zu erfüllen, die den preussischen Dreiklassenstaat trotz aller Wajonette und Polizeifädel vernichten wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Mai 1910.

### Der 21. Evangelisch-soziale Kongress

wurde Dienstagabend zu Chemnitz mit einer Begrüßungsrede Adolf Wagners eröffnet, worin der alte Herr wieder einmal der Sozialdemokratie den entsetzlichen Vorwurf machte, sie verkenne in ihrer furchtbaren Einseitigkeit, daß es nicht ohne die Leistung des Unternehmers gese, der doch immer „der Kopf der Produktion“ bleibe. So schlimm wie in Amerika, wo ein paar hundert Milliardäre das wirtschaftliche und politische Leben beherrschen, könne es bei uns nicht werden, weil Deutschland am monarchischen Prinzip festhalte. — Wie so das monarchische Prinzip die großen Kapitalisten verhindern soll, immer noch reicher zu werden, hat der Herr Professor nicht gesagt; wenigstens melden die Berichte nichts davon. So wird es erlaubt sein, die Äußerung nur als eine schön klingende Feiertagsphrase zu bewerten.

Am Mittwoch fand die erste Hauptversammlung statt, die mit einer Rede Adolf Harnack's begann. Er rief „das große Wort der Reichsversicherungsordnung“ (!), sprach davon, daß die „verhältnismäßig nicht allzu schwere Ueberwindung der letzten wirtschaftlichen Krise“ nebst anderen glänzenden Symptomen zeige, daß wir „im ganzen auf dem richtigen Wege“ sind, und leistete sich einige Seitenhiebe auf die Sozialdemokratie, die unbeschäftigt sind, nachdem die Bemerkung über die letzte Krise gezeigt hat, mit welchem Verständnis der Geheimen Oberregierungsrat dem Elend des Volkes gegenüber steht. Nachdem er noch über die sexuelle Frage ein paar Worte redet und die überwältigende Wahrheit verkündet hatte, daß „niemand einen Mittelweg zwischen Ehe und freier Liebe habe aufweisen können“, ließ er außer dem Kaiser auch den König von Sachsen hochleben.

Dann hielt der sächsische Ministerialrat Roscher eine Rede, worin er von einer „gegenseitigen Annäherung mit der Sozialdemokratie“ sprach, die aber nur darin bestehen dürfe, „daß wir berechtigten Klagen berücksichtigen und den Sozialdemokraten dazu verhelfen, verlorengegangene Güter wieder zu erlangen, nämlich die Liebe zu unserem monarchisch gestalteten Vaterlande, das Vertrauen zu den Vorgesetzten und überhaupt zu den Bessergestellten und dem christlichen Glauben“.

Wir sind überzeugt, daß der Ministerialrat mit dieser Sorte von „Annäherung“ bei unseren sächsischen Genossen die richtige Antwort finden wird, zumal er gleich hinzufügte, daß „die sozialpolitischen Lasten nur mit großer Vorsicht weiter vermehrt werden“ dürfen.

Ueber das Thema „Sozialistische Weltanschauung und christliche Religion“ sprach sodann Pastor Liebster aus Leipzig. Seine Rede lieferte den Beweis, daß es selbst christlichen Gegnern ungeheuer schwer, wo nicht unmöglich ist, die sozialistische Weltanschauung zu verstehen. Wir zitieren nur den einen Satz:

„Man braucht nur den dialektischen Begriff des Mehrwertes, der von Marx in der Ökonomie angewendet wird, auf alle Lebenserscheinungen zu beziehen. Von der einfachsten Zelle bis zur höchsten Kultur offenbart sich alles Leben als ein Wille zum Mehrwert. Im Menschen tritt dieser Wille mit solcher Stärke auf, daß er in den irdischen Verhältnissen keine dauernde Befriedigung finden kann. Darum spaltet er sich und neben dem Willen zum irdischen Mehrwert tritt der Wille zum überirdischen, ewigen Mehrwert auf. Gott ist keine wissenschaftliche Hypothese, sondern die Tatsache der vollkommenen Befriedigung des Willens zum ewigen Mehrwert.“

Es verlohnt natürlich nicht der Mühe, auf diese überspannten Redensarten des sonst sympathischen Pastors einzugehen. — In der Diskussion sorgte sich Herr Professor Schulze-Gävernitz darum, daß der deutsche Arbeiter frage: „Was bleibt mir von Marx übrig, nachdem ich Bernstein in zahllose einzelne Fragen zerlegt hat?“ Wir teilen diese professorale Sorge nicht und können Herrn Schulze-Gävernitz in dieser Hinsicht beruhigen. Der deutsche Arbeiter weiß schon, was ihm bleibt.

So weit liegt der Bericht bis zur Stunde vor. Wir denken, unsere Leser werden mit uns derselben Meinung sein: viel lernen kann ein Sozialdemokrat nicht vom Evangelisch-sozialen Kongress.

### Ein Zwischenfall.

In der Diskussion über den Vortrag des Pastors Liebster über „Sozialistische Weltanschauung und Christentum“ führte der Vertreter der sächsischen Staatsregierung Geheimrat Roscher einen häßlichen Zwischenfall herbei. Geheimrat Roscher hatte schon in seiner Begrüßungsrede des Kongresses das „Großunternehmertum“ als die uneigennütigen Er-nährer von Hunderttausenden geschildert und gemeint, daß auch heute noch alle Arbeiter den Marschallstab zum Industriebetrieb in ihrem Nacken tragen. Die sächsische Industrie sei infolge der sozialen Lasten kaum noch konkurrenzfähig, und stehe besonders der Schuttschutzgebung für Heimarbeit mit Bedauern entgegen. Diese Ausführungen hatten einen öffentlichen Widerspruch nicht erregt. Anders wurde es jedoch, als Roscher in der Diskussion wiederum das Wort ergriff auf eine heillosige Vermerkung des Pastors Liebster, daß der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie für den Christen kein Grund sei, sie zu bekämpfen. Geheimrat Roscher berief sich demgegenüber darauf, daß im Neuen Testament stehe: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit“, und daß das Christentum auch die Sklaverei nicht durch einen Appell an höhere Gewalt zu beseitigen versucht habe, was die Briefe des Apostels Paulus beweisen.

Gegen diese Ausführungen wandte sich Pastor Herz-Chemnitz, der meinte, daß gerade in der Liebe zum Volke, in der Zukunfts-hoffnung und in revolutionären Geist Christentum und Sozialdemokratie identisch seien.

Nach weiter ging der Leipziger Theologieprofessor Gregor, der Roscher entgegenhielt, daß in den meisten größeren Revolutionen der Weltgeschichte die christlichen Christen auf der Seite der Revolutionäre gekämpft haben. Cromwell in England habe Bibel und Schwert geführt, und der amerikanische und Burenkrieg seien auch von echten Christen geführt worden. Die Revolution sei Gottesrecht gegenüber menschlichem Unrecht und menschlicher Unterdrückung. Gregor fand lebhaften Beifall und ebenso stürmischen Widerspruch. Der Vorsitzende, Geheimrat Harnack, schnitt die Diskussion sofort ab, indem er meinte, daß das Wort Revolution anscheinend in verschiedenem Sinne gebraucht werde, was natürlich nach Gregors Berufung auf Cromwell gar keine Bedeutung hatte, und nur mit Heiterkeit aufgenommen wurde.

Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Altenstein, Amtsgerichtsrat Griehl-Altenstein, ist in Breslau im Alter von 64 Jahren gestorben.

### Demokratischer Parteitag.

Am 17. Mai. Die Beratung des Parteiprogramms zog sich gestern bis 1 Uhr nachts hin. Der Entwurf der Kommission wird mit geringen Änderungen angenommen, mit Ausnahme des Teils, der die Sozialpolitik behandelt. Ueber das Thema: „Die Angeklagten und die Politik“ redet als erster Handlungsbefehl Aushäuser-Berlin. Er bemerkt einleitend, daß die Demokratische Vereinigung weder eine Partei der Arbeiter, noch eine Partei der Unternehmer, sondern eine Partei der Arbeit sei, an der Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise beteiligt seien und deren Interessen also beiderseits zu fördern seien. Mit dem Aufschwung des Handels und der Industrie habe weder das Einkommen, noch das Maß politischer Rechte bei den Angestellten gleichen Schritt gehalten. Deshalb sei es selbstverständlich, daß die Angestellten ihr Wohl und ihre Rechte zu fördern suchten, und zwar hält der Redner die Demokratische Vereinigung für diejenige Partei, in der das am besten geschehen könne. Er verwahrt sich gegen den Versuch, die Angestellten als „neuen Mittelstand“ und als besonders „staatsverhaltend“ in Gegensatz zu der übrigen Arbeiterschaft zu bringen.

Ingenieur Lüdemann, Führer der technisch-industriellen Beamten, wendet sich gegen eine Sozialpolitik als Wohlwollen für diese oder jene Arbeitergruppe; das Ziel einer vernünftigen Sozialpolitik müsse die gleichberechtigte Anteilnahme der wirtschaftlich abhängigen Volksschichten an allen Schätzen der Erde sein. Die Kapitalrente müsse stetig verkleinert werden zugunsten der Arbeit, und die Demokratie müsse im sozialen Kampf rückhaltlos auf die Seite der Lohnempfänger treten, um das Recht der Persönlichkeit durchzusetzen. Aber wenn auch die Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung erfüllt seien, so sei dem Arbeiter doch erst geholfen, wenn das konstitutionelle Arbeitssystem und eine Aenderung der Verhältnisse durchgeführt sei. Man brauche sich dabei auf kein bestimmtes Endziel festzulegen, und es sei nebensächlich, wie der spätere Zustand mal aussehe, aber eine entschiedene Demokratie schließe jedenfalls die genossenschaftliche, soziale Organisation der Wirtschaftsordnung in sich ein. Gegen den Vorredner, der den Kapitalismus als kulturfördernd gerühmt hat, wendet Lüdemann noch ein, daß der Kapitalismus zwar die Technik gefördert und die Produktion vermehrt, aber auf den Träger der Arbeitskraft doch in kulturwidrigem Sinne gemüht habe.

Die Aussprache über die beiden Reden wird mit der Debatte über den sozialpolitischen Teil des Programms verbunden. Die sozialpolitischen Forderungen lauten:

Fortentwicklung unserer Wirtschaftsordnung mit dem Ziel, der Arbeit in jeder Sozialform einen immer höheren Anteil am Arbeitsvertrage zu sichern. Sozialreform, um das Recht der Persönlichkeit im Wirtschaftsleben zu wahren. Koalitionsfreiheit. Anerkennung und Förderung der Berufsvereine. Einseitiges Arbeitsrecht. Konstitutionelles Arbeitssystem. Sicherung der Preisfreiheit. Unentgeltlichen portatitischen Arbeitsnachweis. Geschlossener Achtstundentag. Zeitgebender Arbeiterschutz. Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der Gefährdung. Schutz der Heimarbeit. Zweckmäßige, auf Selbstverwaltung beruhende

Versicherungsgesetzgebung. Arbeitslosen- und Mutterschaftsversicherung. Gewährung eines Existenzminimums für jeden Staatsangehörigen.

Die Debatte ist sehr ausgedehnt und lebhaft. Herrn Lüdemann wird vorgeworfen, daß er den demokratischen Rahmen überschritten und sich auf marxistisches Gleise begeben habe. Dr. Breitscheid, der sich auf Lüdemanns Standpunkt stellt, muß sich sagen lassen, daß er radikal als August Bebel gesprochen habe. Ramentlich machte der erste Satz des sozialpolitischen Programms einem Teil der Delegierten Kopfschmerzen und es wird die Frage aufgeworfen, wo denn der Anteil der Arbeit am Arbeitsvertrage seine Grenze habe. Als Breitscheid verkündet, daß die Grenze da sei, wo die Arbeit allein über den Arbeitsvertrag gebiete und daß die Konsequenz der Demokratie die völlige Abschaffung der Grund- und Kapitalrente sei, da erscholl lauter Beifall auf der einen, aber es gab auch Widerspruch und vielstündiges Stillschweigen auf der anderen Seite. Verlaß, als Diplomat, gab dem bedenklichen Satz die Deutung, daß ja der „Arbeit in jeder Gestalt“, also auch der Arbeit des Unternehmers, ihr Recht werden sollte und daß der Kampf nur der arbeitslosen Rente gelte. Es kam zu heftiger Rede und Gegerede, die eine deutliche Scheidungslinie zwischen Arbeiter und Unternehmerinteressen, zwischen vorwärtsdrängender Jugend und behäbigen und ängstlichem Philisterium erkennen ließ. Wer einen Blick um sich warf, konnte wahrnehmen, wie das rote Wespen durch die Fenster des demokratischen Parteitaglokales lugte.

Schließlich wurde der sozialpolitische Teil und dann das ganze Programm einstimmig angenommen. Vorher hatte noch eine von Gädle, Verlaß und Genossen eingebrachte Resolution zugunsten der ausgesperrten Bauarbeiter Annahme gefunden. Der nächste Parteitag findet in Dessau statt.

### Die Deutsche Lehrerverammlung in Straßburg

ist Mittwoch um 1/4 Uhr zu Ende gegangen. In der 2. Hauptversammlung wurde die Frage der Schulaufsicht und Schulleitung behandelt. Der Referent Salchow verteidigte in seiner Rede und seinen Leisungen eine Organisation der Schulaufsicht nach folgenden Grundzügen: Die Schulaufsicht ist ausschließliches Recht des Staates, und die Fachaufsicht gelangt durch die obersten Instanzen zur Ausführung. Jede Kreis- und Schulaufsicht ist zu beseitigen. Die Kreisinspektion ist die erste Aufsichtsstanz. In Bezug auf die Schulleitung fordert der Referent, die mehrklassige Schule solle einen einheitlichen Organismus bilden, der von dem Lehrerkollegium und einem von den zuständigen Behörden berufenen Schulleiter verwaltet wird. Dem Schulleiter stehen keinerlei disziplinarische Befugnisse zu. Es ist ihm grundsätzlich das Recht zuzugestehen, zu hospitieren, doch darf die Selbstständigkeit des einzelnen Lehrers nicht beschränkt werden. — Der Korreferent Paulsen vertritt in seinen Leisungen das Prinzip der bürokratischen Schulverwaltung. Der Klassenlehrer trägt die Verantwortung für die Klasse, das Lehrerkollegium ist eine selbstständige Arbeitsgemeinschaft. Es beschließt über Fragen, die der Gemeinamkeit der Schularbeit entpringen, und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der der Vertreter des Kollegiums ist. Lehrer und Lehrerinnen werden zu Selbstverwaltungskörpern organisiert. Die Schulaufsicht ist das notwendige Recht des Staates. Die Schulaufsicht hat sich jeder bevorzugenben Tendenz zu enthalten und darf nur von Fachleuten ausgeübt werden. In seiner ausführlichen Begründung wendet sich der Redner zunächst gegen die unwürdige Bevormundung, der der Lehrer unterordnet ist, und bedauert, daß diese Frage noch nie solche Massenversammlungen beschäftigt hat, wie die Beratung von Gehaltsfragen. Nur ein freies Land hat eine freie Schule. Das zeigen gerade die neuen Maßregelungen, und es ist ein Schmach für Bremen, daß es einen Mann wie Holzmeier nicht vertragen konnte. (Lebhafter Beifall.) Der Redner schloß mit den Worten: Was sich vom Leben entfernt, wird morsch und zerfällt. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.) Danach beginnt die Generaldebatte.

### Mitleiderregend!

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich noch immer nicht über die Stülpung beruhigen, die ihr der „Simplicissimus“ wegen ihrer eigenartigen Gesichtsform hat angedeihen lassen. Die Feststellung, daß das tugendhafte Bündlerorgan einen Verlag, den es seiner „Unästhetik“ wegen in der größtmöglichen Weise anpöbelte, gleichzeitig durch seine ahnungslose Expedition um fetter Inseratenaufträge anshornte, war freilich auch zu lässlich. Und wurde noch losbarer durch die läppische Rede, daß es allgemeiner Brauch sei, die geschäftliche Leitung eines Zeitungsverlages nicht wissen zu lassen, was die Redaktion denke und tue. Diese doppelte Entfällung agrarischer Geschäftsgepflogenheiten wurmt das brave Dertel-Blatt derartig, daß es jetzt abermals den Versuch zu einer Rebanche macht. Es teilt nämlich triumphierend mit, daß ihm trotz dieser Zwischenfälle die im Langenische Verlage erscheinende Zeitschrift „Witz“ mit der üblichen Bitte um Vespredung zugegangen sei. Das beweise doch, daß der Langenische Geschäftsführer ebenso „weitherzig“ denke, wie der des Bündler-Verlages.

Diese „Rebanche“ ist denn doch selbst im Zeichen der Kommetenverwirrung zu dumm! Denn daß Zeitschriften den Redaktionen Freigekopie mit Witzzetteln zugehen lassen, ist doch ein ebenso allgemeiner wie unansüßiger Brauch. Keine Redaktion braucht sich ja dieser Witzzettel-Wellen zu bebiehen! Die „Deutsche Tageszeitung“ hat das bisher ja auch nicht getan, so wenig wie beispielsweise der „Vorwärts“. Und trotzdem soll die bloße Zuwendung einer Zeitschrift etwas der Geschäftsofferte der „Deutschen Tageszeitung“ Gleichartiges und gleich Unwürdiges sein? — War schon die letzte Abwehr des Bündlerorgans unsäglich ungefällig, so ist seine neueste Parade geradezu mitleiderregend!

### Zum Reichsgerichtsrat befördert!

In Breslau erregt es in Juristenkreisen großes Aufsehen, daß der bisherige Landgerichtsdirektor Dr. Billing zum Reichsgerichtsrat befördert worden ist. Dieser Richter hat in den letzten Jahren fast sämtliche Prozesse gegen unser Breslauer Arbeiterblatt, die „Volkswacht“, geführt und dabei scheint man auf ihn, der noch vor wenigen Jahren in Weußen (Oberschlesien) tätig war, aufmerksam geworden zu sein. In einem dieser Prozesse spielte Herr Billing eine seltsame Rolle. Unser Genosse Dr. Karl Liebknecht-Berlin verteidigte den Betroffenen „Volkswacht“-Redakteur, der in einem Artikel über die Breslauer Justiz den Richtern unter anderem „Weltfremdheit“ vorgeworfen hatte. Herr Billing wandte sich ausfallend heftig gegen diesen Vorwurf und ließ als Vorsitzender deutlich erkennen, wie sehr er sich durch diesen Vorwurf beleidigt fühlte. Genosse Liebknecht führte daraufhin einige Fälle von unglücklich weltfremden Urteilen an und bemerkte unter anderem, daß selbst bürgerliche Richter mehr und mehr zugeben müßten, wie fern die meisten Richter den Dingen ständen, wie weltfremd sie seien. Dabei unterbrach ihn Herr Billing:

Herr Verteidiger, Sie gebrauchen nun schon wiederholt den Ausdruck „bürgerliche Richter“. Wöchten Sie uns nicht mitteilen, was Sie darunter verstehen? . . .

Genosse Liebknecht hatte es im Widerspruch leicht, die Weltfremdheit der Breslauer Richter zu beweisen, denn der Vorsitzende hatte ja selbst die beste Illustration dazu geliefert. Das Herr Billing und seinen vier Kollegen nicht hinderte, den Redakteur wegen des Ausdrucks „Weltfremdheit“ zu — einem Monat Gefängnis zu verurteilen!

Einen solchen Mann beruft die Justizverwaltung an das höchste deutsche Gericht!



## Ein nationalpolnischer Epistel.

In Lemberg (Galizien) wurde ein Epistel verhaftet, der lange Zeit eine namhafte Rolle in der nationalpolnischen Bewegung gespielt hat. Es ist dies ein gewisser Albert Jacob. Er stammt aus der Provinz Posen und „arbeitete“ für die deutsche und russische Regierung. Seine Lehrzeit im Epistelfach absolvierte er in Oberschlesien und zwar in der Redaktion der beiden Zeitungen des Reichstagsabgeordneten Korfanti in Katowitz. Er war hier schon ein sehr radikaler Verehrer dieser demagogischen Richtung, namentlich in öffentlichen Versammlungen, in denen er als Redner auftrat. Vor circa 1 1/2 Jahren wurde er durch seine geheimen Auftraggeber nach Krakau entsandt. Ueberall wußte er sich Einlaß zu verschaffen, ersfaltete eine überaus „aufopfernde“ Tätigkeit für die nationalpolnische Bewegung, doch niemand wußte, wovon er lebte. Er gab vor, mit Eisen und Butter zu handeln, doch nie konnte man einen Lieferanten oder einen Abnehmer ausfindig machen. Zum ersten Male wurde man auf ihn aufmerksam vor einem halben Jahre, während der Verhandlung des Prozesses gegen den Epistel Dekiert, der damals zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde. (Dieser Epistel stammt ebenfalls aus Posen und „arbeitete“ auch für die deutsche und russische Polizei.) Da Jacob dann der Boden in Krakau zu heiß wurde, siedelte er nach Lemberg über, wo er seine überaus eifrige Tätigkeit fortsetzte. Die Lemberger Polizei bezichtigte ihn der Militärepistelei, aber er scheint nur in politischer Epistelei „gearbeitet“ zu haben. Er lieferte der deutschen Polizei Berichte über die Krakau besuchenden Oberschlesier. Jacob ist Jude, allerdings ein getaufter. Ein wenig Weiswasser verschaffte dem Epistel ungehinderten Eingang in die Reihen des kerikal-fanatikanischen Nationalpolenismus, der sonst anständige Juden in nichtswürdiger Weise belächelt.

## Die gefährdete „öffentliche Sicherheit“.

Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes aus dem ganzen Saargebiet, einschließlich des Kreises Forbach (Lothringen) und der Pfalz, feierten zu Pfingsten im Gewerkschaftshaus zu Saarbrücken das erste Bezirksfest. Die Zahlstelle Merlenbach beschloß nun, gemeinschaftlich mit den anderen Zahlstellen Lothringens von Stieringen ab mit Puff über die Spichernhöhen, durch das Schretthal, am Deutsch-Röhlenweiher entlang in geschlossenem Zuge durch die Stadt nach dem Festlokal zu marschieren. Es ist dieses der bekannte, für alle patriotischen Vereine sogar heilige Epazier- oder Wallfahrtszug über die Schlachtfelder und Kriegergräber von 1870, und fast allmonatlich ziehenden, zu Tausenden zählende Jüge mit vielen Musikkapellen diesen Weg, ohne daß die öffentliche Sicherheit dadurch gefährdet wird. Uebrigens liegt auch die Wegstrecke, die ein solcher Zug macht, ziemlich außerhalb des Verkehrs. Noch nie hat die Saarbrücker Polizei einem hurrapatriotischen Verein den Umzug abgelehnt. Anders handelt sie jedoch, wenn organisierte Arbeiter eine „Wallfahrt“ machen wollen. Das wird als eine „Profanierung“ der „geweihten“ Stätten aufgefaßt und deshalb im Interesse der „öffentlichen Sicherheit“ unterbunden! Da sich der Zug nun durch drei Gemeinden: Merlenbach, Stieringen und Saarbrücken, außerdem noch eine Stunde Weges durch das Gelände des Kreises Forbach bewegte, waren sich die Veranstalter nicht klar, ob zur Genehmigung eine oder vier Behörden zuständig seien, ob die preussische oder lothringische Polizei kompetent sei. Man sagte sich zwar, es handle sich ja um ein Reichsgesetz und um einen Zug im Sinne des § 7 des Vereinsgesetzes; doch da man nicht wußte, welche Behörde die reaktionärste sei, entschied man sich dahin, gleich bei drei Behörden um die Genehmigung nachzufragen, beim Bürgermeister von Merlenbach, beim Kreisdirektor (Landrat) von Forbach und der Polizeidirektion zu Saarbrücken. Der Kreisdirektor von Forbach erklärte sich für unzuständig, da die Genehmigung öffentlicher Umzüge im Sinne des Reichsvereinsgesetzes nur von derjenigen Behörde genehmigt oder verweigert werden könne, wo ein solcher Umzug seinen Anfang nähme. Der Bürgermeister von Merlenbach konnte die Genehmigung vom Beginn bis zum Ziele, also bis in die Stadt Saarbrücken erteilen, und der Herr Bürgermeister genehmigte den Zug dem auch von Merlenbach an bis ins „Tivoli“ nach Saarbrücken. Die Saarbrücker Polizei lehnte jedoch die nachgesuchte Genehmigung vom Deutsch-Röhlenweiher, vom Beginn des Stadtbezirks ab, da bei dem „demonstrativ politischen Charakter“ der Teilnehmer die „öffentliche Sicherheit“ gefährdet sei! Am letzten Tage zog auch Herr Bürgermeister Kolson von Merlenbach, und zwar auf Anweisung des Kreisdirektors von Forbach, seine Genehmigung zurück und änderte sie dahin ab, daß sie nur Gültigkeit habe bis an die schwarz-weißen Grenzspähle! Damit die „öffentliche Sicherheit“ ja nicht ins Wanken gerate, hatte Herr Polizeikommissar Greif ein riesiges Polizeiaufgebot am Schretthal, dem Deutsch-Röhlenweiher und der Reiter Straße aufgestellt, und als die Merlenbacher Knappen — die anderen Zahlstellen kamen allein —, etwa 90 Mann, mit ihrer Musik anlangen, geboten die Ordnungshüter den Wechsinstrumenten Ruhe. Erst als die Träger derselben das Gelände des Gewerkschaftshauses betreten hatten, erschallten die Töne von neuem, sie störten die „öffentliche Sicherheit“ nicht mehr.

Bemerkt sei noch, daß der Gewerbeverein „Krisistischer“ Bergarbeiter voriges Jahr Pfingsten einen öffentlichen Umzug mit Musik genehmigt erhielt.

## Der „hartgetroffene“ Soldatenschilder!

Die schweren und umfangreichen Soldatenschilderungen beim 1. Oshayer Manenregiment, die vor kurzem großes Aufsehen erregten, waren Gegenstand einer Verurteilung durch den Oberkriegsgericht in Dresden. Bis vor einiger Zeit gemeldet, standen im März wegen Mißhandlungen usw. in circa 200 Fällen der Bizeugsmeister Schmidtchen, der Sergeant Kasper und die Unteroffiziere Mentchel und Gerlach vom 17. Manenregiment vor dem Dresdener Kriegsgericht. Die Verhandlung förderte damals unglaubliche Fälle von Mißhandlungen zutage und endete schließlich mit der Verurteilung des Hauptschuldigen Kasper, der allein in 125 Fällen angeklagt war, zu neun Monaten Gefängnis und Degradation, während die übrigen mit 6 resp. 5 Wochen Arrest davonkamen. Gegen das Urteil hatte anfänglich der Gerichtsherr Berufung eingelegt, diese aber bald danach wieder zurückgezogen! Mit den ausgeworfenen Strafen haben sich alle Angeklagten erklärungsweise zufrieden gegeben, nur der Oberfeldwebel Kasper hat wegen der Degradation Berufung eingelegt. Dabei hatte er fortgesetzt und in fast unzähligen Fällen mit Peitsche und Halfterbändern auf die Untergebenen eingeschlagen! Ein Soldat wurde mal demagen mit der Peitsche geschlagen, daß ein Arm steif wurde und der Mann längere Zeit keinen Dienst tun konnte. Auf offener Straße (!) erhielt ein Mann einen derartigen Schlag mit der Ranzge über den Kopf, daß das Blut unter der Mütze hervorströmte! In einer Unmenge von Fällen wurden die Soldaten von Kasper geohrfeigt, gekloppt, gewürgt und gegen die Wände gerammt. Beim Dienstzug Kasper stets einen Mohrtod, mit dem er bei jeder passenden Gelegenheit auf die Mannschaften einschlug. Weiter ließ dieser gemeine Soldatenschilder die Soldaten bis zur Erschöpfung Kohlenlasten und Walfische den Kraden! Auch Antebenge mußten die Leute oft so lange machen, bis sie vor Schmerzen und Erschöpfung zusammenzubrochen drohten! Eine ganze Anzahl weiterer Schindereien standen unter Anklage. Zugunsten der Angeklagten wurde vom Kriegsgericht angenommen, daß die Mißhandlungen infolge ungenügender Aufsichtigung so lange möglich waren. Kasper führte nun zur Begründung seiner Verurteilung an,

daß er mit der neunmonatigen Strafe hart genug getroffen sei und keine Stellung erhalten würde, wenn ihm die Vorgelegeneigenschaft genommen wird. Das Oberkriegsgericht hat aber mit Rücksicht auf die Brutalität, Häufigkeit und Disziplinverletzung die Degradation bestätigt und die Berufung verworfen.

## Rußland.

### Die Rechtsdrüber protestieren.

Petersburg, 18. Mai. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung der Reichsduma legte Graf Sobrinski (extreme Rechte) entschiedenen Protest ein gegen ein ihm zugegangenes Memoire englischer und irischer Parlamentarier in der finnländischen Angelegenheit. Graf Sobrinski schloß seine Ausführungen mit den Worten: Was würden die Engländer sagen, wenn ihnen von Seiten Russlands Ratsschläge erteilt würden, wie sie sich gegenüber Irland oder Indien zu verhalten hätten? Mag die uns befreundete englische Nation wissen, daß auch in Rußland und speziell in der Duma Leute vorhanden sind, die jegliche Einmischung von Ausländern energisch zurückweisen. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

### Der Präsident als Duellfahle.

Petersburg, 18. Mai. Das Bezirksgericht verhandelte heute in der Duellaffäre des gegenwärtigen Dumapräsidenten Gutschkow und des Grafen Ilwarow. Es verurteilte Gutschkow zu vierwöchentlicher Festungshaft, den Grafen Ilwarow zu dreiwöchentlicher Arrest in der Hauptwache.

## Aegypten.

### Wardani.

Kairo, 18. Mai. Der Großmufti hat das Todesurteil gegen Wardani, dem Mörder des Ministerpräsidenten Sutos, bestätigt. Die befürchteten Auswanderungen von Seiten der ägyptischen Nationalisten haben nicht stattgefunden.

## Amerika.

### Der jüngste Gemeinreich von Samuel Compers.

New York, 9. Mai 1910. (Fig. Ver.) Zwischen Vertretern der American Federation of Labor (des amerikanischen Arbeiterbundes) einerseits und der aus Landwirten bestehenden, drei Millionen Mitglieder zählenden, unter dem Namen „Farmers' Educational and Co-operative Union“ bekannten Grundbesitzervereinigung andererseits wurde dieser Tage auf einer in St. Louis abgehaltenen Konferenz ein Zusammenschluß vereinbart. Die Vereinigung wird nicht formell vollzogen, sie soll nur dem Geiste nach bestehen und sich auf politischem Gebiete betätigen. Samuel Compers, der Präsident der American Federation of Labor, der bei den Verhandlungen in St. Louis hervorragenden Anteil genommen hat, hielt es für notwendig, besonders zu erklären, daß die Gründung einer neuen politischen Partei nicht geplant sei. Ihm, so fügte Compers hinzu, würde es genügen, wenn er die Landwirte veranlassen könnte, bei den Wahlen ohne Rücksicht auf die Parteistellung der Kandidaten für diejenigen Bewerber zu stimmen, welche eine sozialpolitische Ader haben. Bei dem bekannten Comperschen Abscheu vor jeglicher Klassenpolitik kommen sozialistische Kandidaten selbstverständlich nicht in Betracht.

Compers treibt wieder einmal seine „praktische“ Politik. Seit Jahren hat er, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, „die Feinde der Gewerkschaftsbewegung bestraft und die Freunde der organisierten Arbeiter belohnt“. Freilich nur mit dem Munde. Seine Wahsparole hat noch keinem Kandidaten, der sich um einen Sitz in einer unserer gesetzgebenden Körperschaften bewarb, in wahrnehmbarer Weise geschadet oder genützt, mochte auch Compers eine noch so eifrige Agitation entfalten. Seine Drohungen und seine Versprechungen sind daher begreiflicherweise arg in Miskredit geraten. Man weiß, daß der Präsident der American Federation die Stimmabgabe der organisierten amerikanischen Arbeiter nicht zu beeinflussen vermag.

Schon lange war es Compers schnlicher Wunsch, den Wirkungsbereich seines „Machtwortes“ zu erweitern. Nun ist sein heißes Begehren nach langem Mühen verwirklicht. Aber der neue zwanglose Zusammenschluß der organisierten Arbeiter und der Landwirte ist eine Jangengebur, an welcher die amerikanischen Gewerkschaften wenig Freude erleben werden. Die Interessengemeinschaft der beiden in ein Bündnisverhältnis getretenen Gruppen der Arbeiter und der Landwirte ist rein negativer Natur. Farmer wie Gewerkschaftler sehen in den Truists ihren Notfeind. Die Zeiten, da von allen Arbeitgebern die großen Truists sich der Gewerkschaftsbewegung am wenigsten ablehnend gegenüberstellten, sind dahin. Der Stahltrust, der Tabaktrust und andere beschäftigen überhaupt keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mehr.

Im Kleinhandel haben die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine schwindelnde Höhe erreicht; dabei erhalten die Farmer für ihre Produkte kaum mehr als vor Jahren. Eine Ausnahme macht nur die verschwindende Minderheit, welche in der Nähe der großen Städte wohnt und ihre Erzeugnisse ohne allzu großen Zeitaufwand direkt an die Konsumenten absetzen kann. Die Masse der Landwirte muß sich mit den durch die Truists willkürlich und ohne Rücksicht auf die Marktlage festgesetzten Preisen begnügen, will sie ihre Produkte überhaupt an den Mann bringen. Schon seit geraumer Zeit ist es das Bestreben der Farmer, ihre Erzeugnisse ohne Vermittlung der Truists abzugeben und dadurch bessere Preise zu erzielen. Dieses Ziel ließe sich durch die Schaffung von Konsumentenorganisationen erreichen. Aber die Versuche, Konsumvereine zu gründen, sind, wie die Erfahrung lehrt, hierzulande unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen ausfichtslos, weil eine derartige Kleinhandels-gesellschaft von den Truists und auf deren Weisung auch von den Großhändlern boykottiert wird und daher keine Waren beziehen kann. Die Errichtung von Läden, welche ausschließlich Farmprodukte verkaufen, würde sich nicht lohnen.

Daher wollen die Landwirte versuchen, ihre Erzeugnisse durch die Vermittlung der Gewerkschaften an deren Mitglieder abzugeben. Bei früheren Gelegenheiten versprachen die Wortführer der Farmer, diese würden als Gegenleistung nur Waren kaufen, welche mit dem Union Label (Schutzmarke) der von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hergestellten Fabrikate versehen sind. Ob und in welchem Umfang die Landwirte dieser Verpflichtung gerecht werden würden, ließe sich nicht kontrollieren. Jedenfalls wäre es ein unkonventioneller Optimismus anzunehmen, daß die Farmer die mit dem Union Label versehenen teureren Waren kaufen, so lange die anderen billiger zu haben sind. Dagegen ließe sich leicht feststellen, ob die Gewerkschaften die einmal übernommene Vermittlerrolle zwischen Landwirten und Arbeitern ausführen werden.

Die St. Louis getroffene Vereinbarung ist von langer Hand vorbereitet. Auf der im November letzten Jahres in Toronto, Kanada, abgehaltenen Konvention der American Federation of Labor wurde von einem Vertreter des Arbeiter-Zentralkörpers von Fort Wayne, Ind., folgender Antrag eingebracht: „Die Exekutive wird angewiesen, auf die Organisationen der örtlichen Arbeiter-Zentralkörper einzuzwirken und sie zu veranlassen, die in der Land-

wirtschaft gegen Lohn beschäftigten Männer . . . zu organisieren“. Zunächst dem Resolutionskomitee überwiesen und von diesem dem Plenum der Konvention zur Annahme empfohlen, wurde die Resolution auf Betreiben der Comperschen Gruppe schließlich der Exekutive der American Federation of Labor übergeben zu dem ausgesprochenen Zwecke, den ganzen Antrag zu begraben und die Farmer nicht vor den Kopf zu stoßen.

So ist sie denn Wirklichkeit geworden, die Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Landwirten, denselben Landwirten, welche ihre Arbeiter von allen amerikanischen Arbeitgebern am rücksichtslosesten ausbeuten. Und das „Verdienst“ gebührt in erster Linie Samuel Compers, dem Präsidenten der American Federation of Labor.

## Südamerika.

### Ein Vermittlungsversuch.

Washington, 17. Mai. Wie verlautet, beabsichtigt Staatssekretär Knox, sofort Schritte zu tun, um die friedlichen Beziehungen zwischen Peru und Ecuador wiederherzustellen.

## Aus der Partei.

### Folgen des Wahlrechtskampfes.

Die unglaublich „schneidige“ Art und Weise, mit welcher die Polizei in Breslau den Junkern im Wahlrechtskampfe beispriegen zu müssen glaubte, die vielen Gerichtsurteile gegen Straßen-demonstrationen usw. haben unserer Partei in der schlesischen Hauptstadt schöne Erfolge gebracht: In weniger als drei Monaten hat der sozialdemokratische Verein über 850 neue Mitglieder zu seinen 7800 hinzugewonnen; in derselben Zeit nahm die Zahl der Abonnenten der „Volksmacht“ um 1200 zu!

Und Herr v. Oppen, der landräthliche Nachfolger des toten Bientz, hatte geglaubt, mit dem blauen Säbel und mit Versammlungsverboten die Not in wenigen Monaten niederzureiten. Er muß nun sehen, daß unsere Partei unter seiner Herrschaft schneller fortgeschritten wie selbst unter der weltberühmten gewordenen Vera Bientz!

### Staatsgefährliche Lieder.

In Selskitchen, Gladbeck und Buer fanden dieser Tage Hausdurchsuchungen nach den Liedern jener Lieder statt, die in den genannten Orten bei der Mafiseier von den Massen gesungen worden waren. Besonders die Wahlrechtsmarschlied und der Sozialistenmarsch waren es, auf die es die Polizeibehörden abgesehen hatten. Die Hausdurchsuchungen verliefen überall ergebnislos.

## Jugendbewegung.

### Thüringer Jugendtag.

Am zweiten Pfingstfeiertage fand im Gewerkschaftshaus in Jena eine Konferenz der Arbeiterjugend Thüringens statt, die von 50 Delegierten aus 20 Orten besucht war. Zunächst gab Herr Schumann-Jena und Friedrich-Weimar den Bericht von der Reichskonferenz. Darauf fand eine Aussprache über die Schaffung einer Materialkommission für Thüringen sowie Bildung eines Agitationsbezirks statt. Nach einer lebhaften Diskussion wurde einstimmig die Bildung einer Zentralstelle beschlossen und als deren Vorsitzender Georg Schumann-Jena gewählt. Der nächste Jugendtag Thüringens soll im Jahre 1911 in Weimar stattfinden.

### Eine Demonstration der rheinischen Arbeiterjugend.

Die rheinischen Jugendorganisationen kamen am ersten Pfingsttage in Altenberg bei Berg Gladbach zusammen. Trotz der verhältnismäßig weiten Entfernungen waren 2000 Jugendliche zusammengetroffen, die in einem imposanten Zuge mit vier roten Fahnen zu einer Waldwiese zogen, wo ein Köhler Genosse zu ihnen sprach. Der Redner erinnerte unter begeisterter Zustimmung daran, daß gerade an diesem 18. Mai zwei Jahre seit Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes mit seinem Jugendparagrafen verfloßen seien. Wie glänzend dieser Stolz gegen die freie Jugendbewegung partiert sei, beweise diese mächtige Zusammenkunft, an deren Möglichkeit noch vor zwei Jahren niemand habe denken können.

Trotzdem einige Forst- und Polizeibeamte die durchaus geordnete Zusammenkunft zu stören und verheißt eine der roten Fahnen zu erbischen verlockten, verlief die Veranstaltung in schöner Weise. Mit begeisterten Gefängen rüdten die einzelnen Abteilungen wieder in ihre Heimatsorte ab.

## Soziales.

### (Siehe auch 1. Beilage.)

### Eisenbahnstisus und Unfallverlehte.

Unsere Berufsgenossenschaften können von dem so sparsamen Stisus noch viel lernen, wie nachstehender Fall beweist:

Der frühere Werkstättenarbeiter A. zu Frankfurt a. M. erhielt wegen eines Unfalles im Eisenbahnbetrieb auf Grund eines Urteils des Schiedsgerichts im Eisenbahnbetrieb Frankfurt a. M. eine Rente von 40 Prog. Die Eisenbahndirektion forderte nun den Verletzten im August 1909 auf, sich in das Städtische Krankenhaus zu Frankfurt a. M. zu begeben. Erwähnt wurde in der Aufforderung, daß ein „neues Heilverfahren nötig geworden sei“. Jedenfalls wollte man dem Verletzten die Rente kürzen oder rechnen damit, daß derselbe der Aufforderung keine Folge leisten werde, um so die Rente ganz einzustellen. Doch der Verletzte kam dem „Befehl“ der Eisenbahnbehörde prompt nach und wurde nach siebenstägiger Beobachtung wieder aus dem Krankenhaus entlassen, weil ein Heilverfahren zwecklos war. Der Verletzte stellte nun den Antrag, ihm die Familienrente für die Zeit seiner Spitalpflege zu gewähren, weil seine Familie ohne Unterstützung geblieben sei. Die Eisenbahndirektion lehnte jedoch diesen Antrag mit der eigenartigen Begründung ab, daß nur im Falle eines Heilverfahrens die Familienrente zu gewähren sei, ein solches aber nicht stattgefunden hat!

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung im Eisenbahnbezirk Frankfurt a. M. hatte sich nun mit der Frage zu befassen und verurteilte den Stisus, die Familienunterstützung für die Frau und die drei Kinder des Verletzten zu zahlen. Im Urteil heißt es u. a.: „Das Schiedsgericht vermag der Auffassung der Verletzten nicht beizutreten. Der innere Grund des § 22 Abs. 3 des Gesetzes besteht darin, daß der Verletzte, der sich im Krankenhaus befindet, für seine Angehörigen nicht sorgen kann und daß sie daher in Ermangelung anderer Mittel der Armenpflege anheimfallen würden. Gerade um das zu vermeiden, um die Angehörigen während der Verpflegung des Verletzten in der Heilanstalt vor Not zu schützen, dafür ist die fragliche Bestimmung getroffen. Aus diesem Zwecke des Gesetzes folgt, daß es für die Anwendung der fraglichen Bestimmung gleichgültig ist, ob der Verletzte zur Beobachtung oder zur Heilung in der Heilanstalt sich befindet. Sobald er, sei es auf Verlangen des Verletzten oder auf Anordnung des Arztes sich in der Anstalt aufhält und so der Möglichkeit, für seine Angehörigen zu sorgen, beraubt ist, steht diesem der Anspruch aus § 22 Abs. 3 zu, sofern nur der Unfallsfall in ursächlichem Zusammenhang mit dem Unfälle steht, was hier unstreitig zutrifft.“

Das Schiedsgericht mußte dem Stisus also erst die gesetzlichen Bestimmungen klar machen, gegen die er im blinden Sparsifer verstoßen wollte. . . .



# Gewerkschaftliches.

## An den Wassern zu Babel!

Die Unzufriedenheit unter den Bauunternehmern mit dem sinnlosen Vorgehen des Arbeitgeberbundes wird täglich größer. Nachdem der Kampf der eigenen Selbstherrlichkeit verfliegen ist, tritt an seine Stelle die nüchterne Erwägung der eigentlichen Ursache des großen Kampfes. Wird da das Fazit gezogen, so kann es nicht zugunsten der jetzt vom Arbeitgeberbund befolgten sonderbaren Praktiken ausfallen. So tritt denn die

### Friedenssehnsucht bei einigen Unternehmern

immer mehr zutage. Die „Rheinische Zeitung“ bringt in der Morgenausgabe vom Mittwoch (18. Mai) einen sehr bemerkenswerten Artikel aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet über den Kampf im Baugewerbe, worin neben dem Eingeständnis, daß die Unternehmer den unterliegenden Teil bilden, auch eine ziemliche Friedenssehnsucht zutage tritt. Es heißt darin:

„Das ist heute das Bedeutsamste an diesem Kampfe, daß einerseits die Unternehmer nicht geschlossen sind und den Kampf nur in einzelnen Bezirken führen, während in nicht wenigen anderen Bezirken friedlich weiter gearbeitet wird, und daß andererseits nicht einmal die Hälfte der organisierten Arbeiter im Reich wirklich ausgesperrt wurden. Das wirkt moralisch und finanziell schädlich; moralisch in den Reihen der Bauunternehmer, von denen viele nicht einsehen können, warum allein sie große Opfer bringen sollen, und finanziell, weil die nicht ausgesperrten organisierten Bauarbeiter den ausgesperrten es ermöglichen können, den Kampf auf lange Zeit auszuhalten.“

Die vielen Arbeitgeber, die in den letzten Wochen in den Arbeitgeberbund eingetreten sind, haben nicht alle diesen Schritt freiwillig getan. Die Drohung mit der Materialsperrung und auch die Aussicht, für Verluste während des Kampfes voll entschädigt zu werden, haben oft den Anstoß besorgt. Die Materialwarenhändler aber werden auch nicht frohen Sinnes noch monatelang auf jedes Geschäft verzichten wollen. Die Bauarbeiten schreiten vorwärts, die Wohnungsnot in unserem Industriegebiet wird besonders nach den letzten beiden Krisenjahren täglich größer. Überall also nur schädliche Wirkungen.

Zum Schluß wird energisch die Beilegung des Kampfes besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gefordert.

Bei solcher ruhigen Erwägung der Situation ist es nicht verwunderlich, wenn die Bauunternehmer und die Baumaterialienhändler ungeduldig werden. So wird aus Köln berichtet:

### Bauunternehmer gegen den Arbeitgeberbund.

Eine Versammlung von Arbeitgebern im Baugewerbe fand Dienstagabend in Köln statt. Von dem Einberufer wurde festgestellt, daß der Kampf für das gesamte Wirtschaftsleben, besonders aber für die mittleren und kleineren Unternehmer, große Schädigungen bringe. Der Terrorismus des Arbeitgeberbundes, wie er ihn besonders durch die Materialsperrung ausführt, führe zahlreiche Baugeschäfte dem Ruin entgegen. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit den Materiallieferanten von Rheinland, Westfalen und Holland in Verbindung treten soll. Der Leiter der Versammlung wurde beauftragt, den Vorsitzenden des Kölner Gewerbegerichts zu ersuchen, eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. In einer Resolution wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß sehr gut eine friedliche Verständigung hätte erzielt werden können. Die Versammelten verpflichteten sich, gemeinsam gegen die Unterdrückungen und die ungeschicklichen Maßnahmen des Bauarbeiterbundes energisch vorzugehen.

Die verkauften, werden auch die Bochumer Baumaterialienhändler ungeduldig. Sie sollen seinerzeit die Verpflichtung eingegangen sein, an Unternehmer, die nicht ausgesperrt haben, kein Material zu liefern, wenn die Aussperrung nicht über vier Wochen dauere. Nun diese Frist verstrichen ist und die Händler zusehen müssen, wie die Unternehmer, die arbeiten lassen, ihr Material von auswärtigen Konkurrenten bekommen, reißt ihnen die Geduld. Sie wollen in diesen Tagen zusammenzutreten, um über ihr weiteres Verhalten zu beraten.

In der Provinz Posen wird es den berufsmäßigen Scharfmachern im Baugewerbe immer schwerer ihre in den Kampf gedrängten Kollegen zusammenzuhalten. Nachdem in der letzten Woche die Firma *Veitger*, eines der größten Baugeschäfte in Posen, ihre Bauten wieder geöffnet hat, und auch der Magistrat an die Maurerorganisation zwecks Fertigstellung des neuen Stadttheaters in eigener Regie herantreten ist, scheinen sie es mächtig mit der Angst bekommen zu haben. In den Pfingstnummern aller Posener Blätter haben sie deshalb einen Aufruf an die Arbeitgeber aller Berufe erlassen, der nichts weiter ist als ein Verzweiflungsschrei, damit die Deffektivität den rigorosen Bauproben zu Hilfe komme. Weil aber die Deffektivität die Ungerechtigkeit der schändlichen inszenierten Aussperrung längst durchschaut hat, also mit ehrlichen Mitteln nichts mehr zu machen ist, wird jetzt das Schredgespenst der Sozialdemokratie wieder einmal aus der Dumpfammer geholt und versucht als letztes Mittel damit dem Publikum graulich zu machen. Hier ist der famose Witz:

### Aufruf an die Arbeitgeber aller Berufe in der Provinz Posen.

Der Kampf im Baugewerbe zieht augenblicklich über 20 000 Arbeitgeber und über 200 000 Arbeiter in Mitleidenschaft und Hunderttausende Unbeteiligte leiden mit darunter. Die Fragen, um deren Entscheidung dieser Kampf geführt wird, sind nicht kleinliche Lohnfragen, sondern es sind die Lebensfragen des Baugewerbes und damit die Lebensfrage für einen großen Teil unseres Volkes. Dieser Kampf kann nicht mehr anders beizulegen werden als ein Kampf des arbeitgebenden Bürgertums gegen die Sozialdemokratie, die nicht müde wird, fortwährend durch die Gewerkschaftspresse in der gewisslosesten Weise den Arbeiter gegen die Arbeitgeber zu hetzen.

Darum dürfte jetzt der Augenblick gekommen sein, wo es für jeden Arbeitgeber, ganz gleich ob er Landwirt, Industrieller, Bankier, Gewerbetreibender oder Kaufmann ist, heiligste Selbsthaltungspflicht ist, die Arbeitgeber im Baugewerbe zu unterstützen, durch Verlängerung der Fertigstellungsfristen, Zurückstellung beabsichtigter Bauten, Nichtleistung der entlassenen Bauarbeiter und Nichtlieferung von Baumaterial an Leute, die dem Bunde der Arbeitgeber nicht angehören.

Ein Nachgeben der Arbeitgeber in diesem Kampfe würde für die nächsten Jahre nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in allen anderen Berufen zu fortwährenden Kämpfen führen und unserem gesamten Wirtschaftsleben unübersehbaren Schaden zufügen, zu dem der Ruin, den dieser oder jener durch Nichtunterstützung der Arbeitgeber jetzt vielleicht erlangen zu können glaubt, in gar keinem Verhältnis steht. Wir bitten, dies zu bedenken!!!

Unterzeichnet ist das Schriftstück von dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe der Provinz Posen, außerdem noch von je einem Mitgliede aus allen Provinzstädten Posens.

Es muß schlimm um die Chancen der Bauproben stehen, wenn sie ihren Klagengeheiß so eindringlich ins Gewissen zu reden gezwungen sind. Aber auch das Schwenken des roten Lappens sowie das Eingeständnis, daß nichts weiter als die Vernichtung der Gewerkschaften und deren verhaßter Presse geplant ist, wird die Posener Aussperrungswüteriche, die in den letzten Tagen bereits allerhand Unfug losgelassen haben, nicht mehr retten.

Dieser Aufruf ist ein Verzweiflungsschrei, die ultima ratio nach mehr als vierwöchentlichem Kampfe.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Dachbeder Berlins und der Umgegend! Wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages ist die Firma *Louis Hermann*, Prinzenallee 73, von jedem Dachbeder bis auf weiteres zu meiden. Zentralverband der Dachbeder, Verwaltungsstelle Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen

hält vom 24.—28. Mai dieses Jahres seinen sechsten Verbandstag in Berlin ab. Dem Rechenschaftsbericht der Hauptverwaltung, der sich auf die Jahre 1908/09 erstreckt, ist zu entnehmen, daß der Verband Ende 1909 eine Mitgliederzahl von 9572 erreicht hatte, davon 563 weibliche. Am 1. Juli vergangenen Jahres erfolgte der Anschluß des Hoteldienerverbandes mit circa 2500 Mitgliedern.

Wie alle Gewerkschaften, so hat auch der V. d. G.-G. unter der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, insbesondere unter den Folgen der „Steuerreform“ zu leiden und nur wenig Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Jedoch zeigt das 4. Quartal 1909 den beginnenden Aufschwung mit einer Mitgliederzunahme von 864. Ganz ungeheuer ist die Fluktuation. In den zwei Berichtsjahren wurden 8377 Neuaufnahmen vollzogen, von denen 6447 wegen zeitlicher Weisung getrennt werden mußten. Der Rest ging teils durch Tod, durch Abgang zum Militär, als freiwillig Ausgetretene usw. dem Verband verloren, so daß eben nur ein geringer Gewinn verblieb.

Am 1. Januar 1908 wurde der Zentralverband mit nur 915 Mitgliedern gegründet, und wer die Schwierigkeiten, die sich in diesem Berufe der Agitations- und Organisationsarbeit entgegenstellen, zu würdigen weiß, der wird immerhin anerkennen müssen, daß fleißige Arbeit geleistet worden ist, um das obige Resultat zu erreichen.

Die weiblichen Mitglieder sind zumeist Kellnerinnen und zwar zählt die Münchener Verwaltungsstelle davon allein circa 400. Hält auch der Verband die Kellnerin der Anmieterneine nicht für organisationsfähig, so steht er doch nicht auf dem Standpunkt der Frau Geheimrat Jellinek, die bekanntlich die gänzliche Beseitigung der weiblichen Bedienung durch die Besehung fordert.

Sehr rühmig war der Verband in dem Bestreben, die gewerkschaftliche Stellenermittlung aus dem Gewerbe zu verdrängen oder doch einzudämmen. Die Besehung ist endlich den Wünschen der Gastwirtsgehilfen durch Erlass eines Gesetzes nachgekommen, das, wenn es auch sonst viele Mängel hat, doch geeignet ist, dem Treiben der privaten Vermittler wirksam entgegenzutreten.

Aus dem Bericht ist ferner ersichtlich, daß in Zukunft auch im Gastwirtsberufe mehr Lohnbewegungen zu erwarten sind. Nicht bloß innerhalb des Verbandes, sondern in weiten Kreisen der gastwirtschaftlichen Angestellten machte sich das Streben nach fester Entlohnung immer mehr geltend. Für erhebliche Teile der Gehilfen gehe der Verdienst aus den Tringelbeträgen zurück; außerdem wird das Entwürdigende des Tringelbetrags immer mehr empfunden. Selbst die „Nationalen“ — so heißt es im Bericht — könnten diese Frage nicht mehr wie früher nichts sagend beiseite schieben. Auf der Tagesordnung des Verbandstages steht die Lohn- und Tringelbfrage als ein besonderer Punkt.

Die Finanzen des Verbandes befinden sich in der besten Ordnung. Einnahmen und Ausgaben balanzieren in den 2 Jahren mit 490 821,77 M. In den Ausgaben ist der Kasseeinstand mit 138 507,04 M. enthalten. An Krankenunterstützung wurden 52 879,85 M., an Sterbeunterstützung 4527 M., für den Arbeitsnachweis 24 111 M., für das Fachorgan 30 000 M., für Agitation 21 284 M. verausgabt usw. In den 12 Jahren des Bestehens leistete der Verband an Unterstützungen 178 371,59 M.

### „Unlautere Praktiken bei der Auszahlung von Streikunterstützung“.

Unter dieser und ähnlicher Schlagmarke macht gegenwärtig ein Wochenzettel die Kunde durch die Scharfmacherpresse. Er stammt aus der „Korrespondenz des Ausschusses zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“ (Herausgeber und verantwortlicher Redakteur ist Syndikus Scheda-Berlin) und hat den Zweck, Verwirrung in den Reihen der Holzarbeiter anzurichten. Es wird behauptet, daß den Unorganisierten in den Försterschen Pianofabriken in Lössau und Georgswalde die volle Streikunterstützung bei Eintritt in den Ausstand versprochen sei, daß diese Arbeiter dann aber einen Schuldchein auf einen völlig fremden Namen als Quittung über die erhaltene Streikunterstützung hätten unterschreiben müssen. Keinesfalls sei es den organisierten Arbeitern ergangen.

Unwahr ist zunächst, daß den Unorganisierten die volle Streikunterstützung versprochen ist. Anspruch auf Streikunterstützung aus Verbandsmitteln haben selbstverständlich nur Mitglieder der Organisation. Wenn in Lössau und Georgswalde an Nichtorganisierte Streikunterstützung gezahlt wurde — und das ist in erheblichem Maße geschehen — so hatten die Betroffenen nicht den allergeringsten Anspruch auf Mittel, zu deren Beschaffung sie nicht beigetragen haben. Wichtig ist, daß die Streikunterstützung auf einem Schuldchein, ausgestellt vom Hauptkassierer des Deutschen Holzarbeiterverbandes, zu quittieren ist. Diese Quittung ist aber schon recht ehrenwürdigen Alters; sie besteht seit Bestehen des Verbandes. Bei der Beschlußfassung über den Eintritt in einen Ausstand ist unerlässliche Voraussetzung, daß alle Teilnehmer am Ausstand sich auch verpflichten, bis zum Ende mit auszuhalten. Wer das nicht will, hat die Pflicht, dies vorher zu sagen. Die in Frage kommenden Arbeiter werden das bei ihrer Beschlußfassung berücksichtigen. Erst den Streik mit zu beschließen, durch seine Zustimmung seine Mitkollegen zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen und sie dann in Stich zu lassen, ist unter allen Umständen verwerflich. Sich dagegen zu schämen, ist Pflicht jeder Arbeiterorganisation. Deshalb ist der Streikquittung der Bermerk vorgedruckt:

„Unterzeichneter erklärt mit Empfangnahme der nachstehend quittierten Beträge gleichzeitig, daß er, sofern er vor der Beendigung des Streiks die Arbeit wieder aufnimmt, die empfangene Summe als ein persönliches Darlehen von Herrn . . . anerkennt, und verpflichtet sich in diesem Falle, den quittierten Betrag vierzehn Tage nach erfolgter Warnung an Herrn . . . zurückzuzahlen.“

Der empfangene Betrag ist also nur zurückzuzahlen, wenn der Empfänger die Voraussetzungen, unter denen die Unterstützung gezahlt wurde, nicht mehr erfüllt, wenn er vor Beendigung des Streiks die Arbeit aufnimmt, wenn er Streikbrecher wird. Diesem gegenüber irgendwelche Rücksicht zu üben, liegt gar keine Veranlassung vor.

Das Streinen über die Rücklosigkeit der Holzarbeiter heidet die Herren um so besser, als ihnen doch nicht fremd sein kann, daß sich die Arbeitgeberorganisationen allgemein in derartigen Fällen durch Ausstellung von Wechseln sichern.

### Aus der polnischen Gewerkschaftsbewegung.

Während sich bekanntlich die Unternehmer unter Ignorierung der nationalen Unterschiede immer mehr zusammenschließen, haben es einige polnische Fanatiker für angebracht gehalten, eine besondere nationalpolnische Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Bis zum Jahre 1909 gab es drei Gruppen dieser Richtung, die sich aber vor Jahresfrist zu einer Vereinigung verschmolzen haben, deren Vorsitzender der bei der Erziehung in Polen durchgefallene Kandidat *Sosinski* ist. Jetzt liegt der erste Jahresbericht der Vereinigung vor, dem wir folgendes entnehmen: Der gemeinsame Verband besitzt jetzt rund 60 000 Mitglieder. Seine Einnahmen beliefen sich im ersten Geschäftsjahr auf 956 893 M. An Unterstützungen wurden verausgabt für Streiks, Kranken- und Reiseunterstützungen zusammen 160 000 M. Hauptverwaltung mit Sekretariat und Rechtsabteilung erforderten 21 000 M., ebenso betrugen die Ausgaben für die Presse 21 000 M. Insgesamt 202 000 M. Am Jahresschluß wies die Hauptkasse einen Bestand von 557 000 M. auf. Die größte Zahl der Mitglieder setzt sich aus Berg- und Hüttenarbeitern des rheinisch-westfälischen Reviers zusammen, die zusammen 110 000 M. Einnahmen hatten. Die Vereinigung hat ihre Hauptmitgliederzahl, wie schon erwähnt, in Rheinland-Westfalen, dann folgen Polen und zuletzt Oberdeutschland. Sie wird von Pfaffen, polnischen Kaufleuten und allen möglichen Interessenten, die in den Arbeitern brauchbares Stimmvieh sehen, gegängelt. Augenblicklich drohen ihr schwere innere Konflikte, da doch bekanntlich zwischen ihrem Vorsitzenden und dem Posener Filialleiter *Kowicki* eine heftige Fehde gelegentlich der Posener Erziehung ausgebrochen ist, in der *Sosinski* wiederholt als Polizeipöbel gebrandmarkt wurde, ohne sich davon zu reinigen. *Kowicki* will auch für Polen ein eigenes Wochenblatt herausgeben.

Voraussichtlich wird diese nationale Sonderorganisation im Laufe der nächsten zehn Jahre teils an ihrem eigenen Gestank, teils auch an der Schlichtigkeit der polnischen parlamentarischen Fraktion zugrunde gehen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Budgetberatung in der Bremer Bürgerschaft.

Bremen, 18. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Budgetberatung warnte Genosse *Rhein* vor der von bürgerlicher Seite empfohlenen Sparjamkeit, die lediglich darauf hinauslaufe, sozialpolitische Probleme zurückzustellen; er empfiehlt Erhöhung der steuerfreien Einkommen, Vermögenssteuer und progressive Steigerung der Einkommensteuer, fordert städtischen Arbeitsnachweis usw. Eine Kommission beschäftigte sich seit 15 Jahren ohne Erfolg damit, während andere Städte lange die besten Erfahrungen gemacht hätten.

Rhein kam dann auf das Zeugniszwangsverfahren gegen Genossen *Freuthal* zu sprechen. Anderswo wolle man diesen unerhörten Gewissenszwang dieses Polterwerkzeug ausheben, hier denke man nicht daran. Er tadelt scharf die Ablehnung der Beschwerde *Freuthals* durch den Senat, die offenbar leichtfertig erfolgt sei, da acht Tage später der Untersuchungsdirektor die Haft aufgehoben habe. *Kebner* kommt dann auf den Auspruch des Staatsanwalts *Ramsauer*, der vor einigen Tagen in einer Verhandlung gegen mehrere junge Leute der „besseren Kreise“, die in brutaler Weise einen Landläufer verprügelt hatten, sagte, die besser situierten Angeklagten empfänden eine Gefängnisstrafe schwerer als ein Arbeiter, deswegen beantrage er Geldstrafe. Rhein fordert Einschreiten der Justizbehörde. Die Polizeikommission am 6. April geben ihm Veranlassung zu fordern, daß der Polizeihauptmann *Pohl*, der auf eigene Faust operiert habe, von der Behörde in seine Schranken gewiesen werde. *Kebner* dem protestiert er gegen die Unterbrechung der bürgerlichen Presse, als ob uns solche Polizeitaten als Agitation erwünscht seien.

Ein Senatskommissar führte aus, daß wahrscheinlich Schaffung eines Ausgleichsfonds für außerordentliche Ausgaben neben bestehenden Reservefonds nötig sei und findet es bedenklich, die Steuerfreiheit zu erhöhen, da nur Zahlende mitraten dürften. Im Gegensatz zu der Begründung der Entlassung *Freuthals* durch den Untersuchungsdirektor sagte der Senator, die Entlassung sei erfolgt, weil man sich keinen Erfolg versprochen habe. Vorher hieß es bekanntlich, weil man seine Aussage nicht mehr brauche. Er sprach dann noch die ungeheuerliche Verächtlichkeit aus, daß Genosse *Freuthal* nur nicht ausgesagt habe, weil er wahrscheinlich Parteigenossen hineingerissen haben würde (!!!), als ob er sonst jeden anderen ohne Bedenken hineingelegt haben würde. Diese Folgerung, die scheinbar den Zweck hatte, die Refekte, die von uns bisher beobachtet ist, zu brechen, wurde gebührend zurückgewiesen, aber auch betont, daß der Zweck, und zu unvorsichtigen Neuerungen zu veranlassen, erkannt sei. Der Senator bedauerte die Verurteilung des Staatsanwalts, aber diese einzelne Entlassung gebe nicht das Recht, von Klassenjustiz zu sprechen. Das Vorgehen der Polizei stellte er als bloße Pflichterfüllung (!!) hin.

### Bremen, 18. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Genosse *Frasunkiewicz* wurde heute von der Bremer Strafkammer zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich um Vorgänge, die sich in Gemelingen bei Bremen abspielten.

### Abgelehnte Interpellation.

Petersburg, 18. Mai. (B. T. S.) Die Reichsduma verwarf in ihrer heutigen Abend Sitzung nach fünfjähriger Debatte mit 161 Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen 100 Stimmen die Interpellation über angebliche Verletzung der Grundgesetze durch die im September v. J. veröffentlichten Bestimmungen über die Handhabung des Artikels 96 der Grundgesetze.

### Großfeuer.

Regensburg, 18. Mai. (B. S.) In der Ortschaft *Puettrich* brannte ein Wohnhaus vollständig nieder, wobei das 11jährige Mädchen des Gastwirts *Sträufel* verbrannte. Das Dienstmädchen *Kronold* erlitt schwere Brandwunden und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

### Eine furchtbare Grubenkatastrophe.

Hänskirch (Ungarn), 18. Mai. (B. T. S.) In der *Szadorer* Kohlengrube ereignete sich heute eine Explosion schlagender Wetter. Vier Arbeiter wurden getötet; 17 Arbeiter und 1 Kutscher befanden sich noch in der Grube.

### Zwei Personen ertrunken.

Zandbrud, 18. Mai. (B. S.) Auf dem Eisfluß *Uf* bei *Zabis* eine Barke umgekippt; zwei Personen, die darin saßen, sind ertrunken.

### Verunglückter Aviatiker.

Zwif, 18. Mai. (B. T. S.) Der Aviatiker *Rau* flügte heute während eines Fluges mit seinem Eindecker aus einer Höhe von 10 Metern zur Erde und blieb beinaheungslos liegen. Er trug zahlreiche Verletzungen am Kopf und am ganzen Körper davon; der Flugapparat wurde zerschmettert.



Alte Erinnerungen.

In der Leipziger Volkszeitung vom 14. Mai hatte Genosse Röhling, einer der Alten, unter dem Titel „August Weber 1860 und 1910“ aus dem Schatze seiner Erinnerungen einige Episoden über die Kämpfe zwischen Vassalleuren und Eisenachern veröffentlicht.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß zwei Personen, die über ein und denselben Vorgang, an dem sie beteiligt waren, berichten, fast nie genau übereinstimmen. So geht es mir auch mit einem Teil der Erzählung Röhlings.

Der Vorgang war folgender, und das ist wichtig festzustellen. Es war im August 1870. Drüben in Frankreich wurde eine Schlacht nach der andern geschlagen, in denen die Franzosen unterlagen.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Im Vassalleuren Lager — sowohl im Schweizerschen, wie in dem der Hahfeldt-Wende, in dem Röhling stand — war man über unser Vorgehen in patriotischer Wallung geraten; wir wurden in der Presse der beiden Fraktionen als „Landesverräter“ gebrandmarkt.

Siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Hamburg, 17. Mai.

Die heutige Sitzung beginnt mit dem Referat Paul Langes über:

„Die Gehaltsfrage.“

In eingehender Weise behandelt der Vortragende die hinsichtlich der vielfach geradezu miserablen „Salairierung“ zutage tretenden Mängel und empfiehlt die Annahme dieser Resolution:

Die siebente Generalversammlung weist auf die bekannte Tatsache hin, daß die Masse der Handlungsgehilfen durchaus unzureichend entlohnt wird und ein beträchtlicher Teil der kaufmännischen Angestellten weniger Gehalt bezieht, als der Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter beträgt.

Die Mittel dazu sind in der gewerkschaftlichen Organisation, in dem Zusammenschluß im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen gegeben. Wenn auch gegenwärtig nicht überall die Vorbereitungen für den nach § 162 der Gewerbeordnung gesetzlich zulässigen Streik vorhanden sind, so würde es doch — wenn die Angestellten nur wollen — sehr oft möglich sein, durch Ausübung der passiven Resistenz (d. h. des gemächlichen Arbeitens an Stelle der im Geschäftsleben üblichen Hast) die Geschäftsinhaber zu zwingen, eine Gehaltserhöhung zu gewähren, die sie gütlich nicht geben.

Diese Wege sind jedoch nur gangbar, wenn sich die kaufmännischen Angestellten einer Vereinigung angeschlossen haben, die bei diesen Schritten hinter ihnen steht und sie nötigenfalls auch finanziell unterstützt. Eine solche Organisation ist für sie nur der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, der seinerseits einen Rückhalt in der Gesamtheit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hat.

Nach kurzer Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Ueber den dritten Punkt:

„Die Stellenvermittlung im Handelsgewerbe“

referiert Herr v. Frankfurt a. M., dessen Ausführungen in folgender Resolution niedergelegt sind:

Durch das kürzlich vom Reichstage beschlossene Stellenvermittlungs-Gesetz können, falls es von den Behörden in entsprechender Weise gehandhabt wird, gewisse Schäden der gewerbmäßigen Stellenvermittlung eingeschränkt werden. Das Gesetz bringt aber keine durchgreifende Regelung der kaufmännischen Stellenvermittlung. Nicht nur die gewerbmäßige Stellenvermittlung und die Balanzlisten, die beide im Interesse der Angestellten beseitigt werden müßten, sollen weiterhin zulässig sein, sondern die Handlungsgehilfen werden auch künftig auf den kostspieligen, mit viel Mühe und Zeitverlust verbundenen Weg der Bewerbung auf Zeitungsinserten angewiesen sein und nicht selten der ausbeuterischen Tätigkeit gewisser kaufmännischer Vereine zum Opfer fallen.

Notwendig ist die Schaffung öffentlich-rechtlicher Stellenvermittlungen für Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, die unter der paritätischen Verwaltung von

eine bestimmte Summe, die ihr zufallen soll, falls er sie vor Ablauf der Probezeit aus dem Hause jagt. Von der Mitgift, den Kindern, Ehescheidung usw. ist in dem Text nicht die Rede; trotzdem kann es sich nicht um eine Art Konvulsat handeln, denn es wird ausdrücklich das Wort für „legitime Ehefrau“ angewandt. Anscheinend sollte diese Probezeit eine Versicherung vor allem gegen eine kinderlose Ehe sein.

Theater.

Wiener Bürger-Theater: Ware, Wiener Stück in drei Akten von Robert Schen und Otto Slooßl. Wenn einem eine künstlerische Schöpfung interessant erscheint, ist die Sache allemal bedenklich. Dieses (warum „Wiener“) Stück ist interessant. Es hätte daraus etwas werden können. Die Autoren hatten die Idee, den Bärencharakter der Liebe durch ein Stück Leben zu veranschaulichen. Leider hatten sie nur die Idee. Die Veranschaulichungskraft reichte nicht aus. Daß eine Mätresse just erst in dem Augenblicke, da ihr Kavaller ihr überdrüssig wird, in sich die Ware erkennt, ist doch allzu leicht gemachte Konstruktion. Gedanken, die in den mit manchem Geschick gedachten Akten ausfließen, verraten, daß den Autoren ein Essay über das Thema besser geglückt wäre, als es das Stück ist. Und doch — es ist interessant. Man sieht, wie viel Dichterisches auch aus sozialogischer Betrachtungsart zu gewinnen wäre. Der Dichter wird erst kommen müssen, der mitten aus dem Alltag herausgreift, um das Rechenhafte aller Gegenwartslebe zu spiegeln, nicht nur dort, wo bewußt gekauft und verkauft wird, sondern auch dort, wo reine Empfindung zu lenken scheint.

Humor und Satire.

Saut Verfügung der Kirchenbehörden soll nach glücklich überstandener Weltuntergang in sämtlichen Kirchen ein „Lustige Blätter“

Die Geistlichen: Dank den Gaben, die die Gläubigen spendeten, um die Kometengefahr zu beschwören, werden wir für ein Jahr zu leben haben.

Die letzte Nacht. Sie zu ihm: „Gust, es ist 1/8 Uhr; wenn Du nett wärest, würdest Du mir vor dem Kometendurchgang versichern, daß Du mich bis in den Tod lieben würdest und darüber hinaus.“

Die letzte Sitzung. (Im Parlament): Meine Herren Kollegen, ich schlage Ihnen vor, unsere Bezüge auf 6000 Frank zu ermäßigen. Das hat für uns keine weiteren Folgen und macht der Republik Ehre.

Prinzipalen und Angestellten stehen und für die Stellensuchenden kostenlos tätig sind. Gegen diese Forderung stemmen sich insbesondere der Verein der Handlungsgehilfen von 1858 und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, die schon früher in wichtigen sozialpolitischen Fragen eine Haltung eingenommen haben, die einer Schädigung der Gehilfeninteressen gleichkam. Diese Verbände, ferner der Kaufmännische Verein in Frankfurt a. M. und andere Vereine sind der öffentlich-rechtlichen Stellenvermittlung abhold, weil sie befürchten, daß dadurch ihre Verbandsstellenvermittlung, die jetzt ihr hauptsächlichstes Verd- und Werbemittel ist, zurückgehen werde. Vielfach treten Gehilfen mehreren dieser Vereine bei, in der oftmals vergeblichen Hoffnung, durch sie eine Stellung zu erhalten. Auf diese Weise nehmen die kaufmännischen Stellenvermittlungsvereine den Angestellten benso das Geld aus der Tasche, wie die gewerbmäßigen Vermittler. Diese Gelder verwenden jene Vereine in der Regel zu kostspieliger Reklame für ihre Stellenvermittlung; sie haben im Durchschnitt für jede vermittelte Stelle beträchtliche Ausgaben, womit erwiesen ist, daß ihre Tätigkeit, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, keineswegs befriedigend kann.

Die Einwendungen, die die kaufmännischen Stellenvermittlungsvereine gegen die öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweise erheben, sind nicht stichhaltig und zum Teil sogar durch die eigene Praxis jener Vereine widerlegt. Der Einwand, daß die öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweise nicht nach auswärts vermitteln könnten, was das für Handlungsgehilfen notwendig sei, trifft nicht zu. Gerade vom Verein für Handlungsgehilfen von 1858, der die beste Vermittlung zu haben behauptet, ist zugegeben worden, daß er bei einem Mangel an Bewerberinnen für Durchschnittposten keineswegs Mitglieder aus anderen Orten heranzieht, sondern diese Vermittlung bisher rein örtlich betrieben und statt seine auswärtigen Mitglieder zu berücksichtigen, Nichtmitglieder am Orte durch Zeitungsinserte als Bewerber gesucht hat. Soweit aber eine Vermittlung und ein Austausch von Bewerberinnen nach auswärts angebracht ist, kann dies auch durch öffentlich-rechtliche Arbeitsnachweise geschehen.

Den konkurrenzneidischen Belämpfern der öffentlich-rechtlichen Stellenvermittlungen muß um so entschiedener entgegengetreten werden, als damit auch der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung, für die die Anfänge in verschiedenen deutschen Gemeinden vorhanden sind, Bahn gemacht wird.

Die Resolution wird debattelos angenommen. Bezüglich der

Reichsversicherungsordnung

liegt eine längere Resolution vor, die erklärt, daß der Entwurf den Erwartungen der Handlungsgehilfen nicht entspricht. Außer den allgemeinen, vom Gewerkschaftslogenrat eingehend behandelten und zum Ausdruck gebrachten Forderungen legt die Resolution auch die speziellen Wünsche der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen dar. Sie spricht sich gegen die laufmännischen Disfunktionsklassen aus, weil durch diese die Prinzipale die Gehilfen bürgerlichen kaufmännischen Vereinen zuführen, verweist die Zusatzversicherung und fordert an ihrer Stelle Verbesserung der Zwangsversicherung, protestiert gegen die Ausschaltung eines großen Teiles der Handlungsgehilfen usw. von der Unfallversicherung, fordert die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigte, ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes und verlangt auf dem Gebiete der Invalidenversicherung im Interesse der Handlungsgehilfen:

- 1. Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf diejenigen Angestellten, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark übersteigt. 2. Erhebliche Steigerung der Rentensätze, Vermehrung der Zahl der Beitragsklassen unter Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes. 3. Anerkennung der Invalidität, wenn der Versicherte in seinem Verufe nicht mehr die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben vermag; Gewährung der Altersrente bei Vollendung des fünfundsiebszigsten Lebensjahres. 4. Gefühlicher Anspruch der Versicherten und ihrer Angehörigen auf rechtzeitige Einleitung eines Heilverfahrens bei drohender Invalidität; ausreichende Fürsorge für die Angehörigen während des Heilverfahrens für einen Versicherten.

Nachdem Lange die Resolution erläutert, wird diese einstimmig angenommen.

In bezug auf das Arbeitskammergesetz drückt der Verbandstag seine Haltung in nachstehender Resolution aus:

Das letzte Fest. Wir können und ruhig noch Champagner geben lassen. Ehe es zum Zahlen kommt, wird der Komet ein treffen.

Traurige Wahrheit. (Zwei arme Kinder): Was bedeutet denn „das Ende der Welt“? — Wenn es kein Brot mehr im Hause gibt. („L'Assiette au beurre“.)

Notizen.

Der Halleische Komet wird seine Begegnung mit der Erde vollzogen haben, bis diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen. Die allermeisten werden nichts davon gemerkt haben und es ist fraglich, ob die Wissenschaft, die dem Gaste mit Fernrohr, Registrierballon und Ballonaufstiegen zuseht, in unseren Breiten besondere Erfolge erzielen wird. Die Wausäure, die sich angeblich im Kometenschweif befindet, soll, wird niemand geschadet haben. Die Nachbummeler werden so wenig oder so viel auf ihre Kosten gekommen sein, wie die Wergläubigen, die es sich schon mehr leisten ließen.

Ueber die genaue Zeit des Erddurchganges durch den Schweif waren die Ansichten noch bis Mittwochabend widersprechend. Auch über die Dauer des Durchganges schwankten die Annahmen von einer bis zu fünf Stunden.

Franz Starbina, einer der bekannteren Berliner Maler ist Mittwoch morgen in Berlin gestorben. Gelegentlich einer Kollektivausstellung seiner Werke im vorigen Jahre wurde er hier eingehend gewürdigt: als Opportunist der Palette. Seine besondere Note war: Pariser und Berliner Großstadtbilder. Starbina, der 1849 in Berlin geboren war, übte eine Zeitlang ein Lehramt an der Hochschule für die bildenden Künste, bis er mit H. v. Werner nach Rom kam. Er hat die Sezession begründet, ohne ihr lange treu zu bleiben. Er nahm in der Berliner Malerei eine Mittelstellung zwischen Altam und Kuem, zwischen Kunst und Handwerk ein.

Bühnenchronik. Frau Rosa Vertens ist in der nächsten Saison längere Zeit dem Berliner Theater verpflichtet. Sie wird u. a. in Henry Batelles Schauspiel „Die törichte Jungfrau“ die Rolle der Frau Armour darstellen.

Maxim Gorki wird, um in unmittelbarer Nähe seiner russischen Freunde zu sein, die Insel Capri verlassen und sich dauernd in Norwegen niederlassen.

Peter Altenberg, der Dichter der kleinen Dinge aus dem Alltagsleben, wurde in die Heilanstalt Ingersdorf bei Wien übergeführt, da er an Verfolgungswahnkrankheit litt.

Carl Goldmark, der Altsche der deutschen Komponisten, zu dessen bekanntesten Schöpfungen die Oper „Die Königin von Saba“ gehört, beging am Mittwoch seinen 80. Geburtstag.

Das Achte Bayerische Arbeiterfest, das zu Pfingsten in Rürnberg abgehalten wurde, nahm einen festlichen und künstlerisch ehrenvollen Verlauf. Am Montag fand ein großer Festzug mit 20 000 Teilnehmern statt, dessen Hauptpunkt ein Festwagen mit der Huldigung der Freiheitsgöttin war. Der Magistrat ließ die Festhalle unentgeltlich überlassen.

Kleines feuilleton.

Die größte Blindenbibliothek der Welt. Die nach einem der hervorragenden Wohltäter der Blinden genannte Association Valentin-Hach in Paris unterhält in dieser Stadt, Rue Duroz 9, eine Blindenbibliothek, über die in der „Revue des Bibliothèques et Archives de Belgique“ soeben einige interessante Angaben mitgeteilt werden. Diese Bibliothek, die größte ihrer Art in der Welt, ist gewissermaßen eine Welt für sich und wird ausschließlich von Blinden für Blinde in Gang gehalten. Auch die Bibliothekare sind dort Blinde, ebenso sind die Kataloge, Zettel, Ausleihlisten u. s. f. ausschließlich in Blindenschrift (Braille-Schrift) geschrieben. Sie enthält etwa 25 000 Bände, die fast ausschließlich von Freunden der Blinden, insbesondere Damen und jungen Mädchen, in Blindenschrift übertragen worden sind; gibt es doch unter diesen Wohltäterinnen kleine Mädchen, die sich nie zu weit legen, ohne wenigstens einige Zeilen für die Blinden gesetzt zu haben. Die Bibliothek versorgt sowohl die Blinden der Hauptstadt wie des Landes mit Lesestoff. Einmal in der Woche, am Mittwoch, ist der Ausleihtag für die Pariser Blinden, die dann in großer Zahl mit schweren Bücherkoffen auf der Bibliothek erscheinen, ihre Ersparungen und Wünsche gegenseitig austauschen und dann ebenso schwer beladen wieder abgehen; an den übrigen Tagen werden die Blinden des Landes mit Lesestoff versorgt. Da die Typen der Blindenschrift sehr groß sind und nur auf der Vorderseite des Blattes angebracht werden können, so sind die Bücher begreiflicherweise sehr dick und schwer; ein Romanband gewöhnlichen Umfangs gibt in Blindenschrift acht bis zehn Bände, von denen jeder dreimal so dick und natürlich auch viel größer ist als das gedruckte Buch. Obwohl die französische Post diese Bücher zum Druckfacententarif befördert, ist den Blinden im Lande die Benutzung dieser Bibliothek sehr erschwert; denn die Fracht für einen durchschnittlichen Romanband kostet dem Blinden ebensoviel, wie der Gesundheitsfürsorge beim Kauf für den ganzen Band zu bezahlen hätte. Da aber die meisten französischen Blinden auf dem Lande und zudem naturgemäß in recht dürftigen Umständen leben, so ist die Benutzung der Bibliothek von auswärtig erheblich geringer als bei dem starken Bedürfnis der Blinden nach Lesestoff zu erwarten wäre — ein Mangel, dem durch die fruchtbarste Beförderung von Blindenbüchern nach dem Vorgang einiger anderer Staaten leicht abgeholfen wäre.

Eheschließungen auf Probe im alten Ägypten. Daß im alten Ägypten Eheschließungen gesetzlich erlaubt waren, beweist ein Vertrag, der, wie die Zeitschrift für ägyptische Sprache“ mitteilt, auf einer etwa aus dem Anfang der römischen Kaiserzeit stammenden Tonsehne sich entziffern ließ. Danach ging der Gänsehäutler Hemiunis mit der Frau Taminis einen Kontrakt ein, wonach er sie für die Dauer von fünf Monaten in sein Haus als Ehefrau mit allen Rechten aufnimmt. Als Pfand dafür deponiert er in einem Tempel



Die siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen bedauert, daß Regierung und Reichstag auch bei dem Entwurf des Arbeitskammergesetzes die Handlungsgehilfen nicht berücksichtigt haben. Statt dem Wunsche des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen zu willfahren und in das Arbeitskammergesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach für Handlungsgehilfen besondere Arbeitskammern oder Abteilungen zu errichten sind, wird in dem Gesetzentwurf gesagt, daß er für die Handlungsgehilfen keine Geltung haben soll.

An dieser Mißachtung der Handlungsgehilfen sind freilich die kaufmännischen Angestellten insoweit selbst mit schuld, als sie zum Teil jenen Führern gefolgt sind, die die Handlungsgehilfen, um dem Ständebüßel zu schmeicheln, auf ein später vielleicht kommendes besonderes Gesetz vertröstet haben. Dadurch ist es den gesetzgebenden Körperschaften erleichtert worden, von der Schaffung besonderer Kammern oder Abteilungen für Handlungsgehilfen in dem gegenwärtigen Arbeitskammergesetzentwurf abzusehen.

An den Reichstag richtet die Generalversammlung die Bitte, noch in letzter Stunde in den Gesetzentwurf die Bestimmung aufzunehmen, daß für Handlungsgehilfen besondere Kammern oder Abteilungen zu schaffen sind. Sollte dieser Wunsch nicht erfüllt werden, so wird der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen nach Schaffung des Gesetzes nachdrücklich dafür eintreten, daß den Handlungsgehilfen die staatlich anerkannte Vertretung, die man ihnen jetzt verweigert, baldigst gewährt wird.

Darauf werden die zum Statut gestellten Anträge beraten. Zur Annahme gelangen folgende Anträge:

Den Mitgliedern anderer Handlungsgehilfenverbände, welche aus diesen austreten, um sich dem Zentralverbande anzuschließen, kann bei Gewährung von Leistungen, die auch in den anderen Verbänden gewährt werden, die in diesen gehabte Dauer ihrer Mitgliedschaft angerechnet werden.

Die Zahl der Mitglieder im Vorstand wird von zwei auf vier, die Mitgliederzahl des Vorstandes also von fünf auf sieben erhöht, ebenso die Zahl der Ausschussmitglieder von fünf auf sieben.

Die Bestimmung, daß der Verbandstag stets am Pfingsten stattfinden muß, wird gestrichen.

Abgelehnt wird die Schaffung besonderer Jugendabteilungen und besonderer niedriger Beiträge für Jugendliche, ebenso die Erhöhung der Stellenlosenunterstützung und die Einführung der Krankenunterstützung.

Der Antrag, den Verbandstag nach Berlin zu verlegen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Bei Erörterung der Frage der Verschmelzung mit anderen Organisationen,

welche kaufmännische Handelsangestellte und Bureauangestellte aller Art umfassen, werden eingehend die mit dem Lagerhalterverbände bestehenden Differenzpunkte besprochen, die aus der Welt zu schaffen von mehreren Rednern mit Nachdruck gefordert wird. „Auf einer für den Handlungsgehilfenverband annehmbaren Grundlage“. Die unliebsamen Grenzstreitigkeiten, meinte ein Redner, könnten nur durch eine Fusionierung mit verwandten Verbänden aus der Welt geschafft werden. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, es solle alles Mögliche getan werden, um zu besseren Zuständen zu gelangen, doch solle man nicht Unmögliches fordern.

Ein Antrag, Verschmelzungsverhandlungen mit dem Lagerhalterverbände anzubahnen, findet einstimmige Annahme. Mit großer Mehrheit wird beschlossen, solche Verhandlungen auch mit dem Verbande der Bureauangestellten in die Wege zu leiten. Endlich gelangte noch dieser Antrag zur Annahme: Der Vorstand wird beauftragt, Fühlung mit dem Verband der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen betreffs einer Verschmelzung zu nehmen.

Es liegen mehrere Anträge vor wegen Anstellung von weiblichen Beamten zur Agitation unter den weiblichen Angestellten und von Beamten für den Bezirk Chemnitz und Ostdeutschland.

Die Anträge werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Die nächste Generalversammlung findet in Berlin statt. Die neuen Beschlüsse treten am 1. Juli d. J. in Kraft.

Den Bericht vom 6. deutschen Gewerkschaftskongress in Hamburg erstattet Josephsohn, der kurz auf die dort gefassten Beschlüsse hinweist, die gute Früchte zeitigen hätten. Zum nächsten deutschen Gewerkschaftskongress könne der Verband, entsprechend seiner gewachsenen Mitgliederzahl, vier Delegierte entsenden, doch solle man hierin maßhalten, weil sonst die Kongresse zu stark besetzt sein würden. Redner schlägt vor, wie vor zwei Jahren nur drei Delegierte zu entsenden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ueber den „Internationalen Kongress und die dritte internationale Handlungsgehilfen-Konferenz“

referiert ebenfalls Josephsohn. Zum internationalen Kongress könne der Verband einen, unter Umständen zwei, und zur Konferenz drei Delegierte entsenden. Als Ort des internationalen Handlungsgehilfenkongresses würde sich am besten Amsterdam eignen, da dort die nötigen Kräfte vorhanden seien. Eine Debatte wird nicht beliebt.

Als besoldete Vorstandsmitglieder werden per Affirmation Josephsohn, Lange und Bucher wiedergewählt.

Der Sitz des Ausschusses bleibt in Berlin.

Zum nächsten deutschen Gewerkschaftskongress werden Josephsohn und Lange nach Hamburg und Löhner nach Dresden delegiert.

Zum internationalen Kongress in Kopenhagen wird Josephsohn gewählt, zur internationalen Konferenz werden Lange, Josephsohn und Cohen nach Berlin entsandt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

### Zehnter Verbandstag der Mühlenarbeiter Deutschlands.

München, 17. Mai 1910.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages referierte Rappeler-Altenburg über die

Verschmelzungsfrage.

Auf eine Anfrage bei den in Betracht kommenden Zentralverbänden erklärten sich diese zu einer Verschmelzung bereit. Die beiden Verbände, die in Frage kommen — der Brauer- und Bäckerverband — tagen in der nächsten Woche in Berlin. In der Zukunft bei Lohnbewegungen werde sich in Zukunft nicht viel ändern; wir werden unsere Bewegungen auch in Zukunft selbst führen und auch für die Kosten aufzukommen haben; in der Agitation werden wir aber eine wesentliche Förderung erfahren. Wir müssen uns nicht verschmelzen. Wir kommen nicht als Bettler sondern als Waffenbrüder zu der anderen Organisation. Durch einen Zusammenschluß sei zu hoffen, daß die Zahl der organisierenden Mühlenarbeiter stark zunimmt. Die Brauer haben 300, die Bäcker 200 Mitglieder, wenn dann bei einer Verschmelzung fast 500 Beamte die Agitation für die Mühlenarbeiter betreiben, dann mühe es mit dem Tausch gehen, wenn nicht bessere Erfolge als bisher zu erzielen wären. Nachdem Redner die von und schon im Vorbericht veröffentlichten Uebertrittsbedingungen besprochen, überließ er die Entscheidung, mit welchem Verbände die Verschmelzung vorgenommen werden solle, dem Verbandstage. Der Hauptvorstand habe bei den Bäckern genau so viel Entgegenkommen gefunden wie bei den Bräuern.

### An das Referat Rappeler knüpfte sich eine rege Diskussion.

die den ganzen Tag ausfüllte. Zehn Diskussionsredner sprachen sich für eine Verschmelzung mit den Bäckern und zehn für eine Verschmelzung mit den Bräuern aus. Für die Verschmelzung mit den Bräuern sprachen sich besonders die Berliner und Frankfurter Delegierten ein. Sie erwarteten bei den Bräuern mehr Vorteile für die Mühlenarbeiter als bei den Bäckern. Wegen einer Verschmelzung mit den Bäckern würden die hohen Beiträge ins Feld geführt. — Nachdem die Referate des Hauptvorstandes wiederholt angegriffen wurden, erklärte schließlich Rappeler, daß die Hauptverwaltung den Anschluß an die Brauer empfehle. — Der Vorsitzende des Bäckerverbandes, Altmann-Hamburg, erklärte, daß sein Verband der Entscheidung mit Ruhe entgegenstehe. Die Entwicklung werde mit der Zeit doch darauf hinausgehen, daß beide Verbände mehr und mehr zusammenkommen.

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages

wurde dann die Abstimmung über die Verschmelzungsfrage vorgenommen. Der Antrag auf Vornahme einer Abstimmung wurde abgelehnt.

Für eine Verschmelzung mit den Bäckern stimmten 11 Delegierte, die 1210 Mitglieder vertreten. Dagegen 23, die 2891 Mitglieder vertreten.

Nun folgt die Abstimmung wegen einer Verschmelzung mit den Bräuern. Für die Verschmelzung stimmten 31 Delegierte (3500 Mitglieder), dagegen 2 Delegierte (392 Mitglieder). Damit ist die Verschmelzung mit dem Brauerverband beschlossen.

Darauf machte Rappeler bekannt, daß die Delegierten nun auch an dem Verbandstag der Brauer teilzunehmen haben.

Es folgt nun ein Referat des Genossen Umbreit über:

„Die Reichsversicherungsordnung“.

In einer einstimmig angenommenen Resolution schließt sich der Verbandstag der einstimmig angenommenen Resolution des 7. außerordentlichen Gewerkschaftskongresses an. Ebenso einstimmig wurde hierauf folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag der Mühlenarbeiter Deutschlands 1910 zu München spricht den ausgesperrten baugetriebenen Arbeitern seine volle Sympathie aus. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter ist der Kampf um die Aufrechterhaltung der Organisation und daher ein Kampf für die Grundrechte der Arbeiter. Der Verbandstag schließt sich der Solidaritätsbeziehung der gesamten deutschen Gewerkschaften an und beschließt, die baugetriebenen Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum nach Kräften zu unterstützen.

Der Verbandstag ermächtigte die Hauptverwaltung, den ausgesperrten Bauarbeitern im Bedarfsfalle eine namhafte Summe aus der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen. Die Delegierten verpflichten sich außerdem für eine wirksame Unterstützung der ausgesperrten zu sorgen.

Als erster Vorsitzender wurde Rappeler, als zweiter Vorsitzender Deyke-Altenburg wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Leipzig. Der Zusammenschluß der Verbände erfolgt am 1. Oktober d. J.

Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde hierauf die weitere Verhandlung vertagt.

### Zehnte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Feiler Deutschlands.

Hamburg, 18. Mai.

Die heutige Verhandlung beginnt mit einem Referat des Genossen Bauer-Verein über die

Reichsversicherungsordnung.

In großen Zügen behandelt Redner das geheimräthlich-bureaucratische Reformwerk und weist nach, daß im Interesse der vielen Millionen Versicherungsnehmer ein ganz anderer Aufbau der Sozialgesetze erfolgen müsse. Diese Grundzüge sind in folgender Resolution enthalten:

Die Generalversammlung kann in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erblicken.

Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf schwere Eingriffe in die seit mehr als 25 Jahren bestehende Selbstverwaltung der Krankenkassen und den Ausschluß der Selbstverwaltung für die neu geplanten Landkrankenkassen. Die Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten bezw. Apothekern, endlich auch des Kostenbeamtenrechts bedeuten die Auslieferung der Krankenkassen an die Ärzteorganisationen und die Bureaucratie. Der Verbandstag protestiert gegen jene die Interessen der Millionen Versicherten aufs schwerste verletzenden Entzweiungsveruche, insbesondere aber gegen die Verringerung der Beitragsleistung und damit begründeten Stärkung des Einflusses der Unternehmer und der Bureaucratie in den Krankenkassen.

Auch für die Unfallversicherung bringt der Entwurf, von geringfügigen Erweiterungen der Versicherungspflicht abgesehen, nur Verschlechterungen. So hinsichtlich der Bestimmung des Rechtsweges durch Veseitigung des Refurres an das Reichsversicherungsamt, der Einschränkung von Renten auf Zeit, der Verechnung des Jahresarbeitsverdienstes u. a. m.

Für die Invalidenversicherung läßt der Entwurf zeitgemäße Reformen und Erleichterungen des Rentenbezuges vermissen, vor allem die Angleichung der Pensionsversicherung der Privatangestellten. Die vom Entwurf vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversicherung hält der Verbandstag nicht den Anforderungen des vom Reichstage erledigten Gesetzes entsprechend; er fordert eine Versicherung aller Arbeiterwitwen, ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit der letzteren.

Inbesondere protestiert der Verbandstag gegen die vom Entwurf geplante Belastung der Arbeiterversicherung mit einem kostspieligen Beamtenapparat, der eine stete Gefahr für die ohnehin geringen Verwaltungsbudgete der Versicherten bedeutet.

Der Verbandstag fordert alle Berufsangehörigen auf, einmütig gegen diesen Entwurf Stellung zu nehmen. Nicht Entzweiung der Versicherten, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung derselben soll das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

Debatteles wird diese Resolution angenommen.

Es werden sodann die zur Beschließung der Kongresse gestellten Anträge zur Debatte gestellt.

Der Antrag, die Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen sind von den Mitgliedern und nicht wie bisher von der Generalversammlung zu wählen, wird abgelehnt.

Ein Antrag Ludwigshafen, der verlangt, die zum Gewerkschaftskongress gewählten Delegierten sollen für die Verschmelzung sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands bis zum Jahre 1913 eintreten in der Weise, daß zwei Arbeitnehmerverbände entstehen, wird dem Vorstande als Material überwiesen.

Zum Gewerkschaftskongress werden Fleischmann-Hamburg, Bauer-Gera und Schlenz-Mannheim gewählt; ferner werden delegiert ein Vorstandsmitglied, das vom Vorstande gewählt wird, der Redakteur und ein Gauleiter, der von den Gauleitern gewählt wird.

Zum internationalen Kongress in Kopenhagen und zum internationalen Metallarbeiterkongress wird der Vorstandsvorsitzende Schefel delegiert.

Einige Delegierte verlangen eine Gleichmäßigkeit in der Beitrags-erhebung, die aber von anderer Seite belämpft wird, weil die Verhältnisse zu verschieden seien. Die Debatte endet mit der Annahme dieses Antrages:

Der Vorstand wird beauftragt, Erhebungen anzustellen über die Art der Beitrags-erhebung in den Zahlstellen und über die

Funktion der Arbeitsnachweise. Das Ergebnis dieser Erhebungen ist zu bearbeiten und dem nächsten Verbandstage zu unterbreiten.

Zur Annahme gelangt noch diese Resolution:

Die Generalversammlung beauftragt den Hauptvorstand, eine rechnerische Grundlage über die Uebernahme der Sozialbeamten sowie der entstehenden Agitationskosten aufzustellen.

Wenn diese Durchführung möglich ist, wird der Hauptvorstand beauftragt, in Zukunft dementsprechend zu handeln.

In dem Bericht vom 18. Mai sind irrtümlicherweise einige genügend unterstützte Anträge als angenommen aufgeführt.

Das entgeltliche Schicksal der Anträge ist folgendes:

Die Delegiertenkosten eines Gantages sollen von der Sozialkasse getragen werden.

Die Verwaltungskosten des neugeschaffenen Arbeitsnachweises für Rheinland und Westfalen sollen von der Zentralkasse getragen werden, wird abgelehnt.

Der Antrag, wegen Regelung der Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden usw. in Verbindung zu treten, wird dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag über die Verpflichtung, in jeder Zahlstelle eine Arbeitsnachweise zu errichten, wird abgelehnt, ebenso an Stelle der Listenabrechnung die Markenabrechnung zu setzen.

### Soziales.

Die Gemeindeeinkommensteuer in preussischen Gemeinden.

Mit der Statistik über den Schuldenstand der preussischen Städte und größeren Landgemeinden im Jahre 1906 sind auch Erhebungen über die direkten Steuern der Gemeinden verbunden worden. Diefem Zahlenstoffe entstammen nachfolgende Angaben über die von den Städten und mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1906 erhobenen Zuschläge zum umlagefähigen Staatseinkommensteuerfoll, die jetzt von der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ (Nr. 18 vom 14. Mai) veröffentlicht werden. Außer den für die eigenen Zwecke der Gemeinde erhobenen Hundertteilen der Staatseinkommensteuer sind auch die für Kreiszwede besonders erhobenen Zuschläge bei den betreffenden Angaben berücksichtigt worden.

Von sämtlichen 1270 Städten überstiegen bei 192 oder 15,01 Proz. die Zuschläge noch nicht 100 v. H. der Staatseinkommensteuer, während solche von 200 Hundertteilen noch von 233 oder 18,32 Proz. übertraffen wurden. Bei den größeren Landgemeinden erhoben nur 10,11 Proz. keine Zuschläge von über 100 und 14,61 Proz. mehr als 200 v. H. Von den zu Groß-Berlin gehörigen Landgemeinden zeigten Weisensee, Vorkagen-Kummelsburg sowie Reinisdorf mit 165 bezw. 150 und 150 Hundertteilen die höchsten, Treptow, Friedenau und Deutsch-Bilmersdorf mit 100 und 90 Hundertteilen die geringsten Zuschläge.

Von den Großstädten erhoben folgende sechs auch nicht mehr als 100 v. H.: Berlin, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Schöneberg, Rastatt-Burbach, Wesel, Sankt Johann a. Saar, Wunsiau sowie Ostrowo. Bei einigen von diesen Gemeinden wurden jedoch die Schulkassen besonders aufgebracht. Vom Hundert der zu nachfolgend bezeichneten Größenklassen gehörigen Städte erhoben Zuschläge zum umlagefähigen Staatseinkommensteuerfoll:

Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern	bis einschl. 100 Proz.		über 100 Proz.		
	einshl. 100 Proz.	über 200 Proz.	einshl. 100 Proz.	über 200 Proz.	
100 000 bis 200 000	27,27	72,73	16,67	72,22	11,11
50 000 bis 100 000	8,00	69,00	24,00	—	—
25 000 bis 50 000	8,92	80,89	15,89	—	—
10 000 bis 25 000	2,56	76,00	22,44	—	—

Die höchsten Zuschläge von sämtlichen 261 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern traten mit 270 bezw. 175, 280, 290 sowie 300 Proz. bei Barmen, Barmen, Wuppertal, Düsseldorf, Düsseldorf und Preussisch-Stargard in die Erscheinung.

Von den 1018 Städten mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern erhoben 10 überhaupt keine Gemeindeeinkommensteuer, bei 85 betragen die vom umlagefähigen Staatseinkommensteuerfoll erhobenen Zuschläge nicht mehr als 75 und bei weiteren 183 nicht mehr als 100 Proz. Ueber 100 bis einschließlich 200 v. H. erhoben 658 Kleinstädte, 64,64 Proz., und mehr als 200 Hundertteile 182 Gemeinden dieser Gruppe, d. h. 17,88 Proz. Folgende 10 Städte erhoben sogar 300 Proz.: Goldap, Angerburg, Neuenburg i. W., Kognit, Neumarck i. W., Wedderfeld (Westf.), Lautenburg (Westpr.), Rifolaiten (Ostpr.), Klein und Silgenburg. Uebertraffen wurde dieser Satz schließlich noch von folgenden 14 Kleinstädten: Reme (303), Schwach (310), Maragabomo (310), Märktisch-Friedland (315), Tempelburg (320), Schöne (330), Tolkemit (338), Sensburg (340), Rheben (350), Krys (355), Osttau i. Westpr. (380), Gargno (380), Stuhm (390) und Kallies (425 Proz.).

Vom Hundert der zu nachfolgend bezeichneten Größenklassen gehörigen Städte erhoben Zuschläge zum umlagefähigen Staatseinkommensteuerfoll:

Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern	bis einschl. 100 Proz.		über 100 Proz.		
	einshl. 100 Proz.	über 200 Proz.	einshl. 100 Proz.	über 200 Proz.	
7000 bis 10 000 Einwohnern	5,68	71,59	22,73	—	—
6000 bis 7000 Einwohnern	9,18	67,18	23,66	—	—
2000 bis 6000 Einwohnern	17,08	63,57	18,61	—	—
nicht mehr als 2000 Einwohnern	22,11	63,27	12,58	—	—

Bei diesen Berechnungen sind die Gemeinden, welche überhaupt keine Zuschläge für Gemeinde und Kreiszwede erhoben, nicht berücksichtigt worden.

Verachtigte Lösung des Arbeitsverhältnisses.

Die Näherin R. war am 21. April bei dem Inhaber einer Betriebswerkstätte für Herstellung von Kleidern und Wästen in Arbeit getreten, hatte nach kaum dreitägiger Beschäftigung die Stellung aber wieder aufgegeben, weil ihr die Arbeit zu schwer war. Sie wurde wegen der fristlosen Lösung des Arbeitsverhältnisses von dem Unternehmer auf Zahlung von 18,20 M. verklagt. Die Beklagte erhob Widerspruch auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 6,25 M.

Bei der Verhandlung vor dem Gewerbegericht brachte die Beklagte ein ärztliches Attest bei, in dem gesagt wurde, daß das ununterbrochene Nähen an der Maschine ihre Gesundheit gefährdet haben würde. Das Gericht hielt unter diesen Umständen die erfolgte Lösung des Arbeitsverhältnisses für berechtigt. Der Beklagte gabte darauf den verlangten Lohn und beide Klagen wurden zurückgezogen.

Landarbeiter.

Ueber die Arbeitszeit der Landarbeiter gibt ein nachstehendes „Vertrag“ Aufschluß:

Wietvertrag.

Zwischen dem Landwirt G. Müller in Oberursel i. K. und dem Acker M. G. zu Frankfurt a. M. ist heute folgender Vertrag geschlossen worden:

Der Unterzeichnete vermietet sich als Dienstknecht an Herrn G. Müller für die Zeit vom 19. 1. 10 bis zum 19. 1. 11.

Derselbe erhält einen festen Lohn von 360 Mark (in Worten Dreihundertsechzig Mark), Kranken- und Unfallgebühren frei. Als Zubrot wird Frühstück mit 1 M. pro Woche ausgegibt. Die Arbeitszeit beginnt im Sommer morgens 4 Uhr und endet abends 7 Uhr, mit Ausnahme der Erntezeit. Derselbe hat einen Teil seines Lohnes als Kaution legen zu lassen von mindestens 60 M. Sollte der



Unterzeichnete seinen Dienst verlassen ohne Grund, so ist p. Müller berechtigt, die Kautions für seinen Schaden einzubehalten. Unterzeichnete ist mit sämtlichen Bedingungen einverstanden.

Für einen Wochenlohn von unter 7 Mark sollte der arme Teufel von früh 4 Uhr bis abends 7 Uhr, bei kurzer Mittagspause, arbeiten. Die Arbeitszeit beträgt also im Sommer „nur“ 14—15 Stunden und steigert sich während der Erntezeit noch erheblich, da der schlaffe Dienstherr ja ausdrücklich die Erntezeit nicht einbezogen hat. Ist es da ein Wunder, wenn Arbeitermangel auf dem Lande vorhanden ist und Industriearbeiter sehr ungern auf dem Lande Arbeit annehmen wollen? Daß der „Mietling“ schon vor der Erntezeit fortfliehet und seine Kautions im Stiche lieh, wird niemand wundern.

## Aus Industrie und Handel.

### Deutschlands Außenhandel.

Der Außenhandel Deutschlands im laufenden Jahre zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre ziemlich erhebliche Verschiebungen. Einfuhr und Ausfuhr der Menge nach ergeben folgende Zahlen:

	Einfuhr	Ausfuhr
April 1910	55 040 489	44 351 958
Januar/April 1910	179 048 057	160 947 621
1909	169 650 307	143 582 346

Außerdem wurden eingeführt in der Zeit Januar/April 1909 — 46 930 in derselben Zeit 1910 — 57 069 Pferde und 141 resp. 194 Wasserfahrzeuge, während 2301 resp. 2423 Pferde und 121 resp. 190 Wasserfahrzeuge ausgeführt wurden. Berücksichtigt man nur die ausgewiesenen Mengen, dann ergibt sich folgendes Resultat: Die Ausfuhr ist stärker gewachsen als die Einfuhr. Im vergangenen Jahre machte die Ausfuhr 84,6 Proz. der Einfuhr aus, in diesem Jahre 89,7 Proz.

Die Veränderung dem Werte nach veranschaulicht das folgende Zahlenbild: Ohne Edelmetalle und Wertpapiere betrug die

	Einfuhr	Ausfuhr	Ein- u. Ausfuhr zusammen
April 1910	804,3	648,3	1451,1
Jan-April 1910	8005,6	2429,8	6435,4
Jan-April 1909	2795,6	2109,4	4905,0

Das laufende Jahr hat demnach im Vergleich mit 1909 auch hier in der Einfuhr und in der Ausfuhr höhere Summen gebracht. Die Ausfuhr ist aber stärker gewachsen als die Einfuhr. Während im Vorjahre die Ausfuhr 75,4 Proz. der Einfuhr ausmachte, stellt sich für das laufende Jahr der Anteil auf 80,8 Proz.

Ein anderes Resultat ergibt sich, wenn man die Menge mit dem Werte des Außenhandels im Vergleich bringt. Bei Nichtberücksichtigung der ausgewiesenen Stückzahl erhält man folgende Einheitswerte:

Es betrug der Wert pro Doppelzentner Mark:

	Einfuhr	Ausfuhr
Januar-April 1909	16,47	14,09
1910	16,78	15,09
April 1910	14,61	14,68

Für den letzten Monat ist demnach nicht nur der Wert der Einfuhr, sondern auch der Ausfuhr pro Einheit im Vergleich mit dem Durchschnitt für die Zeit Januar-April erheblich gesunken.

Die starke Verminderung der Baumwolleneinfuhr, die infolge der hohen Baumwollpreise bereits seit Dezember datiert, hat auch im Monat April angehalten. Nach den amtlichen Notierungen stellten sich die Baumwollpreise an den beiden wichtigsten deutschen Markorten für den Doppelzentner in Mark wie folgt:

	März 1909	Febr. 1910	März 1910
Bremen, Middelburg Upland	86,42	151,64	150,82
Good Omratutee II	76,00	106,50	107,40
Hamburg, Neu Orleans Middl.	96,00	152,25	151,50

Demnach haben die Preise für Good Omratutee II eine weitere Steigerung, die der beiden anderen Baumwollsorten indessen eine Abschwächung erfahren. Der Rückgang der deutschen Baumwollbezüge im Vergleich zum Vorjahre stellte sich in den letzten Monaten in Doppelzentnern wie folgt:

	Vorjahr	Letztes Jahr	Abnahme
Dezember	577 267	498 668	— 78 604
Januar	525 644	486 384	— 39 260
Februar	570 434	411 007	— 159 427
März	420 204	355 175	— 65 029
April	430 444	386 848	— 63 596
Insgesamt	2 523 993	2 118 077	— 405 916

An dem Rückgang der Baumwolleneinfuhr sind als Verursacher insbesondere die Vereinigten Staaten und Ägypten beteiligt, die auch in den übrigen Verbrauchsländern der Welt in den letzten Monaten eine bedeutende Abnahme des Absatzes zu verzeichnen hatten.

Die deutschen Aktienmühlen. Zurzeit bestehen in Deutschland 71 Getreidemühlen-A.-G., wenn man von denen abzieht, die in Liquidation getreten sind oder sich in Konkurs befinden. Zwei weitere Aktienunternehmen betreiben die Mälerei als Nebengewerbe. Die Gesamtheit der Aktienmühlen verfügt über ein ziemlich stattliches Aktienkapital und zwar in Höhe von 72 279 541 M. Das größte Aktienkapital verzeichnen neuerdings die Jährcher Mälereiwerte mit 6 Millionen Mark, an zweiter Stelle stehen die Hohny-Mühlen mit 4 1/2 Millionen Mark; das kleinste Aktienkapital hat die Kellinghulener Dampf- und Eisenerzwerke (85 400 M.). Es existieren zwei Mühlen, die im Durchschnitt der letzten zehn Jahre pro Jahre mehr als 10 Proz. Dividende zahlten. Es sind das zwei Mittelmühlen und zwar die Kunstmühle Rosenheim, die von 1899 bis 1909 durchschnittlich 11 Proz. ausschüttete, und die Eisenerzwerke, die auf die im zehnjährigen Durchschnitt 10,6 Proz. entfallen. Die höchste Dividende zahlten 1909 die H. B. Lange u. Co. A.-G., Altona, und die Mühle Mönning mit je 14 Proz., 12 weitere Mühlen erzielten ebenfalls eine Dividende von 10 und mehr Prozent. Dagegen haben 21 Mühlen in diesem Jahre keine Dividende verteilt.

### Die Schiffarmachung der Ruhr.

Das Projekt, die Ruhr wieder schiffbar zu machen, um einen geeigneten Wasserweg in das eigentliche Ruhrkohlengebiet zu erhalten, wird in letzter Zeit eifrig erörtert. Der Verein zur Schiffarmachung der Ruhr hat nunmehr ein Gutachten durch den Bauat Heinrich Krefeld anfertigen lassen. Danach beträgt die in Betracht kommende Strecke von Ruhrort bis Wetter 80 Kilometer. Im allgemeinen kann mit 300 Betriebstagen gerechnet werden. Der Ausbau würde so zu erfolgen haben, daß zunächst die aus dem 18. Jahrhundert stammenden Schleusen entsetzt und dafür 21 Haltungen erbaut würden. Das Gefälle beträgt insgesamt 54 Meter, sodas auf jede Haltung 4 Kilometer Länge und 8,30 Meter Gefälle kommt. Die bei den Wehren errichteten Schleusen müßten für das Normalschiff des Rhein-Danubienkanals berechnet sein. Erforderlich sei eine Mindestwassertiefe von 2,50 bis 3 Meter. Die vorhandene Wassermenge von 50 Kubikmeter Mittelwasser, die durch die vielen noch im Bau begriffenen Fallperren noch erhöht werden könnte, würde vollkommen ausreichen.

Die Baukosten veranschlagt der Gutachter auf 20 Millionen Mark. Die jährlichen Unterhaltungs-, Erneuerungs- und Betriebskosten sollen 300 000 M. betragen. Der Eingangsverkehr wird auf 1 100 000 Tonnen, der Ausgangsverkehr auf 600 000 Tonnen geschätzt. Ein Jahresverkehr von 2 Millionen Tonnen würde bei einer

Abgabe von einem Pfennig pro Tonnenkilometer eine Einnahme von 1 200 000 M. ergeben.

Die Wiedererschiffarmachung der Ruhr könnte danach auch in wirtschaftlicher Hinsicht empfohlen werden.

Die Banken schieben. In der Versammlung der Gewerke der Zeche Kaiser Friedrich, die die Kaufofferte der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerksgesellschaft ablehnte, wurde die Ausschreibung einer Zuluße von 500 000 M. beschlossen. Die Banken verlangen aber jetzt die Verringerung ihres Guthabens bis auf je 150 000 M. bis spätestens Juli d. J. Daß es so kommen würde, hatte die Verwaltung von Kaiser Friedrich, die für den Verkauf war, schon in der Versammlung mitgeteilt. So wird auf die Augenbesitzer, die den Verkauf nicht wollen, ein sanfter Druck ausgeübt. Den Arbeitern gegenüber sind sie natürlich immer die „Herrn im Hause“, die sich nicht dreinreden lassen.

Der österreichische Staat als Kohlenwerksbesitzer. Sehr schlecht wirtschaftet die L. L. Montanverwaltung mit ihren nordwestböhmisches Braunkohlenbergwerken, den Juliusgrüben im Teplerer Revier. Während das Erträgnis 1909 noch 3,8 Millionen betrug, ist es 1910 nur mehr auf 1,3 Millionen veranschlagt. Und nun kommt gar noch der Kollege vom Eisenbahnministerium und führt Frachttarife ein, die eine ungläubliche Begünstigung des preussisch-schlesischen Steinkohlenbergbaues gegenüber dem eigenen Braunkohlenbergbau bedeuten. Die schlesischen Magnaten und Aktionäre erhalten Prämien und die böhmischen Arbeiter werden entlassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat durch die Vertreter der Braunkohlenbezirke, die Genossen Seliger-Teplitz und Beer-Duz einen Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit einbringen lassen.

### Bund der Landwirte in den Vereinigten Staaten.

Nürzlich ist in St. Louis eine Versammlung der National-Convention der „Farmers' Educational and Co-operative Union“ abgehalten worden.

Ein Landwirt wies auf die Notwendigkeit der Einführung besserer Methoden hin in der Art und Weise, wie die Farmer ihre Produkte an den Markt bringen, wodurch bessere Preise erzielt und dabei die Konsumenten doch noch weit billiger einkaufen könnten. Die Landrenten in den Ver. Staaten sollten sich zu diesem Zweck mehr zusammenschließen.

Wenn das hier angeordnete Programm durchgeführt wird, dann unterscheidet sich der amerikanische Bund der Landwirte sehr vorteilhaft von unserem Bund der Hohn und Genossen, denn dieser Bund hat ja die Aufgabe, den Konsumenten die Lebensmittel zu verteuern.

## Aus der Frauenbewegung.

### Das allgemeine Frauenwahlrecht und die Sozialistenfurcht.

Wie schon kurz mitgeteilt wurde, hat das norwegische Odelsthing beschloffen, die Frauen von jetzt ab als Gemeindeglieder den Männern völlig gleichzustellen. Der Beschluß ist mit 71 gegen 10 Stimmen gefaßt worden. Sicherlich war ein weit größerer Teil der Abgeordneten, als man nach dem Abstimmungsergebnis annehmen könnte, für die Verallgemeinerung des Frauenwahlrechts nicht gerade begeistert. Handelte es sich doch darum, Proletarierinnen das Wahlrecht zu verschaffen, die über deren Männer größtenteils gar keine und zu einem kleinen Teil eine äußerst geringe Steuer zahlen, also um Frauen und Mädchen, die ihrer Klassenlage nach nur die Wähler-schar der Sozialdemokratie verstärken müßten. Die Bedenken und Befürchtungen der bürgerlichen Parteien konnten gegenüber der mit immer größerer Kraft vorwärtstreibenden Forderung nicht standhalten, und sie werden ebenso zurückweichen müssen, wenn demnächst die Frage der Verallgemeinerung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts zur Entscheidung kommt. Die demokratische Entwicklung läßt sich nicht aufhalten.

Nachdem das Konstitutionskomitee das allgemeine kommunale Frauenwahlrecht einstimmig beschloffen hatte, und sich übri-gend auch bei den letzten Störungsversuchen alle Parteien dafür erklärten, hätte man erwarten können, daß sich im Odelsthing keine große Debatte mehr darüber entwickeln würde. Aber merkwürdigerweise war es ein Mitglied der Regierung und Führer der „Freisinnigen Linken“, der Staatsrat Arctander, der eine lange Rede gegen das allgemeine Frauenwahlrecht hielt. Er wollte es, wenn überhaupt, dann nur schrittweise eingeführt wissen, und bezeichnete auch die im Jahre 1898 durchgeführte Verallgemeinerung des Männerwahlrechts als einen Fehler. Er bemerkte: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Erweiterung des Frauenwahlrechts die sozialistischen Stimmen vermehren und den Sozialisten vielleicht die Macht in allen größeren Städten und in vielen Landkommunen mit Arbeiterbevölkerung geben wird.“ Er verlangte, die Sache solle vertagt und erst noch einmal gründlich untersucht werden. Unser Genosse Chr. S. Knudsen erklärte, die Arbeiterpartei könne die Rede drucken lassen und als Massenflugblatt zur Wahlagitiation verwenden; man brauche nur wenige aufklärende Bemerkungen hinzuzusetzen.

Verband für handwerkliche und sachgewerbliche Ausbildung der Frau. Der Verband für handwerkliche und sachgewerbliche Ausbildung der Frau hat ein Flugblatt veröffentlicht über die Bedeutung des keinen Befähigungsnachweises für die Frauen. Das Gesetz kennt keinen Unterschied nach Geschlecht, sichert somit auch den Frauen eine gründliche sachgewerbliche Ausbildung und ist berufen, den großen Missethänden, besonders auf dem Gebiete der Damen-Jämberei ein Ende zu machen. Gerade hier wird in tausenden von Fällen der weibliche Lehrling durch eine drei- bis viermonatliche Lehrzeit schwer geschädigt. Vielleicht kann die Lehrmeisterin selbst nichts. Nach dem Gesetz wird eine ordnungsmäßige Lehrzeit von 2 bis 3 Jahren gefordert; außerdem aber das Bestehen der Meisterprüfung für den Lehrherrn zur Bedingung gemacht. Bis zum 1. Oktober 1913 aber können Schneiderinnen, die 24 Jahre alt sind, unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne die Gesellenprüfung bestanden zu haben, zur Meisterprüfung zugelassen werden. Der Verband will dahin wirken, daß überall von den Handwerkskammern Meisterinnenurkunde erteilt werden. Frauen, die sich an einem in Berlin zu veranstaltenden Kursus in Damenschneiderei beteiligen wollen, werden gebeten, sich bald im Bureau des Verbandes, Berlin W., Linkestraße 11 I, schriftlich zu melden. Das Flugblatt ist unentgeltlich durch den Verband zu beziehen.

### Lesenbende.

Wilmersdorf. Freitag, den 20. Mai, 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112.

Steglitz. Freitag 8 1/2 Uhr im Restaurant Rohmann, Schloßstr. 117, Vortrag: Dr. Hajos über „Krankheiten“.

## Vermischtes.

### Hei lewet noch!

Es war wieder einmal nichts. Unsere alte Mutter Erde steht noch und es ist auch keine Aussicht, daß sie sobald zu Grunde geht. Von der so sehr gefürchteten Wasserberggattung ist weiter nichts übrig geblieben, als ein großer Stapenjammer, den sich alle die geholt haben, die dem Grundfay huldigen: Fröhlich gelebt und lustig gestorben. Und lustig ist es in der letzten Nacht hergegangen. So wird aus dem heiligen Röm. berichtet, daß für die Kometenmacht große festliche Karnevalsveranstaltungen getroffen worden sind. Die Polizei hatte die Nacht — offenbar in der Voraussetzung, daß es die letzte sei — für Vergnügungen aller Art freigegeben. Einzelne Kölner Volkstote hatten

große Kometenfeste veranstaltet, die mit einer Heiterkeit begannen und mit einem Abschiedstrunk schloffen. Auch an vielen anderen Orten hatte man sich in der Nacht dem Suff ergeben, um in seligem Duse in die bessere Welt einzuwandern. So mancher wird heute morgen mit einem Schädel aufwachen, daß es ihm vorkommt, als ob er schon gestorben sei.

Es wurde auch wirklich Zeit, daß der Tag des Zusammenstoßes mit dem Kometen vorüberging; denn mittlerweile hat die Kometenfurcht bei einzelnen Personen Dimensionen angenommen, die das Schlimmste ahnen ließen. An erster Stelle ist da der alte Glinder Abdul Hamid zu nennen, von dem gemeldet wird, daß er sich wegen der Annäherung des Halleyschen Kometen in hochgradiger Aufregung befand. Er schlief nachts nicht mehr, nahm seit zwei Tagen keine Nahrung zu sich und hielt mit bewaffnetem Auge stundenlang Ausschau nach dem Kometen. — In Luzin hatten sich zahlreiche Angehörige der sogenannten gebildeten Stände mit Ötzen versehen, um so den Giftdünsten der Blausäure besser widerstehen zu können. — An verschiedenen Orten Italiens wurden Wittprojektionen veranstaltet, bei denen Fahnen mit der Aufschrift „Madonna schütze uns vor dieser Plage!“ herumgetragen wurden.

Jetzt werden diese guten Leute um so inbrünstiger für die gnädige Errettung danken! — In Treviso ist eine Bäuerin aus Furcht vor dem Nahen des Kometen wahnsinnig geworden. Sie stürzte während der Messe in die Kirche und forderte die Kirchenscheuer auf, Ruhe zu tun. — In Mailand erschien vor dem Gericht ein Mann und erklärte, daß alle sterben müßten. Er habe sich für die letzten Tage seines Lebens ein wenig Geld zum Unterhalt zurückbehalten und beabsichtige, den Rest seines Vermögens der Justizbehörde anzuvertrauen. — In Monte Giorgio stürzte sich ein Rentier aus Furcht vor dem Kometen in einen Brunnen, wurde aber zu seinem Leidwesen noch lebend herausgezogen. — Auch in Rußland hat der Halleysche Komet in den Hirnen der Gläubigen große Verheerungen angerichtet. Ganze Gruppen von diesen beabsichtigten, die Kometenmacht bei frommen Gesängen in den Kirchen zu verbrängen. — Natürlich darf auch Spanien mit seinen zurückgebliebenen kulturellen Zuständen nicht in der Reihe der Staaten fehlen, deren Einwohner von Kometenfurcht arg geplagt werden. — Ein pfiffiger Trögler hatte ein Antikometenelixier erfunden, das gegen alle Einwirkungen, die aus dem Durchgang des Kometen sich ergeben sollten, schützen soll. Unter der abergläubischen Bevölkerung des Landes fand das Elixier reißenden Absatz. — Bei uns in Deutschland hat man die Sache im allgemeinen mehr von der heiteren Seite genommen. Sehr enttäuscht werden aber neben anderen die Landauer Schulkinder sein, die vor einigen Tagen noch lustig sangen:

Wir brauchen nix zu lernen,  
Wir leben nicht mehr lang;  
Am 18. Mai  
Ist der Weltuntergang!  
Am 19. Mai  
Ist alles vorbei!

### Explosion in einem Walzwerk.

Der Schauplatz einer sehr schweren Katastrophe war am Dienstag die Fabrik der American Sheet and Tinplate Company in Canton im Staate Ohio (S. St. v. N.-A.). Wie uns ein Telegramm meldet, erfolgte während des Betriebes aus bisher unaufgeklärten Ursachen eine Explosion, die zwanzig Arbeiter tötete. Auch die übrigen in der Fabrik beschäftigten 300 Arbeiter trugen fast sämtlich Verletzungen davon.

### Tragische Folge der Schundlektüre.

Durch das Lesen von Rick Carter und Sherlock Holmes-Geschichten ist in Barna (Bulgarien) entsetzliches Unheil angerichtet worden. Der reiche Grundbesitzer Peter Valu, der derartige Schundlektüre geradezu verschlang, ist durch die Lektüre wahnsinnig geworden. Er bildete sich ein, Mörder und Meisterdetektiv in einer Person zu sein. Um seine Wahnbilder in die Tat umzusetzen, ermordete er seine Frau und seine zwei Kinder. Darauf denunzierte er sich dann selbst bei der Behörde und unterzeichnete die gegen sich gerichtete Anzeige mit Sherlock Holmes.

### 47 Personen ertrunken.

Wie ein Telegramm aus Alexandrow (Gouvernement Jelaterinow) meldet, geriet auf dem Dnjepr ein mit 94 Arbeitern besetztes Fahrzeug auf ein Riff. Durch den Anprall zerbarsten die Planken des Schiffes und das Schiff ging unter. 47 Personen sind dabei ertrunken.

### Kleine Notizen.

Vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Mauen I. B. wurde während eines Gewitters ein Ehepaar Poller aus Telfeld, das unter einem Baume vor dem Unwetter Schutz gesucht hatte, vom Blitz erschlagen.

Ein schweres Automobilunglück trug sich in der Nacht zum Mittwoch in Wilhelmshöhe bei München zu. Ein mit sechs Personen besetztes Privatautomobil fuhr in der Dunkelheit gegen einen Strahenzaun, geriet dabei in eine Böschung und stürzte um. Eine Dame, die das Automobil lenkte, wurde sofort getötet, die anderen fünf Insassen erlitten an Armen und Beinen schwere Verletzungen.

Ein Opfer seines Berufs. In der Remptener Aktienbrauerei wurde ein Brauer bei der Bedienung einer Malztrodenmaschine von der Maschine am Kopfe erfaßt und getötet. Herabstürzende Gesteinsmassen verhängten auf den Saargruben bei Saarbrücken drei Bergarbeiter. Zwei von ihnen wurden tot aus dem Geröll hervorgerogen, ein dritter ist schwer verletzt.

Brand in einem Irrenhause. In der Frauenabteilung des Irrenhauses Vaillet (Frankreich) entstand infolge eines Blitzschlages eine Feuersbrunst, die einen großen Teil des Gebäudes einäscherte. Die Rettung der Kranken war mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da viele von ihnen sich unter den Betten versteckt hatten und nur mit Gewalt vor den andringenden Flammen gerettet werden konnten.

Seinen Lehrer erschossen. Ein 16jähriger Student der Hochschule in Palermo hatte von einem der Professoren eine schlechte Zeugnis erhalten. Da der Professor sich weigerte, dem Verlangen auf Abänderung nachzukommen, zog der Student einen Revolver und erschoss den Professor. Durch einen zweiten Schuß nahm sich der junge Mann darauf selbst das Leben.

Geladener Luftschiffer. In Uesfah in Mazedonien wollte ein Abiatischer Johann Votte eine Luftfahrt mit einem Flugapparat vornehmen. Zu der Veranstaltung war eine große Menschenmenge erschienen; da der Apparat aber verlagte, verlangten die Zuschauer ihr Geld zurück. Durch die Weigerung der Jurisdiktion erregt, fiel die wütende Menge über Votte her und erschlug ihn.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr: Schmalz, Geflügel, Schweine, Rindvieh, Milch, Butter, Käse, Obst, Gemüse, Getreide, Holz, etc. Preise: Schmalz, Geflügel, Schweine, Rindvieh, Milch, Butter, Käse, Obst, Gemüse, Getreide, Holz, etc. Preise: Schmalz, Geflügel, Schweine, Rindvieh, Milch, Butter, Käse, Obst, Gemüse, Getreide, Holz, etc. Preise: Schmalz, Geflügel, Schweine, Rindvieh, Milch, Butter, Käse, Obst, Gemüse, Getreide, Holz, etc.





# A. WERTHEIM

G. m. b. H.



## LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

### Extra-Preise Donnerstag und Freitag

## KONSERVEN

Junge Schoten *extrafein*  
 1/2 Dose 85, 1/4 Dose 50 Pf.  
 Junge Schoten I  
 1/2 Dose 75, 1/4 Dose 43 Pf.  
 Junge Schoten II 1/2 Dose 48 Pf.  
 Junge Schoten III 1/2 Dose 45 Pf.  
 Schoten u. Karotten 1/2 Dose 58 Pf.

Tomaten-Puree  
 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.  
 Gemischt. Gemüse II 1/2 Dose 60 Pf.  
 Gemischtes Gemüse *extrafein*  
 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.

Reineclauden 1/2 Dose 78 Pf.  
 Reineclauden 1/2 Dose 44 Pf.  
 Kirschen mit Steinen 1/2 Dose 48 Pf.  
 Melange I 1/2 Dose 1.05  
 Stachelbeeren 1/2 Dose 58 Pf.

Pflaumen sauer u. süss 1/2 Dose 42 Pf.  
 Kaiserkirschen 1/2 Dose 1.05  
 Birnen weiss, halbe Frucht 1/2 Dose 70 Pf.  
 Preiselbeeren 1/2 Dose 58 Pf.  
 Preiselbeeren 1/2 Dose 1.15  
 Dunstfrüchte Stachelbeeren, Johannisbeeren, Pflaumen ohne Kerne, Kirschen m. Stein, Birnen 50 Pf.

Marmeladen *verschied. Fruchtarten* 1 Pfd.-Topf 45 Pf.

## FLEISCHWAREN

Salamiwurst Pfund 1.15, Zervelatwurst 1.10  
 Teewurst Pfund 1.10  
 Zervelat- u. Salamiwurst *Dauerware* Pfund 1.60  
 Bauernknackwurst mit Kümmel od. Knoblauch! 1.20  
 Rollschinken 6-10 Pfund schwer Pfund 1.30  
 Rotwurst Pfund 50, 70 Pf.  
 Delikatess-Würstchen 12 Paar Dose 1.40 6 Paar Dose 70 Pf.

Rehkeulen . . . . 6.50 bis 8.00  
 Rehrücken . . . . 9.00 bis 12.00  
 Rehblätter . . . . 1.75 bis 2.50

Murcia-Apfelsinen . . Dtz. 35 Pf.  
 Kopf-Salat . . . . . 3 Stk. 25 Pf.  
 Frische Gurken . . . . Stück 25 Pf.

## FRUCHTSÄFTE

*mit Raffinade eingekocht.*  
 Himbeersaft 1/2 Flasche 85 Pf., extra 1.05  
 Johannisbeersaft 1/2 Flasche 85 Pf.  
 Kirschsafft 1/2 Flasche 85 Pf.  
 Erdbeersaft 1/2 Flasche 1.05  
 Zitronensaft 1/2 Flasche 1.05  
 Zitronenmost *mit Zuckersatz und Amalson säure haltbar gemacht* 1/2 Pf. 1.50  
 Natürlicher Zitronensaft *mit Alkohol haltbar gemacht* 1/2 Pf. 1.05

Junge Gänse *fid.* 1.10  
 Hühner 75 Pf. bis 2.50

Neue Kartoffeln *Malta* 25, *runde italien. u.* 10 Pf., *lange französ.* 10 Pf.

Tischbutter Pfund 1.10  
 Tafelbutter Pfund 1.20

**Ständiger Verkauf: Engl. Porter und Ale** Baxter's Bulldogg Brand  
 Double Brown Stout Fl. 20, Imperial Stout Fl. 28, Imperial Pale Ale Fl. 30 Pf. Pfand Flasche 10 Pf.

## Nur Leipzigerstr. u. Rosenthalerstr. FRISCHES FLEISCH

Rinderfilet *fid.* 1.00, *ausgeschält* 1.40, 1.60  
 Roastbeef *fid.* 1.00, *ohne Knochen* *fid.* 1.30  
 \*Rinderzunge *fid.* 1.20, *gepökelt* *fid.* 1.40  
 Frische Rinderbrust *fid.* 70 Pf.  
 Schmorfleisch *fid.* 90 Pf., *ohne Knochen* 1.00

Rinderkamm *fid.* 75 Pf.  
 \*Gulasch u. \*Gehacktes *fid.* 60 Pf.  
 Frischer Schinken *fid.* 75 Pf.  
 Kamm u. Schuft *fid.* 90 Pf. Eisbein 60 Pf.  
 Liesen *fid.* 65 Pf.

Kalbskeule und Rücken *fid.* 1.00, 1.10  
 Kalbsbrust *fid.* 90 Pf. 1.00  
 Kalbskamm und Bug *fid.* 80 Pf.  
 Hammelkeule und Rücken *fid.* 85, 95 Pf.  
 Dicke Rippe *fid.* 75 Pf., Dünnung *fid.* 55 Pf.

## Rollschuhe

mit Eisenrädern und Riemen . . 1.30, mit Lederkappe . . . 2.00, 4.00, verstellbar, mit Kugellager, Riemen und Kappe . . . . 8.00, 8.75, amerikanisches Fabrikat . . . . 10.00

**Gliencke-West** 12 Min. v. Bhf. **Frohnau 20 Pf.**  
 Nordbahn. Nur noch 23 herrliche Waldparz. □-Rt. v. 23 H. an. Stapitalant. Bestgelber - 10 Jahre. Prospekte sofort. Große Zukunft. Dickel u. Narraschk, Gliencke, Hattwichstr. 60, u. Hermsdorf, Humboldtstr. 71.

**Dr. Schünemann**  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203. Ede Schützenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

Gewinnlose der Königl. Preuss. Lotterie  
 zählt während der Ziehung zu künftigen Bedingungen bei uns  
 Oskar Bräuer & Co. Nachf., Andreasstr. 46a.

Telephon Amt 3 No. 5121.  
**Das Zigarren-Fabrik-Lager**  
 von **A. C. Thurk, Berlin**  
 Schlegelstr. 25, 2 Minuten v. Stettiner Bahn., empfiehlt drei Spezialmarken in ganz vorzüglicher Qualität, No. 1 Mk. 32.50, No. 2 45.00, No. 3 55.00 pro Mille.  
**Kautabake** von **G. A. Hanewacker** Nordhausen.  
 Sämtl. Zigarettenmarken zu Originalpreis.

*Visionen! auf der Welt gibt es nichts Schöneres als eine Packung, die sich selbst öffnet!*

**Gesundheitstobak.**  
**J. Goldfarb.**  
**Preuss. Stargard.**  
 D. N. 2. 10. 62.  
 Health stuff tobacco.  
 Tabac à priser de santé.  
 Tobaka do zazywania dla zdrowia.  
 Tabacco da naso alla salute.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.  
 Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
 Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
 BERLIN, Leipziger Straße 92.  
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Parzelle M. 1100,** Aug. 100 M. a. verf. Kolonie  
 Dabei im Bieddorf, Marzahner Str. 5, part. Tel. 29. 676.  
**Hygienische**  
 Bedarfsartikel, Neuester Katalog  
 u. Empfahl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW. Friedrichstrasse 91/9



Partei-Angelegenheiten.

Tempelhof. Nächsten Sonntag früh: Handzettelverteilung zu der Dienstag, den 24. d. M. im „Genossenschaftsrestaurant“, Dorst. 50, stattfindenden öffentlichen Versammlung.

Stralau. Am Sonntag, den 22. Mai, früh 8 Uhr, findet in allen Bezirken eine Extra-Zusammenkunft sämtlicher Genossen statt. Die Bezirksleitung.

Mahlsdorf (Ostbahn). Der Wahlverein hält seine regelmäßige Monatsversammlung am Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Werner (Wade-Restaurant), Pellersdorfer Weg ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Genossen Kubig-Pankow über: „Die verfloßene Reichstagsession.“ 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Die Sommerkaffeeläden.

Ähnlich mangelhaft wie die von uns wiederholt gekennzeichneten Abortanlagen in vielen oder sogar den meisten Sommerlokalen der Vororte sind die Einrichtungen der dortigen Kaffeeläden. Mit dem echten Berliner Familienbrauch, im Freien Kaffee zu kochen, wird wohl vorläufig noch lange nicht gebrochen werden. Gewisse Lokalitäten, die zwar Arbeitergroßen nicht für Blech halten, aber Arbeiterpublikum nicht allzu gern sehen, haben das Kaffeekochen in der alten Form entweder schon gänzlich abgeschafft oder es in einen meist recht ungünstig gelegenen abseitigen Lokalteil verwiesen. Wo der Arbeiter nicht als „minderwertig“, sondern als recht gern gefeierter Gast betrachtet wird, geben nun aber die Kaffeeläden vielfach zu erheblichem Ladel Anlaß. Obwohl an dem Kaffeeladen ein gehöriges Stück Geld verdient wird, sind in den meisten derartigen Sommerlokalen die Kaffeeläden noch vom altberliner Schläge. Das bezieht sich ebensowohl auf das ausgeglichene Geschirr als auf die Bedienung. Man will nichts dagegen sagen, daß das Porzellan von der allerbilligsten Sorte ist, aber es muß wenigstens sauber und ganz sein. Zum Bestehen gehören Hunderte von Geschirren mit uralten Sprüngen oder „herausgebissenen“ Stellen, an denen man sich die Hände und den Mund verletzen kann. Das Abwaschen der bemalten Geschirre geschieht vielfach in schmierigen Holzkübeln mit tiefschmutzigem Wasser. Das Wasser in kurzen Zwischräumen zu erneuern, fällt den Kaffeeköchinnen gar nicht ein. Dasselbe ekelhaft gefärbte Wasser wird eine Stunde und länger benutzt, bis es einfach nicht mehr geht. Hygienische Wasch- und Spülapparate, wie sie sonst für Restaurationslokale vorgeschrieben sind, kennt man hier nicht. Mit dem Geldvernehmen sind dagegen die Kaffeepächter sehr schnell bei der Hand. Auf den gebrauchten Kaffee muß man wegen Mangel an Personal oder an Geschirr, also aus Ersparnisrücksichten, oft ungebührlich lange warten. Dannzerhält man noch nicht mal immer Lassen, sondern wird dreist und gottesfürchtig angewiesen, sich das schmutzige Geschirr von den Tischen zusammenzusuchen und es am Brunnen oder sonstwo selbst zu reinigen, wenn man nicht noch länger auf die Bedienung warten will. In einem hinter Schloß Legel belegenen alkoholfreien Wald-Kaffeelokal, das auch sonst nicht durch Sauberkeit hervorsticht und von sehr frommen Leuten, Mitgliedern des Legeler Parochialvereins, bedient wird, haben wir während der Pfingstfeiertage an der Kaffeeläden Zustände beobachtet, bei denen man lebhaft an die Nektorsche Wirtschaft des nahen Helligensee denken muß. Der Wirt entschuldigte sich auf zahlreiche Beschwerden damit, daß er — zu Pfingsten! — auf den kolossalen Andrang nicht eingerichtet gewesen sei. Es kommt auch bei mancher Kaffeeläden vor, daß man Kaffebohnen hingibt und durch Verwechslung Malzaffee zurück erhält. Für den Preis von 70, 80 Pf. bis 1 M. für ein liter heißes Wasser kann man doch eigentlich etwas mehr Rücksicht verlangen.

Vielen Aerger gibt es beim Kaffeekochen mit den gedeckten Tischen. An solchen Kaffee zu kochen, ist nicht überall erlaubt, weil die Wirte die Verschmutzung mit Kaffeeflecken und noch mehr das schlüssige Verschneiden der Tischdecken durch mitgebrachte Messer befürchten. Womit sie freilich nicht so ganz unrecht haben. Man sollte sich verpflichtet fühlen, das Eigentum des Restaurateurs zu schonen. Wo das Kaffeekochen an gedeckten Tischen nicht gestattet ist, muß aber auch ein entsprechender Hinweis überall deutlich sichtbar angebracht sein, damit nicht nachträglich unliebsame Erörterungen stattfinden.

Für Abstellung der in vielen Sommerlokalen vor allem denen der Vororte herrschenden Mißstände in hygienischer Beziehung, wie sie in den Toiletten und den Kaffeeläden vorhanden sind, könnten sich die vor Jahren auf Veranlassung des Ministers geschaffenen Gesundheitskommissionen sehr verdient machen. Hier fänden sie ein dankbares Feld zur Betätigung und sie könnten endlich aus ihrem Winterschlaf erwachen.

Zu den Mißständen in der Irrenanstalt Dalldorf schreibt man uns von genau unterrichteter Seite, jedoch nicht aus Anstaltskreisen, folgendes: Auch die Angaben des Nachrichtenamts der Stadt Berlin über die betreffenden Verhältnisse sind zum Teil falsch. Das Amt sollte doch in solchen wichtigen Fällen lieber erst genaue Erkundigungen einziehen, als flott und unrichtig drauf los zu berichten. Für die erste Aufnahme der männlichen Kranken ist nicht Haus I, sondern seit Jahrzehnten Haus III bestimmt. Amgelehrt ist Haus I die allerleichteste Station, von der die meisten Entlassungen stattfinden. Daneben wird auch das vorwiegend Alkoholikern reservierte Haus IX mit Reaufnahmen belegt. Daß anstehend Kranke in die besonderen Lazarettäume kommen und selbstverständlich ihre besonderen Waschgelegenheiten haben, steht vielleicht auf dem Papier, wird aber in der Praxis nicht befolgt. Selbst wenn solche Kranke bei hochgradigem Krankheitszustande im allgemeinen Stationslazarett schlafen, dürfen sie sich auf den allgemeinen Korridoren sowie im Garten bewegen und kommen hier mit mehr als hundert nicht anstehend Kranken in enge Berührung. Die „Isolierung“ ist also für die Krake. Es ist sogar wichtig, daß gelegentlich Sphärische Kranke außerhalb der Stationen beschäftigt werden sind und nicht im Lazarett schlafen. Daß das „Schwimmbassin“ freiwillig benutzt wird, ist gar keine Entschuldigung. Man muß doch berücksichtigen, daß man Menschen ohne freie Willensbestimmung vor sich hat. Uebrigens ist denn auch trotz der Schweinereien die Benutzung ziemlich stark. Grundfalsch

ist die Behauptung des Nachrichtenamts, daß in der Küche nur weibliche Kranke beschäftigt werden. Auch männliche Kranke sind nicht nur in der Küche von Dalldorf, sondern auch in Herzberge und Buch beschäftigt. Sie haben hier hauptsächlich die Essenstellen zu reinigen, die Fußböden zu scheuern und das Planke zu putzen. Dabei kommen sie unvermeidlich auch mit Eßwörtern zusammen. Zum Kochschneiden wird regelmäßig eine ganze Kolonne aus Haus I kommandiert.

Ueber die Mißstände in der Irrenanstalt Dalldorf hat sich auch der Leiter der Anstalt, Herr Dr. Sander, einem Mitarbeiter der „Morgenpost“ gegenüber ausgelassen und sich zum Teil so geäußert, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin dies gestern getan hat. Von Interesse aber ist, daß das Nachrichtenamt zu melden wußte, daß der Verwaltung keine Klagen des Personals über das Essen bekannt geworden seien, während Herr Sander im Gegenteil hierzu und in Uebereinstimmung mit unerer Meldung erklärt, daß über das Essen häufig Klagen eingelaufen seien. Man habe diese Klagen zu berücksichtigen versucht, es habe sich in den letzten Jahren vieles gebessert.

Leider ist es mit dieser Besserung nicht weit her, denn die Klagen reihen nicht ab.

Ueber die Hundelage, den schwer auszubessernden Schaden, den die Hunde auf den Rasenflächen und Blumenbeeten der städtischen Park- und Gartenanlagen anrichten, mehren sich die Klagen aus der Bürgerschaft. Die städtische Parkverwaltung sieht sich daher zu ihrem Bedauern genötigt, gegen die Besitzer von Hunden, die solche Beschädigungen dulden oder den Anordnungen der Parkwächter nicht folgen, auf gerichtliche Bestrafung anzutragen.

Ueber außerordentlich hohe Fahrpreise der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft im Ausflugsverkehr wird lebhaft Klage geführt. So seien am Himmelfahrtstage auf der Fahrt Halleisches Tor über Charlottenburg nach Bichelsberge für die Tour Schloßstraße, Charlottenburg-Bichelsberge auf der Hinfahrt 90 Pf. pro Person, ganz gleich, ob Erwachsene oder Kinder, erhoben worden, während bei der Rückfahrt um 8 Uhr abends für die Strecke Bahnhof Heerstraße-Sophienstraße, Charlottenburg, für Erwachsene 1 M. 20 Pf., für Kinder 60 Pf. hätten gezahlt werden müssen.

Wir haben diese Angaben zunächst für kaum glaublich gehalten, sie sind uns aber unter Vorlegung der Fahrpreise als der Wahrheit entsprechend bestimmt versichert worden. Welche Erklärung hat die Gesellschaft für dies Versöhren?

Kernernid erregte eine Revolte, welche sich gestern in dem Hause Wuttmannstr. 18 ereignete. Dort fanden Kinder in dem Müllkasten sieben kleine lebende junge Hunde, welche in der Küche herumkrabbelten und ganz jämmerlich schrien. Da der Wirt des Hauses keine Veranlassung nahm, das Kernernid zu beseitigen, so gingen zwei Kinder aus dem Hause Nr. 17 zum Polizeiviertel 101 und erstatteten Anzeige. Ehe aber der Schuttmann mit den Kindern kam, war längere Zeit vergangen und so fand er nur noch drei von den sieben kleinen Tieren lebend an. Um feststellen zu können, wer diese unheimliche Revolte begangen hat, ließ er sich alle diejenigen im Hause nennen, welche im Besitz eines Hundes sind, um wegen Tierquälerei vorzugehen.

Ueber Herrn Dr. Reuter, den leitenden Arzt der Heimstätte in Buch, wird uns eine neue Klage vorgetragen, die das Bild des Herrn Chefarztes in Buch vervollständigt. Zu Pfingsten hatten sich zahlreiche Angehörige von Patienten der Heimstätte Buch angemeldet, um den letzteren einen Besuch abzustatten. Die Besuchszeit ist von 4—6 Uhr festgesetzt. Jeht Minuten vor 4 Uhr schied ein wolkenschauerartiger Regen ein. Trotzdem habe man die Angehörigen im vollen Regen vor der Pforte stehen lassen und nicht geöffnet. Dr. Reuter soll Kenntnis von der Sachlage gehabt haben, er soll, so wird behauptet, es ruhig haben geschehen lassen, daß der Pförtner auf den Klopfschlag 4 gewartet habe. Die Patienten seien ob dieser „Rücksichtnahme“ auf die Angehörigen stark erregt worden, weil bei einem nur geringen Entgegenkommen die Angehörigen auch einige Minuten vor 4 Uhr hätten eingelassen werden können. Zwei große Räume seien ja vorhanden, wo der Besuch Unterkunft finden könne. So aber hätten Besucher sich in einen Kuhstall flüchten müssen, wo sie längere Zeit verweilen mußten. Patienten, die ihre Angehörigen aus diesem Stalle holen wollten, seien dadurch auf dem Wege vollkommen durchnäßt worden. Es wird notwendig sein, auch im vorliegenden Falle eine Untersuchung einzuleiten. Sind die vorstehend gemachten Angaben zutreffend, so ist das Verhalten des Leiters der Heimstätte Buch undegreiflich.

Vor Eintritt in gewisse private Krankenkassen, die Mitglieder ohne weiteres aufnehmen, haben wir wiederholt gewarnt. Viele Mitglieder werden erst über den Charakter dieser Kassen klar, wenn sie Ansprüche erheben. Da existiert hier in Berlin eine Zahlstelle der Westdeutschen Versicherungs-Krankenkassen- und Unterstüßungs-Kasse für ganz Deutschland mit dem Sitze in Köln. Vor einigen Monaten wurde ein weibliches Mitglied krank und stellte Unterstüßungsansprüche. Die hiesige Zahlstelle vernies die Unterstüßungssuchende nach der Hauptstelle in Köln. Der Mann der Frau schrieb mehrere Male nach Köln, erhielt aber gar nicht erst Antwort auf seine Schreiben. Der Briefschreiber ist dadurch zu der Meinung gekommen, daß die Kasse in Köln gar nicht existiert. Wir wissen nicht, ob diese Annahme richtig ist, sie zeigt aber, welche Schlässe aus dieser Geschäftsgebarung mancher Kassen gezogen werden.

Mit dem Faß um die Welt. Eine eigenartige Karawane war vorgestern nachmittag auf der Chaussee von Potsdam nach Wannsee zu sehen. Drei Männer zogen ihres Weges, die eine große, etwa drei Meter lange und anderthalb Meter hohe Lonne vor sich herschoben. Um sie herum ein Schwarm von Radfahrern und Fußgängern, die den eigentümlichen Reifenden ein Schild Weges das Geleit gaben. Die sonderbaren Reifenden, mittelgroße Figuren im blauen Sweater, in hohen Jagdstiefeln und mit turbanähnlichen Mützen auf dem Kopf, sind die Venetianer Zanardi Attilio und Vianello Eugen, die gewettet haben, das Faß in zwölf Jahren um die Welt zu rollen. Am 20. Juni 1909 sind sie in Venedig abmarschiert, also schon fast ein Monat unterwegs. In dieser Zeit haben sie 5500 Kilometer zurückgelegt, Norditalien, die Schweiz, Frankreich, England, Belgien und Holland mit ihrem Faß durchzogen. Sie dürfen sich in der Regel nur vom Verkauf eigener Ansichtskarten ernähren, haben aber bisher so viel verdient, daß sie stets in Gasthäusern übernachten konnten. Für den Notfall und in unglücklichen Gegenden spielen sie den „modernen Diogenes“ und übernachten in ihrer Lonne. Gestern gedachten die seltsamen Weltreisenden in Berlin anzukommen; sie werden sich zwei bis drei Tage hier aufhalten. Dann geht es nach Ostpreußen und von dort durch Rußland nach China.

Beim Baden ertrunken. Drei Menschenleben hat gestern das Baden an verbotener Stelle gefordert. Zwei junge Leute waren weit in den Müggelsee hinausgeschwommen und als sie wieder ans Ufer zurückschwimmen wollten, war es mit ihren Kräften zu Ende. Die beiden Schwimmer, zwei junge Leute im Alter von etwa 24 Jahren, stießen schwache Hilferufe aus, die aber zu spät gehört wurden. Ehe Retter hinzurudern konnten, waren die beiden in den Fluten verschwunden. Die Leichen der Ertrunkenen konnten noch nicht geborgen werden. Ein drittes Opfer hat die Havel gefordert. In der Nähe von Schwantewerder erkrankt ein Ausflügler, wahrscheinlich ein Berliner. Er ging in überhitztem Zustand ins Wasser und wurde beim Schwimmen von einem Schlaganfall getroffen, so daß er unterging und ertrank.

Ein Doppelselbstmord ist jetzt durch die Auffindung zweier Leichen aufgeklärt worden. Vorgestern früh wurde eine Mädchenleiche an der Freundschaftsinsel in Potsdam aus der Havel gezogen. Man fand bei ihr mit A. R. geeignete Kleidungsstücke, ein Schlüsselbund und einen unechten Siegelring mit rotem Stein. Die darauffin angestellten Nachforschungen ergaben, daß das Mädchen bei dem Gärtnerbesitzer Friß Vogel in der Lennestraße beschäftigt war. Gestern vormittag wurde an der Laudenkolonie eine zweite Mädchenleiche angeschwommen. Es gelang nun, beide zu rekonstruieren. Die eine ist die 18 jährige Blumenbinderin Martha Arnold, die andere das 24 Jahre alte Dienstmädchen Minna Wegewitz, die beide in der Kunstgärtnerei von Vogel beschäftigt waren. Die Mädchen sind seit Montag vor acht Tagen verschwunden; sie befanden sich beide in anderen Umständen.

Auf einem Ausflug gestorben ist gestern nachmittag eine unbekannt Frau in der Nähe des Restaurants Waldesruh bei Wendenflöy. Sie gehört dem Mittelstande an, ist etwa 60 Jahre alt und trug ein graues Kleid mit weißen Punkten, mit Epigeneinsay, einen schwarzen Hut mit schwarzen Straußenfedern, einen Trauring ohne Reichen, eine goldene Uhr mit Kette. Die Rückseite der Uhr zeigt Schwalben in blauer Emaille und das Monogramm R. S. Nach ihren Angaben sollte die Verstorbene in der Laufziger oder Staliger Straße gewohnt haben.

Mit dem Revolver verfußt gestern morgen ein Mann, der seinem Neuherrn nach den besten gestellten Kreisen angehört zu haben scheint, in einem Geschäft des Tiergartens seinem Leben ein Ende zu machen. Er verletzte sich schwer an der linken Kopfseite und wurde bewußtlos nach der Charité gebracht. Dort ist er noch nicht wieder zur Besinnung gekommen. In seinen Taschen fand man nur einen Pfandschein und 5 Pf.

Die Dampferkatastrophe bei Spandau am ersten Pfingstfeiertag hat ein Opfer gefordert. Unter den Passagieren des Stern dampfers „Leopold von Ranke“, der bei Spandau verunglückte, befand sich auch die 18 jährige, einzige Tochter des Bureauvorstehers Wieth aus der Goethestraße 87 in Charlottenburg. Fräulein W. hatte die Fahrt mit zwei Freundinnen mitgemacht und befand sich in dem Moment der Katastrophe in deren Gesellschaft. In der durch den Unfall herbeigeführten Panik wurden die drei jungen Mädchen getrennt. Während die beiden Freundinnen sich in Sicherheit bringen konnten, ist Margarete Wieth seitdem verschwunden.

Gestern morgen wurde in der Nähe der Unfallstelle ein Damentut aufgefischt, der von den Angehörigen der Vermissten als deren Eigentum auf das bestimmteste erkannt wurde. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Uebrigens wurde gestern der Spandauer Polizei die Anzeige gemacht, daß anscheinend noch ein zweites Opfer der Schiffskollision zum Opfer gefallen ist.

Beim Spielen ins Wasser gefallen und ertrunken ist gestern der 9 Jahre alte Schüler Arno Ademann aus der Dreesstr. 18. Der Knabe verunglückte an der Föhler Ufer, die über den Spandauer Schiffahrtskanal geht. Der Arbeiter Wilhelm Wehring aus der Schumannstraße 20, der den Vorgang sah, sprang dem Kleinen ins Wasser nach und tauchte wiederholt nach ihm. Als er ihn endlich fand und landete, war er aber doch schon tot. Wiederbelebungsversuche, die im Virchowkrankenhaus angestellt wurden, blieben erfolglos.

Zwei Kinderleichen wurden gestern vormittag wieder aufgefunden. In beiden Fällen handelt es sich um neugeborene Kinder. Die eine Leiche lag, mehrmals in weißes Papier eingewickelt und verpackt, auf dem Grundstück Müllerstr. 144 in dem Eingang von der Ostender Straße her auf dem ersten Kreppeaufsatz, die andere, in Zeitungspapier eingewickelt, auf dem Georgenfriedhof am Königstor. Nachforschungen nach den Müttern wurden sofort eingeleitet, hatten aber noch keinen Erfolg.

Radrennen zu Treptow, 17. Mai. Das sprichwörtliche Wetterglück war der Treptower Bahn an den Pfingsttagen untreu geworden. Am Sonntag muhten die Rennen wegen eines am Nachmittag einsetzenden Gewitters ausfallen und am dritten Feiertage litt die Veranstaltung aus derselben Ursache eine Störung. Der Besuch war ein nur mäßiger. Das Hauptereignis war das Zusammenreffen von Bruno Demle mit Pawke und Ergleben in zwei Läufen über 20 und 30 Kilometer. Ergleben versagte. Demle verlor den ersten Lauf infolge Reifenschadens, gewann dagegen den zweiten überlegen. Ein Hauptfahren über 900 Meter gewann Hr. Hoffmann vor Göhe und Theis. — Ergebnisse: 20 Kilometer-Rennen: 1. Pawke, 2. Ergleben, 3. Demle. — 30 Kilometer-Rennen: 1. Demle, 2. Pawke, 3. Ergleben.

Die Brücken-Ässee vom vorhandenen Asphaltpflaster an der Stadtbahn bis zur Altonaer Straße wird behufs Umpflasterung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ueberraschen und schwer verletzt wurde am Mittwochnachmittag gegen 1/2 6 Uhr der 6 jährige Sohn des in der Wiesenstr. 16 wohnhaften Schlossers Lesap. Der Knabe spielte mit seinem 10 Jahre alten Bruder im Humboldthain. Als die Geschwister sich nach Hause begeben wollten und den Fahrbaum der Brunnenstraße überquerten, mußten sie einem herannahenden Straßenbahnwagen ausweichen, wobei der jüngere Knabe von einem Steinwagen umgerissen wurde und unter das Gefährt geriet, dessen Hinterräder ihm über den rechten Oberarm hinwegzogen. Der Arm wurde vollständig zermolmt. Außerdem trug der Verunglückte eine schwere Kopfwunde davon. Auf der Unfallstation in der Wadstraße erhielt der bedauerlicherweise Knabe Notverbände und wurde dann in bedenklichem Zustande nach dem Kinder-Krankenhaus in der Reinickendorfer Straße übergeführt.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nachmittag in der Raunynstraße 5 im Südosten Berlins zum Ausbruch. Glücklicherweise war das leichte Schieferdach vom Feuer bald durchschlagen worden, so daß wenigstens keine besondere Verqualmung eingetreten war. Der Lösungsangriff erfolgte mit drei Rohren über Treppen und zwei mechanische Leitern hinweg und hatte den Erfolg, daß das Feuer auf den Dachstuhl beschränkt blieb.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Einen Prozeß gegen den Besitzer des Viktoria-Gartens hat die Stadt Wilmerdorf verloren. Es handelt sich dabei um das städtische Waisenhaus, das an der Wilhelmstraße aus dem Stadt testamentarisch vermachten damaligen Wissefchen Grundstück aus den Mitteln der Christian und Auguste Wisse-Stiftung errichtet wird und das am 1. August dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden soll. Der Prozeß entstand nun aus Differenzen zwischen der Stadt und dem Besitzer des Viktoria-Gartens, des Raubbargrundstücks; das Gericht hat zugunsten des Klägers entschieden, so daß nun der Stadtgemeinde nichts weiter übrig bleibt, als sich mit dem Prozeßgegner auf gültigem Wege auseinanderzusetzen oder den westlichen Flügel des Neubaus niederzuliegen; letzteres ist jedoch wohl kaum anzunehmen, da das Gebäude bereits seiner Vollendung entgegengeht. Der Betrieb des Waisenhauses soll mit circa 30 Jöglingen begonnen werden.



### Charlottenburg.

Sturz aus dem dritten Stockwerk. Anscheinend aus unglücklicher Liebe verübte am Dienstagvormittag das 22-jährige, bei einem Arzt in dem Hause Suarezstr. 64 in Stellung gewesene Dienstmädchen Margarete Zimmermann einen Selbstmordversuch, indem es sich aus der dritten Etage auf die Straße hinabstürzte. Die Lebensmüde, die entsetzliche Verletzungen erlitt, wurde nach dem Krankenhaus Westend übergeführt, wo sie in sehr bedenklichem Zustande darniederliegt.

### Rigdorf.

Aufregende Szenen wurden in der gestrigen Nacht durch den 35-jährigen Sattler Walter Draue, Hermannstr. 170, hervorgerufen. D. wohnte bei einer geschiedenen Ehefrau Auguste Fall. Als er in der gestrigen Nacht heimkehrte, geriet er mit der F. in heftigen Streit. Plötzlich eilte er in die Küche und holte das Weis, um die wehrlose Frau damit zu erschlagen. Die Bedrohte ergriff schleunigst die Flucht; es glückte ihr auch, der Gefahr zu entkommen. Sie eilte nach dem nächsten Polizeirevier und bat um Schutz. Ein Beamter bewegte den Wütenden durch gütliches Zureden, mit zur Wache zu kommen. Auf dem Wege dorthin riß er sich plötzlich von dem Beamten los und warf sich vor einem heranfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 28 auf die Gleise, um sich überfahren zu lassen. Der Wagenführer hatte den Vorgang aber rechtzeitig bemerkt, und es gelang ihm, den Wagon unmittelbar vor dem Selbstmordskandidaten zum Halten zu bringen.

Bermittler Knabe. Seit dem 14. d. M. ist der 11-jährige Sohn Heinrich des Leberarbeiters Rieh aus Prinz-Handjery-Str. 65 spurlos verschwunden. Der Knabe hatte an dem genannten Tage nachmittags die elterliche Wohnung verlassen, um mit einem Schulamtsboten (Papieren) zu gehen und ist seitdem nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. Die Eltern befürchten, daß der Knabe verunglückt oder in schlechte Gesellschaft geraten ist. Der Vermittler ist 1,22 Meter groß, hat ein längliches Gesicht, blondes Haar und blaue Augen. Bekleidet war er mit einem blaugestreiften Walsanzug, gelben Schuhen schwarzen Strümpfen und blauer Sportmütze.

Vollständig neu eingekleidet hat sich ein dreifacher Einbrecher, der in die Wohnung des Bildhauers Otto Köner einbrach. Der Dieb eignete sich ein Sparschwein über 800 M. sowie eine Anzahl wertvoller Schmuckgegenstände an. Bevor er sich entfernte, kleidete er sich vollständig neu ein. Seine alten zerrissenen Kleidungsstücke ließ er als „Erja“ für den Bestohlenen zurück.

### Treptow-Baumschulweg.

In der Gemeindevertretersitzung machte Herr Bürgermeister Schablow die Mitteilung: daß am 2. Mai in Treptow eine Rechtsanwaltsstelle errichtet worden ist. Auskunft wurde erteilt des Montags vormittags von 10—11 Uhr und Donnerstags nachmittags von 6—7 Uhr im Rathaus, Neue Krugallee 3, Zimmer 1-3. Die Kat- und Ausnahmestellung erfolgt unentgeltlich. Der Gemeinde entstehen durch diese Einrichtung keine Kosten, vielmehr werden dieselben von einem Verein getragen. Des weiteren habe der Kreisaußschuß der Gemeinde für das laufende Jahr einen Betrag von 200 M. für die Volksbibliothek gegeben. Die Gemeinde hat für denselben Zweck aus eigenen Mitteln 400 M. bewilligt, so daß im ganzen 600 M. zur Verfügung stehen. Wie Rechner weiter mitteilte, ist die Knaben- und Mädchenschule von der Eisenstr. 8 nach dem Gemeindefesthalten in der Boudestr. verlegt worden. Die Vorklasse wird von 42 Schülern und Schülerinnen besucht. Die Beteiligung der Mädchen ist gering, dadurch ist es fraglich, ob der Plan, welchen man bei Einrichtung der Schule in bezug auf die Mädchen hatte, zur Ausführung kommen könne. Das Realgymnasium wird von 75 Schülern besucht. Aus Gemeindegeldern sind an 3 Schüler je eine halbe Freistelle bewilligt worden. Des weiteren berwieb der Bürgermeister auf eine vom Magistrat von Charlottenburg eingegangene Ueberfahrt über die Bauartigkeit Berlins und seiner Vororte in den Jahren 1901—1909, aus welcher hervorgehe, daß Treptow an 7. Stelle stehe. Es seien in dieser Zeit in Treptow 1034 Bauerlaubnisse erteilt worden und 808 zur Ausführung gelangt. Die von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern gestellten Anträge, betreffend die Beseitigung der Rauchbelästigung und das Aufstellen von Warnungsschildern an den Boodständen, durch welche auf das mit Lebensgefahr verbundene Schaulen und Plätze wechseln beim Boodfahren hingewiesen werden solle, habe nach nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Hierauf kam der Bürgermeister auf die Reifeangelegenheit zu sprechen. Über die wir bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ berichtet haben. Eine weitere Erklärung des Herrn Bürgermeisters bezog sich auf einen Vorgang aus der Gemeindevertretersitzung vom 8. April, in welcher der Gemeindevertreter Klapp eine herbe Zurückweisung erhalten hatte. Der Bürgermeister hatte bei der Debatte über die Genehmigung der öffentlichen Versammlung im Park in einer Verhärterung des Herrn Klapp eine unzulässige Kritik seiner Geschäftsführung als Amtsvorsteher erteilt. Noch in derselben Sitzung hätten ihm die Herren Klapp und Rude jedoch erklärt, daß Herr Klapp eine derartige Kritik fernlegen habe; vielmehr habe er nur zum Ausdruck bringen wollen, daß die von Herrn Karow angeregte Diskussion unzulässig sei. Die Zurückweisung, so erklärt der Bürgermeister, habe auf einem Mißverständnis beruht und sei gegenstandslos geworden. Unser Genosse Karow hatte die Diskussion über die Versammlung im Park nicht angeregt, sondern sich nur an ihr beteiligt. Angeregt wurde dieselbe von Herrn Kraeh. Herr Klapp hat sich also bei dieser Angelegenheit Herrn Rude zu Hilfe geholt, damit der Rosenbüder, den er erhalten hatte, zurückgenommen werde. Einige Tage vor dem war Herr Klapp bei dem Genossen Karow, um von diesem Hilfe zu erbitten gegen Herrn — Rude. Unser Genosse Karow sollte dafür wirken, daß bei der damals bevorstehenden Schöffentwahl die sozialdemokratischen Gemeindevertreter für einen von Herrn Klapp und seinen Freunden in Aussicht genommenen Herrn aus dem Ortsteil Baumschulweg eintreten würden. Sie sollten also gegen Herrn Rude stimmen, denn Herr Klapp war es bekannt, daß Rude zum Schöffentamt kandidieren würde. Dem Gemeindevertreter Klapp scheint es demnach gleich zu sein, von welcher Seite er Hilfe bekommt. Dem Richter der Badeanstalt im Ortsteil Baumschulweg soll auf Antrag des Gemeindevorstandes ein Zuschuß aus Gemeindegeldern gewährt werden. Unser Genosse Karow betonte, daß die Gemeinde verpflichtet sei, selbst eine Badeanstalt einzurichten; die Versammlung bewilligte jedoch 1200 M. als Zuschuß, und zwar auf ein Jahr. Den erkrankten Kassenmitgliedern soll zu dem Preise, wie er von der Zentralkommission der Krankenkassen mit den übrigen Badeanstalten vereinbart ist, die Bäder berechnet werden. Die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten soll nach einem Antrag des Gemeindevorstandes für Kinderbewilligte unentgeltlich sein. Die Gemeindevertretung beschloß, nachdem Genosse Reich für Uebernahme sämtlicher Kosten eingetreten war, in diesem Sinne. Im vergangenen Jahr betrugen die Kosten 1300 M. — Die Ganer Chaussee, soweit sie auf Treptower Gebiet liegt, soll künftig „Fortschrittsweg“ heißen. Ein vom Gemeindevorstand vorgelegtes Ortsstatut gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen wurde nach längerer Diskussion, an der sich auch unsere Genossen Reich und Karow beteiligten, mit geringen Änderungen angenommen. Vor Schluß der Sitzung wurden noch verschiedene kleinere Angelegenheiten angetagt und erledigt.

### Schmargendorf.

Für die Gegend an der Grenze Schmargendorf-Grünwald wird schon seit Jahren die Errichtung eines Krankenhauses gefordert. Das Projekt ist nun durch eine Hypothek in der Höhe von 400 000 M. gesichert. Belästigt wird dasselbe durch den Geh. Medizinalrat Prof. Dr. v. Hansemann-Grünwald und zwar aus ärztlichen und religiösen Gründen. Dieser auf den ersten Blick eigenartige Standpunkt des betreffenden Arztes wird aber sofort erklärt, wenn man hört, daß das projektierte Krankenhaus unter die Leitung der „Frauen Schwestern“ (ein katholischer Orden) gestellt werden soll. Herrn Dr. Hansemanns Widerstand beruht nämlich im wesentlichen

auf der Befürchtung, daß eine konfessionelle Einwirkung seitens der Pflegerinnen und Seelhergen auf Patienten anderer Glaubensbekenntnisse zu erwarten sei, eine Befürchtung, die nach den gesammelten Erfahrungen in ähnlichen Anstalten und bei der gesamten Bekehrungswelt katholischer Religionsvertreter und Vertreterinnen nicht unbegründet ist. Das Terrain ist bereits auf Schmargendorfer Gebiet erworben, es steht also nur noch die nötige Zustimmung der maßgebenden Behörde aus. Eine neuerliche Eingabe zu diesem Zweck soll der Schmargendorfer Gemeinde zugehen. An der Bezeichnung Krankenhaus nehmen die anliegenden Eigentümer Anstoß, deshalb soll dieses „Johannesstift“ genannt werden.

### Wris.

Die letzte Gemeindevertretersitzung nahm zunächst den Bericht über die Kassenrevision entgegen. Demnach betrug im alten Rechnungsjahre die Einnahme 3615 151,90 M., die Ausgabe 3519 090,17 M. Ein Antrag der Beamten der Amts- und Gemeindeverwaltung, während der Sommermonate (vom 1. Mai bis 1. September) an den Sonnabenden die Bureaustunden in die Zeit von 8—9 Uhr zu verlegen, wurde einstimmig genehmigt. Die Stadt Rigdorf hat noch mehre Grundstücke auf dem Umlaufgelände östlich des Rigdorfer Stichkanals erworben. Der Magistrat ersuchte um Erlaß der Umsatzsteuer. Der hiesige Ausschuß beschloß jedoch, von der Erhebung der Umsatzsteuer nicht Abstand zu nehmen, dem schloß sich die Sitzung an. Die Firma Siemens u. Halske hat mit Uebereinstimmung der Freiwilligen Feuerwehr einen Kostenschlag zur Herstellung von 4 neuen Alarmweckern für Polizei- und Feuerwehrleute zum Preise von 950 und für 20 Nebenanstände für Feuerwehrleute zum Preise von 600 M., in Summa 1550 M. eingereicht. Im Interesse des schnellsten Eingreifens der Wehr wurde dem zugestimmt. Außerdem habe sich die Vertretung noch mit einer Reihe Grundstücksfragen zu beschäftigen.

Eine sonderbare Praxis befolgt der hiesige Bürgermeister, indem er zu Kommissionsfragen sämtliche Vertreter ladet. Damit soll erreicht werden, daß die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über einzelne Dinge bereits in der Kommission zum Austrag gebracht werden und die Öffentlichkeit nicht viel von der Stellung der einzelnen Parteien zu den Beratungsgegenständen erfährt. Die eigentlichen Plenarsitzungen zeichnen sich unter solchen Umständen durch eine auffallende Ruhe aus, die nur gestört wird durch unsere Genossen, denen eine solche Abwidelung der Geschäfte hinter den Kulissen nicht paßt. Diese Ansicht hat ihnen bereits bei der letzten Gemeindevahl den Vorwurf von den Gegnern eingebracht, daß sie nicht in der Lage wären, die Interessen der Gemeinde zu vertreten. Wie der Bürgermeister über die Tätigkeit der Gemeindevertreter denkt, hat er bereits am 4. April bei seiner Einführungsrede zum Ausdruck gebracht. Damals betonte er: „Die Bürgererschaft darf erwarten, daß Sie regelmäßig zu den Sitzungen erscheinen; die größere Zahl bestrebt nicht von der Arbeit und der Teilnahme an den Sitzungen. Lassen Sie sich nicht dazu bewegen, schlechthin nur Opposition zu treiben, dazu wäre die Zeit zu kostbar. Nicht Ihren Wählern, nur Ihrem Gewissen allein sind Sie Rechenschaft schuldig für Ihre Tun und Lassen in der Vertretung. Das sind goldene Worte, die sich in der Städteordnung von 1808 finden und die so lange zu einem guten Einvernehmen zwischen Gemeindevorstand und Gemeindevertretung fähig gemacht haben.“

Hieraus ist ersichtlich, nach welchem Prinzip die Geschäfte geleitet werden sollen. Unsere Genossen werden jedoch vor wie nach zu wichtigen die Öffentlichkeit interessierenden Fragen in öffentlicher Sitzung Stellung nehmen.

Berzeten sind unsere Genossen in folgenden Kommissionen: Finanzkommission Genossen Schliebig und Eberhardt; Grundeigentum und Friedhofskommission Genosse Kihing; Kanalisations- und Gaswerksauschüß Genosse Kihing; Baukommission Genossen Schliebig, Kihing und Heintze. Von der Schul- und Armenkommission sind unsere Vertreter ausgeschaltet.

### Mariendorf-Süden.

In der Gemeindevertretersitzung nahm vor Eintritt in die Tagesordnung der Vertreter Schensch das Wort, um sich zu dem Ausgang des auf seine Veranlassung eingeleiteten Ermittlungsverfahrens gegen zwei Mariendorfer Bürger zu äußern. Diese sollen nach der Mitteilung des Herrn Schensch während eines Briefhaushaltgesprächs gesagt haben, früher hätten die Gemeindevertreter Geld genommen, heute machen sie es aber nur noch mit Grundstücken. Nach Vernehmung mehrerer einwandfreier Zeugen durch die Staatsanwaltschaft ist das Verfahren seinerzeit eingestellt worden. Schensch wurde deshalb, sowie auch an der Hand anderer, ihn charakterisierender Vorgänge in der vorausgegangenen Sitzung der Gemeindevertretung durch einhelligen Beschluß öffentlich als ein Herr gekennzeichnet, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. In der letzten Sitzung erklärte nun Schensch, er habe weder verheimlichen wollen noch habe er verleumdet, vielmehr seien von ihm wahrheitsgemäße Angaben gemacht, wenn auch die gerichtlichen Feststellungen gegen ihn sprechen. Es seien Gerüchte über von ihm geschriebenen Art im Umlauf, und daß solche weiter bestehen, daran sei der Gemeindevorsteher Herr Westphal schuld. Dieser mache selbst Terraingeschäfte und beginnliche Leute, die gleichfalls diese Geschäfte betreiben. Hierauf verließ Herr Schensch, trotz der Aufforderung durch den Gemeindevorsteher, zu bleiben, demonstrativ den Sitzungssaal. Herr Westphal protestierte energisch gegen den gegen ihn erhobenen Vorwurf und erklärte, allerdings eine Baustelle am Orte zu besitzen. Eine solche zu erwerben, sei jedermanns Recht, deswegen betreibe er noch lange nicht Spekulation; auch von Veräußerung könne keine Rede sein, er wisse sich von diesem Vorwurf frei. Die Genossen Reichardt und Günther bedauerten, daß Herr Schensch nach diesem Angriff das Hausdanier ergriffen. Wenn auch dem Gemeindevorsteher in diesem Falle eher zu glauben sei als Herrn Schensch, so werde er doch wohl nicht umhin können, Herrn Sch. vor Gericht Gelegenheit zu geben, den Beweis für seine Behauptung anzutreten. — Nach diesem Intermezzo erfolgte die Einführung des neugewählten Vertreters E. Road, sowie die Wahl eines Waisenrats für Süden und zweier für Mariendorf, u. a. des Genossen E. Wehse. Ferner fand ein Besuch der Frau Aug. Fränkel-Süden, betreffend Errichtung eines Erholungsheims, zur Beratung. Dem Heim sollen von Krankenkassen 8 junge, erholungsbedürftige Mädchen überwiesen werden, die keiner besonderen ärztlichen Behandlung bedürfen, deren Wiederherstellung vielmehr nur durch gute Pflege und Ruhe erstrebt werden soll. Die Kommission hatte sich in der Vorbereitungsprinzipien gegen die Errichtung von Privatanstalten für Süden erklärt, im vorliegenden Fall auch deswegen, weil keine Gartenanlagen vorhanden sind. Die Süden der Vertreter traten dafür ein, dem Besuch die Genehmigung zu verlagern. Wenn es sich auch nur um eine geringe Anzahl von Konvaleszenten handelte, sei doch in Räde auf Vergrößerung des Betriebes zu rechnen, außerdem würden die auf Gemeindegeldern errichteten Anlagen von den Insassen des Heims bemut, die in „größerem Trupps“ als Belästigung von den Süden der Einwohner empfunden werden können. Unsere Genossen Weber und Reichardt traten für Genehmigung ein, dieselbe wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen und der des Herrn Road verlagert. — Nachdem die Vertretung beschloß, dem Verband der größeren Landgemeinden beizutreten, wurde zur Generalsammlung des Verbandes, die am 18. und 19. d. M. in Köln stattfinden, außer einem Mitgliede des Gemeindevorstandes, Genosse Reichardt von der Gemeindevertretung delegiert.

### Röpenitz.

Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich vorgestern in Röpenitz. Der in der Spindlerischen Fabrik beschäftigte gemessene 48-jährige Arbeiter Adolf Bilz hatte den dritten Feiertag zu einem Ausflug benützt. Als er nachmittags heimkehrte, geriet er beim Uebersteigen des Fahrstammes der Bahnhofstraße zwischen ein Lastautomobil und einen Straßenbahnwagen der Linie 1. Bei dem Versuch, sich zwischen beiden Gefährten hindurchzuminden,

wurde B. vom Vorderperron des Kolortwagens erfaßt und mit solcher Gewalt gegen den Kopf gestoßen, daß ein schwerer Schädelbruch eintrat, der den sofortigen Tod herbeiführte.

### Dahlem.

Bisher bestand ein Abkommen zwischen der Feuerwehr in Grünwald und der Dahlem-Kommission, wonach die erstere gegen eine Jahresentwähigung von 300 M. zur Löschbereitschaft verpflichtet war. Dieser Vertrag wurde nicht mehr erneuert, da Grünwald nunmehr für diese Dienste 1500 verlangte. Zurzeit besteht mit der Wehr von Groß-Lichterfelde ein Vertrag, der eine Entschädigung von 300 M. vorsieht. Nach einer Aufstellung, die gemacht wurde, belaufen sich die ersten Ausstattungskosten für eine kleine freiwillige Feuerwehr auf circa 6000 M., weshalb vorläufig von der Einführung einer solchen abgesehen werden soll.

### Karlshorst.

Der Graf Dönhoff, der Mitglied der Baugesellschaft Karlshorst G. m. b. H. ist, war für 1908 nach einem höheren Einkommen zur Kommunalsteuer herangezogen worden. Nach vergeblichem Einspruch erhob er Klage und verlangte Freistellung, soweit die Veranlagung mit einem Einkommen aus seiner Mitgliedschaft zur Baugesellschaft gerechnet hatte. Er berief sich darauf, daß in dem Jahre die Gesellschaft eine Gewinnverteilung nicht vorgenommen habe. Es hätte ein Beschluß vorgelegen, bis zum Eintritt in die Liquidation keine Verteilung vom Reingewinn mehr vorzunehmen, und zwar mit Rücksicht auf die Kosten für Straßeneingekullung, Stempelgebühren, Gerichtskosten, Umsatzsteuern usw. sowie mit Rücksicht darauf, daß verhältnismäßig niedrige Preise erzielt worden seien. Der Bezirksauschüß wies die Klage ab und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Das Einkommen der Gesellschaft sei als gewerblisches zu behandeln. Daraus ergebe sich, daß das steuerpflichtige Reineinkommen sich keineswegs mit dem von der Gesellschaft an die Gesellschafter ausgezahlten Gewinnanteil zu decken brauche. Es bestünde nicht nur in den verteilten Anteilen, sondern auch in dem, was zur Bildung von Reserven, Tilgung von Schulden usw. aus dem Reinertrage verwendet werde. Habe der Gesellschafter an sich Einkommen aus seiner Beteiligung an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, so sei zu versteuern nicht nur, was verteilt werde als Dividende, sondern alles, was von dem Verdienst der Gesellschaft auf ihn an sich entfalld, wenn es auch nicht an ihn verteilt werde.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Durch ungläubigen Terrorismus der Bürgerlichen im Verein mit der Polizei, wie in den meisten ländlichen Orten ohne Industrie werden auch der hiesigen Arbeiterschaft sämtliche Säle zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen hartnäckig verweigert. Unsere Genossen halten am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags pünktlich 4 1/2 Uhr, auf dem Gemeindeplatz im Dorf Neuenhagen (15 Minuten vom Bahnhof) eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel ab. Die Genossen aus den umliegenden Orten werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen und für guten Besuch überall zu agitieren, damit wir durch Massenbesuch einen eindrucksvollen Protest gegen diese systematische Saalverweigerung hervorrufen.

### Stolpe an der Nordbahn.

Ein entsetzliches Unglück, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich am Dienstag im hiesigen Ort zugegetragen. Der 10-jährige Sohn des Arbeiters Baher wollte heute am Morgen und ging zu diesem Zwecke in die noch glimmende Asche Petroleum. Im gleichen Augenblick schoß die Stichflamme aus der Kochmaschine hervor, die sofort die Kleider des Knaben in Brand setzte, während die Petroleumlampe explodierte. Im Nu glück der Knabe einer Feuerfalle. Auf seine gelenden Hilferufe eilten Hausbewohner herbei, die durch Auswerfen von Deden das Feuer löschten. Der bebauerte Junge hatte fürchterliche Brandwunden an ganzen Körper erlitten und verstarb kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

### Rummelsburg.

In der letzten Gemeindevertretersitzung fand vorerst noch die Einführung des neugewählten Gemeindevorordneten, Genossen Stephan statt. Hierauf wurde die Wahl des in der ersten Wahlteilung ebenfalls neugewählten Gemeindevorordneten Dr. Friedemann, trotzdem derselbe im Sinne der Landgemeindevorordnung einen eigentlichen Wohnsitz in Vorhagen-Rummelsburg nicht innehat, mit 12 gegen 13 Stimmen für gültig erklärt, die Stimme des Gemeindevorstehers gab hierbei den Ausschlag. Die zur Entlastung vorgelegte, geprägte Gemeindevorrechnung für 1900 schließt in Einnahme mit 2 718 187,07 M. und in Ausgabe mit 2 746 890,56 M. ab, so daß ein Reihbetrag von 30 212,80 M. zu verzeichnen ist. Diese Mehrausgabe wurde bewilligt. — Gleichfalls wurden die für das Etatsjahr 1909 erforderlichen Nachbewilligungen im Gesamtbetrage von 85 153,13 M. mit Mehrheit genehmigt. Vom Magistrat der Stadt Berlin war die Gemeinde ersucht worden, bei der am 1. Dezember dieses Jahres stattfindenden allgemeinen Volkszählung sich im gemeinsamen Interesse der Gemeinden von Groß-Berlin eine Sonderstatistik betreffend eine Erhebung über die Wohnungen und Grundstücke in Groß-Berlin anschließen zu wollen. Da sich die Kosten für diese Sonderstatistik auf 1500 M. belaufen, wandten sich zwei bürgerliche Vertreter mit der Motivierung gegen die Bewilligung dieser Summe, daß sie Vorteile aus einer solchen Statistik für die Gemeinde nicht erblicken können. Nachdem unser Vertreter John für die Beteiligung an dieser Sonderstatistik eingetreten war, wurde mit 16 gegen 9 Stimmen die hierfür erforderliche Summe von 1500 M. bewilligt. In der hierauf folgenden nicht öffentlichen Sitzung wurde das Entlassungsgesuch des Beigeordneten Kessler Köhler, welcher zum Gemeindevorsteher von Adlershof gewählt worden ist, per 25. Mai d. J. genehmigt. Für die freigewordene Beigeordnetenstelle haben sich 55 Bewerber gemeldet; es wurde hierzu eine Kommission von sieben Vertretern gewählt, welche der nächsten Gemeindevertretersitzung geeignete Vorschläge zu unterbreiten haben. Von unseren Vertretern gehören John und Ritter dieser Kommission an. — Eine längere Debatte rief die Weiterverpachtung der Rathauskellerwirtschaft an den bisherigen Pächter hervor. Der Gemeindevorstand will in dem neuen Vertrage zur Bedingung machen, daß an Beamte während der Dienststunden kein Bier verkauft werden darf, und ferner, daß die Verabreichung von Getränken und Speisen an Beamte während der Dienststunden nicht durch weibliches Personal geschieht. Zuwiderhandlungen werden mit 5 M. Strafe belegt. Als Entschädigung für diese Bedingungen soll die Pacht um 200 M. pro Jahr ermäßigt werden. Nach langem Hin und Wider wurde auf Antrag unserer Vertreter die Sache an den Gemeindevorstand mit der Mahgabe zurückverwiesen, daß der Ausschüß der Gemeindebeamten hierzu erst gehört werden soll.

### Notawes.

Ueber Grundfragen des Strafrechts hielt der Genosse Heine Berlin vor der letzten, sehr zahlreich besuchten Wohlvereinsversammlung einen interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. — Nach der Aufnahme von 28 Genossen gab Genosse Krautpaul einen Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses in der abgelaufenen Saison. Die Einnahme belief sich auf 930,40 M., die Ausgabe auf 895,20 M. Der Wahlverein und das Gewerkschafts-kartell haben je 75 M. zu den Kosten des Ausschusses beigetragen. Ein vom Vorstand gestellter Antrag, dem Bildungsausschüß der hohen Kosten wegen aufzulösen, wurde von der Versammlung abgelehnt und die Genossen Seliger, Bahms, Krautpaul, Gschmann und Weinert in denselben gewählt. — Die hierauf vom Genossen Richter gegebene Abrechnung von der Waifeier weist eine Einnahme von 515 M., eine Ausgabe von 281 M. auf. Von dem Ueberhuß von 234 M. erhält die Hälfte das Gewerkschaftskartell. Nachdem noch zur Vorbereitung des im August stattfindenden Sommerfestes ein Komitee gewählt, wurde die Versammlung geschlossen.



**Potsdam.**  
Die ortsüblichen Tagelöhne für Potsdam sollen erhöht werden. Eine Sitzung der Gewerbeabteilung des Magistrats, zu der auch Vertreter der unteren Verwaltungsbehörde geladen waren, hat beschlossen, bei dem Regierungspräsidenten eine Erhöhung der bisherigen ortsüblichen Tagelöhne um etwa 30 Proz. zu beantragen. Das Resultat wäre: für männliche Personen über 16 Jahre 3 M. (bisher 2,25 M.), unter 16 Jahre 1,20 (0,90 M.), weibliche Personen über 16 Jahre 1,00 M. (1,20 M.), unter 16 Jahre 1 M. (0,75 M.). Diese Erhöhung um 30 Proz. ist keineswegs den Verhältnissen entsprechend. Seit 10 Jahren ist der ortsübliche Tagelohn nicht geändert worden. Der Magistrat hatte vorher bei verschiedenen Unternehmern Gutachten eingeholt. Da hat er natürlich den Bod zum Gärtner gemacht, wie auch die besagte Sitzung ergab, denn die erste Frage der Arbeitgeber war, inwieweit sich bei den neuen ortsüblichen Tagelöhnen die Versicherungsbeiträge erhöhen. Der Magistrat hätte sich absolut nichts dergleichen, wenn er auch bei der Arbeiterschaft Gutachten eingeholt hätte.

**Gerichts-Zeitung.**

Der Herr im Zylinder.

Am 18. März konnte man in der Umgebung des Friedrichshains wieder mal sehen, wie die Polizei sich ihr „Recht auf die Straße“ denkt. Auf dem Landsberger Platz und in den benachbarten Straßen beschäftigte sie die Passanten durch Verkehrshindernisse, die sie zum „Schutz der Ordnung“ für nötig hielt. Wer da dem Kommando „Weitergehen!“ nicht sofort Folge leistete oder gar noch eine Widerrede wagte, der hatte sich darauf gefaßt zu machen, daß er festgenommen und zur Verurteilung angezeigt wurde. Festgenommen wurde am 18. März in der Mittagsstunde auch ein Arbeiter Sperling, der am Landsberger Platz auf einer Bank gesessen hatte. Er sollte die Aufforderung, weiterzugehen, nicht befolgt und überdies großen Unfug verübt haben, indem er versucht habe, durch allerlei Redensarten das Publikum gegen die Polizei aufzuheizen. Von dem Amtsgericht Berlin-Mitte, das am 25. April gegen ihn verhandelte, bekundeten zwei Schöffen, er habe von der Bank aus standalisiert, und eine vor ihm versammelte Menge habe dazu Hurra geschrien. Ein paar nichtbeamtete Zeugen stellten in Uebereinstimmung mit dem Angeklagten den Hergang so dar, daß Sperling von der Bank aus die Aufforderung, weiterzugehen, mit der Erklärung zurückgewiesen habe, er sei Steuerzahler und die Bank sei für das Publikum da. Sp. wurde freigesprochen mit der Begründung, daß bei den Widersprüchen zwischen den Aussagen der Be- bzw. Entlastungszeugen der Sachverhalt als nicht aufgekärt angesehen werden müsse.

Am 18. Mai hatte Sperling sich wieder vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (142. Abteilung) zu verantworten, diesmal auf die Anklage, daß er am 18. März abends um 1/8 Uhr auf dem Landsberger Platz sich an einem Verkauf beteiligt und die Aufforderung, weiterzugehen, nicht befolgt habe. Es handelte sich um einen Vorgang, der zu dem oben geschilderten Erlebnis Sperlings, der am

Mittag erfolgten Verhaftung von der Bank weg, in engster Beziehung stand. Am Abend war Sp., so führte er vor Gericht aus, zur Polizeiwache nach dem Landsberger Platz gegangen, um sich darüber zu beschweren, daß man ihn ungebührlich behandelt habe. Verdroffen hatte es ihn auch, daß man gegen seinen Anspruch, als Steuerzahler die Straßen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen der Stadt benutzen zu dürfen, den Zweifel gesetzt hatte, ob er überhaupt Steuern zahle. Er nahm daher seine Steuerquittung mit, um der Polizei zu beweisen, daß er Steuerzahler sei. Und da er meinte, daß er am Mittag wegen seiner schlichten Arbeiterkleidung so behandelt worden sei, so legte er jetzt für den Gang zur Polizeiwache seine bessere Garderobe an und setzte sogar einen Zylinder auf. Als er aber seine Beschwerde vortrug, jagte ein Polizeileutnant ihn hinaus mit den Worten: „Nun machen Sie aber ja, daß Sie runterkommen!“ Sp. ging und wurde bald danach auf dem Landsberger Platz festgenommen. Vor Gericht sagte er, auf dem Platz habe er sich nur umgedreht, dann habe ein dort postierter anderer Polizeileutnant befohlen, den Herrn im Zylinder zu fixieren. Polizeileutnant Witte, der diese Siftierung angeordnet hatte, bekundete als Zeuge, Sp. habe über die Polizei geschimpft und sei nicht weitergegangen, obwohl „die Beamten ihm noch gut zuredeten“. Durch sein Käsnieren habe er Leute angelockt, infolgedessen habe er schließlich fixiert werden müssen. Schuhmann Bartel schilderte, wie Sp. gestikulierend auf die Umstehenden eingeredet habe. Zeuge fügte hinzu: „Weil er einen Zylinder hatte, sah es aus, wie wenn er Einfluß auf das Publikum hätte ausüben können.“ Die Polizeibeamten seien erst durch Zivilpersonen darauf aufmerksam gemacht worden, daß da ein Herr im Zylinder das Publikum aufreize.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor von Staa, hob hervor, daß Sp. durch sein Tun an jenem Tage der Polizei ihre Arbeit sehr erschwert habe, und beantragte 2 Tage Haft. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bat, dem Angeklagten zugute zu halten, daß er Anlaß hatte, sich über eine Verhandlung zu beschweren, die ihm ungebührlich erschienen mußte. Die Uebertretung, die er mittags begangen haben sollte, so daß er festgenommen wurde, sei doch vor Gericht nicht erwiesen worden und die Verhandlung gegen Sp. habe mit Freisprechung geendet. Das Gericht kam nach den Zeugenaussagen diesmal zu einer Verurteilung. Wenn Sp., wie er selber sagte, am Abend aus der Polizeiwache hinausgewiesen worden sei, so sei „zu folgern, daß er seine Beschwerde nicht in einwandfreier Weise vorgebracht“ habe. „Ohne Grund würde“, so erklärte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung, „er nicht hinausgewiesen worden sein“. Sp. habe dann keinen Anlaß gehabt, auf der Straße über die Polizei zu käsnieren und ihr die Arbeit noch zu erschweren. Berücksichtigt wurde aber der vom Verteidiger geltend gemachte Milderungsgrund, daß Sp. durch die ihm am Mittag widerfahrte Behandlung, die er als Unrecht empfand, in große Erregung versetzt worden war. Es wurde daher Abstand genommen von einer Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe von 12 M. (eventuell 6 Tage Haft) festgesetzt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet in der Straße Nr. 69, vorn vier Treppen - 4. Stock - wochentäglich von 4<sup>1/2</sup> bis 7<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.  
R. M. 69. Die Frage regelt das Statut der Kasse. - R. M. 25. 1. Der Ehemann steht haften. 2. Recht nicht mehr. Der Abzug hätte nur bei der ersten Lohnzahlung erfolgen können. 3. Berlin, Reichsgerichtplatz 1. - R. M. 100. 1. Die Eltern haften nicht. 2. und 3. Ja. Es empfiehlt sich daher gültige Auseinandersetzung mit dem Chef. - R. M. 72. Der Austritt wird nicht berichtet. - R. M. 20. Die Nic-Carter-Hefste sind keine empfehlenswerte Literatur. Wir müssen es deshalb ablehnen, den Verleger zu nennen. - O. G. Sie können gegen den Vermietter - nicht den Verwalter - auf Einräumung des Mietsbesitzes an dem Gartentag, bis zur Einräumung aber die Miete in Abzug bringen. - J. W., Bergedorf. Versuchen Sie die Reinigung mit heißem Wasser, dem ein Alkoholzusatz beigegeben wird.

Witterungsübersicht vom 18. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Emmenda.	762	SW	5	10	Saparanda	764	SW	2	10
Hamburg	761	D	4	12	Petersburg	767	SW	1	10
Berlin	760	SW	3	12	Sibirj	753	SW	3	10
Frankfurt	756	SW	4	17	iberden	761	R	2	10
München	757	SW	3	17	Paris	757	SW	2	11
Wien	759	SW	1	18					

Wetterprognose für Donnerstag, den 19. Mai 1910.  
Nachts ziemlich kühl, am Tage wieder etwas wärmer, vielach heiter, bei mäßigen östlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

Wasserstand	am 17. 5.	am 16. 5.	Wasserstand	am 17. 5.	am 16. 5.
Remel, Mühl	153	-5	Saale, Großhly	128	+4
Bregel, Ansternburg	-36	-6	Saale, Spanbau	68	+8
Wischel, Horn	176	0	Saale, Rathenow	97	0
Oder, Rathor	318	+14	Spre, Spremberg	102	-1
Strosen	354	-1	Beesfow	84	+1
Frankfurt	357	+7	Weser, Minden	16	-21
Wärthe, Schrumm	72	-6	Weser, Minden	96	+6
Landberg	62	-3	Rhein, Rastatt	464	-6
Rehe, Sorbamm	35	-3	Wald	288	-13
Elbe, Reimterg	200	-20	Rhein	821	-22
Tresden	113	-1	Redar, Heilbronn	100	-5
Harz	337	+2	Wain, Berthelm		
Wagdeburg	283	+7	Wolter, Trier	99	-14

+ bedeutet Hoch, - Fall. \*) Unterpegel. \*) Vom 16. 10 Uhr abends bis 17. nach 12 Uhr mittags unverändert

**Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.**  
Bezirk 21b.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 15. Mai verstarb der Gatte  
**Joseph Klasen**  
Heizer.  
Seine feierlichen Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Michael, Mariendorfer Weg aus statt.  
235/3 Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.**  
(E. H.) Filiale Rixdorf.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Joseph Klasen**  
am 15. Mai verstorben ist.  
Seine feierlichen Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.  
237/6 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.**  
Ortsverwaltung Groß-Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 15. Mai verstarb unser Mitglied, Kollege  
**Jos. Klasen.**  
Seine feierlichen Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Freie Jugendorganisation Friedrichshagen.**  
Am 16. Mai, morgens 4<sup>1/2</sup> Uhr, verstarb nach kurzem Krankenlager im Alter von 16 Jahren unser braver Kollege  
**Karl Palm.**  
Seine feierlichen Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 19. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes in Friedrichshagen aus statt.  
226/3

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Vaters  
**Franz Froese**  
sagen allen unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernde Witwe und Sohn

**Todes-Anzeige.**  
Am 17. d. Mis., vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, verstarb nach langen Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter  
**Anna Ereke**  
geb. Kull  
im Alter von 30 Jahren.  
Dies seligen Heftschicksal an die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Mai, nachmittags 5 Uhr, aus dem Südwestkirchhof in Stahnsdorf statt.

**Reste**  
Damenmode, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster. Trikot-Stoffe, Seiden-Pingeh, Sammete, Seide etc.

**Confection**  
Paletots, Jacketts, Standmäntel, Costumes und Costumröcke in grosser Auswahl.

**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Gardinen-Spezialhaus Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Abgepaßte Fenster, weiß und crème**  
per Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.  
Künstlorgardinen in Tüll, Spachtel, Erbstüll, Fenster  
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores  
Gestickte, echte Spachtel-Stores  
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores  
Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm  
Reichgestickte Erbstüll-Bettdecken  
Elegante Tüll-Bettdeckwände  
Brise-Bise (Scheibenschleier) 25 Pf., 35 Pf., 40 Pf. - 5.50 M.  
Nach auswärts per Nachnahme

**Spezialkatalog**  
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.  
**Berliner Ulk-Trio.**  
Feliz Schauer Stralsunderstr. 1

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.**  
Sonntag, den 21. Mai, abends präzis 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelsfer 15:  
**Außerordentliche Generalversammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Antrag der Vereinsversammlung vom 12. d. M.: Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages für die ausgesperrten Bauarbeiter.  
2. Antrag des Vorstandes auf Bewilligung einer Extraausstattung für die Bauarbeiter aus der Vereinskasse.  
Die Kollegen werden ersucht, die Delegiertenwahlen sofort vorzunehmen und sich die Legitimationskarten für dieselben vom Dienstag, den 17. Mai ab vom Bureau abholen zu lassen.  
Die Arbeitslosen und Kollegen aus Offizinen mit weniger als fünf Mitgliedern wählen ihre Delegierten am Donnerstag, den 19. Mai, abends 6 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses.  
Anderweitige Einladungen ergehen nicht!  
Der Gauvorstand: Albert Raffini, Vorsitzender.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders  
**Robert Leip**  
sagen wir allen, insbesondere den Trägern der freien Turnerschaft unseren innigsten Dank.  
August Leip selbst Familie.

**Dankfagung.**  
Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, welche bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Hermann Becher**  
zugesen waren, meinen herzlichsten Dank.  
**Karl Becher.**

**Servus Schuhputz**  
Schuhputz  
**Servus**  
das Beste  
**Servus**  
Bester Schuh-Putz  
Überall zu haben in Dosen 10 u. 20 Pfg. Fabrik: Lubaszynsk & Co., Berlin 80.

**Jetzt müssen Sie sich aber beeilen,**  
wenn Sie darauf reflektieren, bis  
**100 Mark bares Geld geschenkt**  
zu erhalten, denn am 25. und 26. Mai d. J. findet die sensationelle Auslosung für unsere Kunden statt, welche unsere Annoncen sammeln. Für die 50 besten Sammler sind folgende Geldpreise ausgesetzt:  
1. Preis 100 M., 2. Preis 50 M., 3. Preis 20 M., 4. Preis 10 M., 5. Preis 5 M., 6. Preis 4 M., 7. Preis 3 M., 8. Preis 2 M., 9. Preis 1 M., 10. Preis 1 M. und 40 Preise à 10 M.  
Genauere Prospekte zur Verfügung.  
Werden Sie sofort Kunde bei uns u. sammeln Sie unsere Annoncen.  
**Kaufhaus auf Kredit**  
**Für alle Welt**  
Schöneberg, Hauptstr. 19  
direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz.  
Jedermann erhält  
auf bequemste Teilzahlung  
Damen-, Herren-Garderobe, Manufakturwaren, Wäsche, Möbel und Polsterwaren.  
Lieferwagen und alle Sorten Räder. Potsdamerstr. 101. 21363

**Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.**  
Wanderfahrten  
am Sonntag, den 22. Mai.  
1. Pflanzung-Nauen. Abf.: Reht. Fernbahnhof 6.45 vorm.  
2. Reperich-Riepshsee-Bernau. Abf.: Steit. Vorortbahnhof 6.40 vorm.  
3. Reperich-Gormsee-Bernau. Abfahrt: Steitiner Vorortbahnhof 1.30 nachm.  
Gäste willkommen. 1/15

**Eszet Cigarette**  
ohne Streichholz zu entzünden!  
„Eszet“ ist unentzündlich bei stürmischem Wetter.  
„Eszet“ ist unentzündlich für Jagd, Sport und Beeren.  
„Eszet“ ist unentzündlich für jeden Raucher, der sich viel im Freien aufhält.  
„Eszet“ entzündet sich an einer an der Schachtel befindlichen Reibfläche wie ein Streichholz.  
„Eszet“ ist frei von jedem fremdem Geschmack und Geruch.  
„Eszet“ ist hergestellt aus den feinsten türkischen Tabaken.  
„Eszet“ wird deshalb von Qualitätsrauchern bevorzugt.  
„Eszet“ ist zu haben in Blechpackungen à 20 Stück von 2<sup>1/2</sup> bis 20 Pf. pro Stück.  
„Eszet“ ist in Spezial-Zigarrengeschäften zu haben.  
**Cigarettenfabrik VIOLA-COMPAGNIE HAMBURG 6.**  
Generalvertretung für Berlin: Scholer & Löwenberg, Heilbronner Str. 19. Tel. VI. 16730.

Leichtester Erwerb eines **EIGEN-HEIMS.**  
Ländliches Idyll mit großstädtisch. Komfort bietet  
**Gartenstadt Hohen-Neuendorf**  
(Nordbahn)  
Wald, Wasser, Art, Gas, Wasserleit., Schulen etc.  
**Am Schützenhaus. 1000 herrliche Hochwald-Landbaustellen.** Gute 12 Mark an! 10% Anzahlung. Tilgung des Restes in 10 jährl. Raten.  
Verlangen Sie illustrierte **Gratis-Broschüre.**  
**Wollenberg, BERLIN**  
Neue Königstraße 71.  
Fernspr. VII. 3038.



**Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Gahn,  
Lützenstr. 73:  
**Extra-Versammlung Steinholzleger**  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Heute, Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im  
Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Kassenbericht, Bericht der Ortsverwaltung, Verbandsangelegenheiten,  
Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

**Schillingsbrücke**  
am Schillingischen Bahnhof.  
Cäglich mit Musik früh 9 Uhr, nach Woltersdorfer Säule.  
Reben Dienstag, Mittwoch nach 2 Uhr  
und Freitag früh 10 Uhr nach **Neue Mühle.** Ein und zurück 50 Pf.  
Voranzeige! Nächsten Sonnabend:  
**Dampfer-Mondschein-Promenadenfahrt.**

**Theater und Vergnügungen**

Donnerstag, den 19. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus, Geshlossen.  
Neues königl. Operntheater.  
Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)  
Königl. Schauspielhaus. Bürger-  
lich und romantisch.  
Deutsch. Gumbert.  
Sammerstiele. Wiener Hölle:  
Brüderlein sein. Goethe. (Anfang  
8 Uhr.)  
Komische Oper. Robbins Ende.  
Diversifiment.

Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Der  
Flieger.  
Kleines. Nur ein Traum.  
Berliner. Tullin.  
Neues. Die goldene Ritterzeit.  
Bessing. Baummeister Solnek.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luzemburg.  
Trianon. Thodore u. Cie.  
Kleines. Das Nachtlcht. Der  
selige Octave.  
Thalia. Wlad bei Frauen.  
Fiedel. Der neue Paris. (Anfang  
8 1/2 Uhr.)  
Wesken. Langhansjen.  
Schiller O. (Schiller-Theater.)  
Japfenreich.  
Schiller Charlottenburg. Gold-  
blide.  
Friedrich. Wilhelmstädtisches.  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Volkoper. Heimkehr. Der General-  
direktor. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Was Gott zusammenfügt.  
Kaiser. Die Schmuggler.  
Luisenpark. Das Leutnants-  
mündel.  
Metropol. Hallo!!! — Die große  
Revue.

Solltes Caprice. Ein verschwiegenes  
Mädchen. Eine gründliche Kur.  
(Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Casino. Familie August Knoche.  
Gedr. Herrnsfeld. Wenn zwei das  
selbe tun. Das tolle Stück.  
Hypocrite. Spezialitäten.  
Wassergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sönger.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Prater. Im Reiche des Mars.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Belgien, Land und  
Stadt.  
Sterne. Invalidenstr. 67-62.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Oberpfalz, 10. Vorstellung:  
Baumeister Solnek.  
Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Taifun.  
Morgen: Taifun.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Langhansjen.  
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Die ge-  
schickene Frau.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Leutnantmündel**  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luzemburg.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-  
mäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
Schauspielhaus.  
Donnerstag, 19. Mai, abends 8 Uhr:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Freitag: Der Raub der Sabin-  
erinnen.  
Sonntag: Ill-Heidelberg.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlcht.**  
Schwan in 3 Akten v. M. Romacoff.  
Herauf: Der selige Octave.  
Großes in 1 Akt von Yves Mirande  
und Henry Beunne.  
Sommerpreise.  
Morgen und folgende Tage: Die-  
selbe Vorstellung.  
**Volksgarten-Theater**  
früher Weimann.  
Babstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.  
Täglich: Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung. Das Reien-  
programm. Zur Aufführung gelangt:  
Der Wegende Berliner.  
Waldstück in 5 Akten mit Gesang  
und Tanz.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rossm. Ter.  
11 Das neue Variete-Programm!!  
Die Affen-Familie Mayer  
und die übrigen Spezialitäten.  
Theater, ununterbrochen geöffnet.

**Elysium**  
Landsberger Allee 40-41  
Heute sowie täglich:  
**Spezialitäten**  
beste Schaunummer.  
Kaffeekochen. X Ball.  
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

**LUNA-PARK**  
TERRASSEN  
HALENSER  
Größter Vergnügungs- und  
Konfektions-Platz des  
Kontinents.

**ZOO-  
LOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
Großes  
Militärkonzert.  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Entr. 15 Pf. Wöhe od. Schape grat.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sönger  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Stimmführer n. Moyaet  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**Belgien: Landschafts-  
und Städtebilder.**  
**Volkoper.**  
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
Abends 8 1/2 Uhr: Heimkehr.  
Der Generaldirektor.

**Luisen-Theater.**  
Zum 50. Male:  
**Was Gott zusammenfügt.**  
Schauspiel in 5 Akten von Ernst  
Hutterfeld, nach freier Benutzung  
einer Erzählung v. Courths-Mahler.  
Freitag: Marianne, ein Weib aus  
dem Volke.  
Sonntag: Die Welt ohne Männer.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Ehe  
vom Eriehof. Abends: Marianne,  
das Weib aus dem Volke.  
Montag: Die Ehe vom Eriehof.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Die Schmuggler.**  
Komödie in 4 Akten von H. Duter.  
Auf der Gastenbühne: Großes  
Konzert. Theater-Vorstellung,  
eröff. Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Saeno  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo  
Theater**  
8 Uhr: Das Attraktions-Programm!  
**Mahara**  
m. Hr. lebenden Riesenschlangen.  
Georg und Gusti Edler. Orig.-Duet:  
Wiener Haler — Wolfhermadel.  
**August.**  
Szenen aus dem Saganenleben.  
20 englische Badische 20 mit  
neuem Repertoire.

**WINTERGARTEN**  
**Prinz Charles**  
der Affe mit Menschenkultur.  
**Dorothy Kenton**  
Banjovirtuosin,  
**Schenk Bros.**  
Sensations-Equilibristen  
and das von Publikum u. Presse  
glänzend beurteilte  
**Mai-Programm.**

**Herrnfeld  
Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. u. A. 5083.  
**Schluss diesjähr. Spielfaison**  
**31. Mai.**  
Bis dahin täglich präz. abends 8 Uhr:  
Die neuen  
**Herrnfeld-Schlager:**  
**Wenn zwei  
dasselbe tun.**  
Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten  
mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Dazu:  
**Das starke Stück.**  
Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Drama in 4 Aufzügen von Franz  
Adam Dehertlein.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Hans Lange.**

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Lustspiel in 4 Akten von Franz von  
Schönthan und Gustav Kadelburg.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Liebe wacht.**

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Sichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — Täglich:  
Ob schön, ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der  
**besten Turnseilkünstler** der Welt The Liepolds,  
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: **Die Reise**  
**um die Erde in 1 Sekunde** mit dem Fahrrad **in den See.**  
**Ueberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad**  
**im Höllentessel.** — **Mlle. de Fallieres** bester Miniatur-  
**hunde-Dressurakt der Welt.**  
Victor Ritter mit seinem Sensationsakrobat: „Der Komet  
kommt“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Land- und Wasser-Feuer-**  
**werk.** — Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. — Gesamteintritt 20 Pf.  
Kinder frei. X Tanz.  
Um zahlreichen Zutritt bitten Witwe Pulze u. Waldemar Diez.

**Brauerei Friedrichshain**  
früher Lipps. — Am Könliger.  
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**  
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.  
Freitags: **Frei-Konzert.**  
Dienstag nachmittags (bei ungünstiger Witterung im Saal):  
**Große Frei-Vorstellung**  
der beliebten „Apollo-Sänger“.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Sterne  
des Humors**  
★ **Claire Waldoff**  
**Willi Prager** ★  
und das große  
Variete-Programm!

**Passage-Panoptikum.**  
Heute **Volkstage!**  
Beginn der  
Jeder Erwachsene ein Kind  
frei! Jedes Kind erhält  
ein Geschenk!  
**Die heiligen Fakire.**  
!! Lebend !!  
**Prinz Atom**  
der kleinste Mensch der je gelebt  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Casino-Theater**  
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Auf allgemeinen Wunsch  
bis zum 31. Mai:  
Familie  
**August Knoche.**  
Knoche: Dir. Hans Berg.

**Voigt-Theater**  
Geundbeunnen Babstr. 58.  
**Uebere großen Teich.**  
Gr. Volksbild mit Gesang und Tanz  
in 4 Akten von Adolf Schillpp.  
Erstklassige Spezialitäten.  
Mary u. Frankonl. Paul Coradine, der  
Unsterbliche. Mr. Kretsons Wunder-  
hunde. Marka Freya, Gortz-Soubrette.

**Folies Caprice**  
Eine gründliche Kur.  
Neuer bunter Teil.  
Ein verschwiegenes Atelier.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Holmarktstraße 72.  
Im herrlichen Naturgarten täglich:  
Durchgegangene Weiber.  
Dariusch Schwan mit Gesang.  
Otto Salzer,  
moderner Jamboukünstler und  
Manipulator.  
Frans Heißner, Original-  
komiker und das andere reich-  
haltige Programm.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präz. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.  
Das wunder-  
bare **Mai-Progr.**  
Sonntag, Sonntag, Mittwoch,  
Donnerstag: Ball.

**Burgtheater-Kinematograph**  
norm. Grotarjan, Inhab.: Rud. Merz.  
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Bogen. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 50 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Bogenentags gültig.  
25 Pf. auf allen Bogen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränchen.

**Victoria-  
Brauerei, Lützowstr. 111/112.**  
Im Garten oder Saal: Täglich:  
**Gr. humorist. Solree.**  
(Gesangs-vortrage, Theater und  
Ballet-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,  
und Sonnabends: Tanzkränchen.  
Anf.: Bogenentags 8, Sonntag  
7 Uhr. — Alle Bogen gültig.  
Im Restaur.: Mittagslich 75 Pf.  
Ge. u. H. Söte zu Beklichkeiten  
aller Art.  
Max Saeger.

**Freie Volksbühne**  
Nächste Vorstellungen:  
Neues Schauspielhaus: **Ernst sein.**  
Thalia-Theater: **Die Pariserin.**  
Thalia-Theater: **Der Dorftrann.**

**Abendabteilungen**  
im Neuen Schauspielhaus am 20., 23., 30. Mai:  
**Der Flieger.**  
Posse in 3 Akten von Hans Brenner. Musik von Beermann.  
Titelrolle: **Harry Walden.**  
Gastkarten für die Nachmittagsmitglieder sind bei  
den Oblieuten und in den Zahlstellen vorher zu bestellen  
und im Theater beim Obmann abzuholen.  
240/20 **Der Vorstand.** L. V.: G. Winkler.

**Neue Welt Park**  
Hasenheide 108-114.  
Heute Donnerstag:  
**Elitetag**  
**Gr. Feuerwerk.**  
**Doppel-Konzert**  
und  
**Vorstellung.**  
Entree 50 Pf. — Kinder 25 Pf.

**Wilhelm  
Hagenbecks**  
größte Raubtier-  
Dressur-Schau  
der Erde  
**Bülow-Platz**  
Kaiser-Wilhelm-Straße  
Ecke Linien-Straße  
Nähe Alexanderplatz.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:  
**2 Vorstellungen**  
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.  
Tägl. vorm. von 10-12 1/2 Uhr  
Besichtigung, Probe u. Fütterung.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10-5 Uhr 1 Pf., 6-8 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 St.

**Städtebau-Ausstellung**  
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.  
Königl. Akademische Hochschule,  
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze.  
Kunst a. d. Str. Verkehrssysteme.  
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.  
Arbeiter-siedlungen. Groß-Berlin.  
19. Mai: Kgl. Ober- und Geh.  
Baurat Stübgen: „Regelmäßig-  
keit und Unregelmäßigkeit im  
Städtebau“ (Lichtbilder).

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sönger  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Stimmführer n. Moyaet  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Max Kliems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolph Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Artlat. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Wittheim.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Entr. 15 Pf. Wöhe od. Schape grat.

**Für den Inhalt der Inserate**  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.



Der 20. Verbandstag des Deutschen Technikerverbandes in Stuttgart.

Der Deutsche Techniker-Verband besteht bereits über 25 Jahre und zählt 28 000 Mitglieder. Seine Tagungen beanspruchen darum mit Recht das Interesse nicht nur der Beteiligten, sondern auch über diese Kreise hinaus. Das kam bei der Eröffnung des 20. Verbandstages zum Ausdruck, die am Sonnabend, den 14. d. M., durch den Verbandsvorstand, Herrn Architekt Seidel, erfolgte. Das Ministerium des Innern, des Auswärtigen, des Kultus- und des Finanzministerium waren vertreten, ebenso die Zweite Kammer durch ihren zweiten Präsidenten, Ramens der Stadt Stuttgart wurde der Verbandstag durch Herrn Gemeinderat Dr. Ratties begrüßt. Vertreten waren ferner die Handelskammer, der Hansabund und viele technische Vereine. Die Ziele des Verbandes legte Herr Schubert, Redakteur der „Deutschen Techniker-Zeitung“, dar. Darauf ergriff Herr Professor Wilbrandt-Kübingen das Wort zu seinem Vortrag:

„Technik und Organisation.“

Der Redner schloß seinen Vortrag mit einer lebhaften Aufforderung zur Vertretung des Organisationsgedankens durch den Deutschen Techniker-Verband.

Der Verbandstag beschäftigte sich nunmehr mit einzelnen Fragen der inneren Verwaltung, die zu einer Neorganisation des Verbandes führen sollen.

Zweiter Tag.

Heute traten die 250 Abgeordneten aus allen Teilen des Landes zusammen, um den Geschäftsbericht entgegenzunehmen. Aus dem Bericht geht eine Steigerung des Umsatzes in allen Abteilungen hervor. Die Mitgliederzahl ist auf 28 000 gestiegen. Das Organ des Verbandes, die „Deutsche Techniker-Zeitung“, erscheint in einer Auflage von 31 000 Exemplaren. Stellenlosenunterstützung, Stellenvermittlung und Rechtsschutz beanspruchen auch im laufenden Jahre wieder bedeutende Mittel. Die Ergebnisse dieser Abteilungen werden als zufriedenstellend und segensreich wirkend aufgefaßt. Hiernach erstattete das erste Referat über das Verbandsprogramm Herr Redakteur Schubert-Berlin. Es fand einstimmig Annahme und laute:

Der Deutsche Techniker-Verband betrachtet sich als Glied der sozialen Bewegung und unterstützt deshalb eine einheitliche Sozialpolitik mit dem Ziel eines allgemeinen Arbeitsrechtes und einer staatlichen Fürsorge für alle Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene. Im besonderen tritt er für die Förderung des Rechtes seiner Mitglieder, für die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage und für die Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der deutschen Techniker ein.

Neben der Selbsthilfe stützt sich der Deutsche Techniker-Verband auf die Gesetzgebung. Er fordert als obersten Grundsatz ein freies Vereinigungsrecht für alle Staatsbürger, das den Berufsverbänden Rechtmäßigkeit erteilt. — Ferner heißt es in dem Programm:

Wir fordern gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und rechtlichen Anspruch der technischen Angestellten auf Erholungsurlaub. Alle technischen Angestellten sind rechtlich gleichzustellen. Alle auf Privatdienstvertrag in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Techniker sind der Gewerbeordnung zu unterstellen. Die Konkurrenzklausele ist zu beseitigen. Die Abnahme des Ehrenwortes im Dienstvertrag und die Vereinbarung sogenannter heimlicher Konkurrenzklausele sind zu bestrafen. Der Deutsche Techniker-Verband unterstützt alle Bestrebungen zur Erzielung von Mindestgehältern und spricht sich für den Abschluß von Tarifverträgen aus. Das Eigentumsrecht der Angestellten an ihren Erfindungen und das Urheberrecht der künstlerisch tätigen Angestellten an ihren Werken ist gesetzlich anzuerkennen und ein Anteil an der Bewertung festzusetzen. Bei militärischen Pflichtenübungen bis zur Dauer von acht Wochen ist das Gehalt fortzuzahlen. Die Dienststationen sind nach zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen sicherzustellen. Für Pfändungen ist das Existenzminimum auf 2000 Mk. zu erhöhen. Das Zeugnisrecht ist dahin zu verbessern, daß der Unternehmer zur genauen Angabe des Spezialfaches, in dem der Angestellte tätig war, verpflichtet ist. Die Gewerbegerichte sind mit den Kaufmannsgerichten zu vereinen und zu Arbeitsgerichten mit besonderen Abteilungen auszubauen. Wir fordern Arbeitskammern auf territorialer Grundlage mit besonderen Abteilungen für Angestellte. Eine ausreichende Vertretung in diesen, ferner in den Zentralstellen für Handel und Industrie der einzelnen Bundesstaaten und im Reichsarbeitsrat ist dringend notwendig. Die Organisationsbeamten sollen für diese Einrichtungen wählbar sein. Die Gewerbeaufsicht ist auf die für technische Angestellte erlassenen Schutzbestimmungen auszubauen. Die Verhältnisse der technischen Angestellten sind durch die öffentlichen Statistiken eingehend zu erfassen. Die obligatorische Einführung von Beamtenausschüssen in Betrieben mit über 15 Angestellten ist anzustreben. Der Ausbildung der technischen Angestellten widmet der Verband seine besondere Aufmerksamkeit, damit ein tüchtiger Nachwuchs herangebildet wird. Die Mitwirkung des Deutschen Techniker-Verbandes bei Organisationsfragen technischer Schulen und bei deren Gründung ist unbedingt zu fordern. Die Vorbildung der Vermessungsingenieure ist durch technische Mittelschulen im Anschluß an die bestehenden staatlichen Baugewerkschulen zu regeln.

Reichsversicherungsordnung

ergriff Herr Architekt Kaufmann-Berlin das Wort. Es wurde ebenfalls einstimmig folgendes angenommen:

Der 20. Verbandstag des Deutschen Techniker-Verbandes kann in dem Entwurfe zur Reichsversicherungsordnung nur dann eine geeignete Grundlage zur Verbesserung unserer sozialen Versicherungsbeschickung erblicken, wenn darin weitgehende Änderungen vorgenommen und dabei die berechtigten Wünsche der Versicherten erfüllt werden. Der Entwurf enthält neben ungenügenden Verbesserungen sehr jäfäbare Verschlechterungen, deren Beseitigung unbedingt gefordert werden muß. Insbesondere bedeutet die bei der Krankenversicherung an die Halbierung der Beitragsleistung geknüpfte Aenderung des Stimmrechtes eine Beschränkung der Selbstverwaltung der Versicherten zugunsten der Arbeitgeber, gegen die der Verbandstag Widerspruch erhebt. Unbeschadet der prinzipiellen Forderung, daß die sozialen Versicherungen Reichsanstalten sein sollen und daher alle privaten Ersatzinstitute grundsätzlich abzulehnen sind, protestiert der Verbandstag weiter gegen die ungleichartige Behandlung der nach dem Regierungsentwurfe bestehenden Sonderklassen durch Bevorzugung der Betriebs- und Innungs-Krankenkassen und Zurücksetzung der auf freier Selbsthilfe beruhenden, den besonderen Standesbedürfnissen angepaßten Hilfsklassen.

Der Verbandstag richtet an den Hohen Reichstag die dringende Bitte, die Reichsversicherungsordnung nicht zu verabschieden, ohne die berechtigten Wünsche der technischen Privatangeestellten berücksichtigt zu haben. Der Verbandstag macht Vorschläge für Organisation und Verfahren, für die Krankenversicherung, für die Unfallversicherung, für die Invalidenversicherung und für die Hinterbliebenenversicherung.

Zu der Frage, die unter den Privatangeestellten gegenwärtig im Mittelpunkt steht, zur Pensionsversicherung, erklärt der Verbandstag folgendes:

In Uebereinstimmung mit seinen Leitfäden zur Reichsversicherungsordnung wünscht der Verbandstag in der von der Re-

gierung geplanten Zusatzklasse diejenigen Forderungen der Privatangeestellten verwirklicht zu sehen, denen die Reichsversicherungsordnung nicht gerecht wird, an erster Stelle die Forderung der Berufsunfähigkeit und weitergehende Hinterbliebenen-Fürsorge. Die die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht der Angestellten beeinträchtigenden privaten Verpensionsklassen kann der Verbandstag nicht als ausreichende Versicherungseinrichtungen anerkennen und lehnt daher deren Zulassung als Ersatzinstitute ab.

Der Verbandstag bittet den Hohen Reichstag, dem er gleichzeitig dankt für sein bisheriges energisches Drängen in der Pensionsversicherungsfrage, die zu erwartende Gesetzesvorlage mit tunlichster Beschleunigung durchzuarbeiten, damit noch in dieser Legislaturperiode die wichtige Frage der Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Angestellten gelöst wird.

Wenn die staatliche Pensionsversicherung die berechtigten Wünsche der Privatangeestellten erfüllt, bedeutet dies einen neuen Fortschritt unserer sozialen Bestrebungen, der auf die Existenzbedingungen der deutschen Industrie eine heilsame Rückwirkung äußern wird.

Beamtenrecht

sprach Dr. Günther-Berlin. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Richtlinien: Der 20. Verbandstag des Deutschen Techniker-Verbandes stellt im Sinne einer Vereinheitlichung und liberaleren Ausgestaltung des Beamtenrechtes, sowie im Interesse der technischen Beamtencategorien folgende Leitfäden auf: Möglichste Vereinheitlichung und, dem Vorgange süddeutscher Staaten entsprechend, Reformen des allgemeinen Beamtenrechtes, grundsätzliche Gleichstellung aller Beamtencategorien ohne Rücksicht auf ihre dienstlichen Funktionen, Einführung von Beamtenausschüssen, uneingeschränktes Petitions-, Versammlungs- und Vereinsrecht, Freizügigkeit in bezug auf den Wohnsitz. Staatliche und gemeindliche Unterstützung aller genossenschaftlichen Bestrebungen der Beamten, insbesondere in der Wohnungsfrage, gegebenenfalls Beschaffung geeigneter Wohnungen durch Staat und Gemeinde. Regelung und möglichste Einschränkung des Privatdienstvertrages bei Behörden, Fortfall aller unzeitgemäßen und unsozialen Bestimmungen aus den Verträgen, Einführung geregelter Urlaubsverhältnisse, gesetzliche Festlegung der Gehaltszulagen. Ausdehnung der Gewerbeordnung, des Kranken- und Unfallversicherungszwanges, sowie des Personenkreises der Arbeitskammern auf alle im Privatdienstvertrage Beschäftigten. Gleichstellung der technischen Angestellten mit allen gleichwertig vorgebildeten Angestelltenkategorien, Beseitigung der Bevorzugung der Militäramtler, Zulassung des technischen Berufes zu allen Verwaltungsdienststellen des Staates und der Gemeinde. Gewährleistung des Eigentums an Erfindungen, ebenso für Beamte wie Privatvertragsbeschäftigte. Wählbarkeit beider Kategorien als Stadtverordnete oder Gemeindebevollmächtigte.

Der Verbandstag nimmt die Gelegenheit wahr, sich auf das wärmste für eine energische Kommunalpolitik auszusprechen. Er begrüßt es im speziellen, daß in der Wohnungsaufsicht mehr und mehr technische Kräfte Verwendung finden und erwartet, daß die immer stärkere Heranziehung des Technikerstandes zu den Aufgaben von Staat und Gemeinde beiden Teilen zum Vorteil gereichen wird.

An der Debatte beteiligten sich Sasse-Kiel, der das Wort der Techniker in die Verhandlungen befürwortete. Leonhard-Kassel verwahrt sich gegen Angriffe des Organs des Vereins mittlerer Staatsbaubeamten, die eine Ueberhebung gegen die gemeinsamen Interessen darstellen.

Kohler-Charlottenburg wendet sich gegen das Steuerprivileg der Beamten und wünscht Beseitigung.

Die anregenden Ausführungen beschloß ein Referat des Herrn Leng-Dortmund über die

Arbeitszeit.

Die Unterlagen für den Bericht über die Arbeitszeit lieferte die statistische Abteilung des Verbandes. Ein umfangreicher Bericht über diese Statistik, der über 12 000 Fragebogen zur Verfügung steht, wird nächstens veröffentlicht werden.

Der 20. Verbandstag des Deutschen Techniker-Verbandes stellt als vorläufiges Ergebnis seiner Statistik vom Jahre 1910 über die Arbeitszeit der technischen Angestellten fest, daß heute noch die neun- und mehrstündige Arbeitszeit in Baugewerbe und Industrie überwiegt, aber schon eine starke Tendenz nach achtsündiger Arbeitszeit in den Beamten- und auch in den Kreisen der technischen Privatangeestellten der Industrie unverkennbar ist. Das immerhin noch häufige Vorkommen einer Arbeitszeit von 11, 12 und noch mehr Stunden — vor allem auch in der vielfach gewählten Form unbegahlter Ueberstunden — besonders in den kleineren Betrieben des Baugewerbes erachtet der Verbandstag als ebenso sozial bedauerlich wie wirtschaftlich nicht begründet. Der Verbandstag wünscht die Arbeitszeit auf dasjenige Maß verfürzt, welches die Leistungsfähigkeit der Angestellten hinreichend berücksichtigt und ihm zugleich Zeit für seine Fortbildung, Erholung und Anteilnahme am öffentlichen Leben gewährt. Der Verbandstag sieht eine Erfüllung dieser Forderungen im allgemeinen in der Festlegung einer achtsündigen Arbeitszeit.

Ebenso wie bei der Gehaltsfrage ist auch bei der Arbeitszeit weitgehende Regelung durch Tarifverträge anzustreben. Daneben wird die Gesetzgebung anerkannten Mißständen, insbesondere allzu ausgebreiteter Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Nacharbeit und unbegahlter Ueberarbeit entgegenzuarbeiten haben.

Im einzelnen fordert der Verbandstag von den gesetzgebenden Körperschaften:

- 1. Verbot der Sonntags- und Nacharbeit.
2. Einschränkung und grundsätzliche Bezahlung von Ueberstunden.
3. Festlegung einer Maximalarbeitszeit für gesundheitschädliche und einer Mindestarbeitszeit für durchgehende Betriebe.
4. Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens zwei Wochen.

Sasse-Kiel legt über die geteilte Arbeitszeit der Kaiserlichen Werften, die jetzt eingeführt wird. Die Wohnungsverhältnisse in Danzig, Kiel, Wilhelmshaven bedingen eine verständnisvolle Regelung der Arbeitszeit. Aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen ist eine durchgehende, die sogenannte englische Arbeitszeit zu fordern.

Dr. Günther-Berlin spricht sich dafür aus, daß sich die Tarifverträge am besten zur Regelung der Arbeitszeit eignen.

Kadutz-Kiel befürwortet durchgehende Arbeitszeit.

Wendler-München tritt für den Tarifvertrag ein und berichtet, daß in Bayern Tarifverträge für technische Angestellten abgeschlossen werden.

Am dritten Verhandlungstage

beschäftigten sich die Abgeordneten mit der Neorganisation der Verbandsgliederung. Für den Unbeteiligten war es ein interessantes Bild, innerhalb einer Organisation, die schon über 25 Jahre besteht, das Ringen von alter und neuer Richtung zu beobachten. Die Minderheit trat für die paritätische Verfassung des Verbandes ein, während fast zwei Drittel aller vertretenen Stimmen sich dafür aussprachen, Arbeitgeber künftig nicht mehr aufzunehmen.

Es wurde beschlossen, Stellenvermittlung und Stellenlosenunterstützung noch besser auszubauen.

Zur Verbesserung des technischen Schulwesens wurden Entschlüsse gefaßt, ebenso zum Patentrecht. Der Verband gliedert sich künftig in vier Gruppen: Bautechniker, Maschinenbauingenieure, Staatstechniker, Gemeindebauingenieure. Die Debatten zeigten, wie tatkräftig alle Teilnehmer bemüht waren, einen Organismus zu schaffen, der am besten geeignet ist, dem Ansehen des technischen Berufsstandes zu entsprechen.

In einer Entschlußung erklärt der Verbandstag zur Bauarbeitersperre:

„Das Reichsamt des Innern möge in eine Vermittlungsaktion zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen im Baugewerbe in tunlichster Eile eintreten. Es handelt sich für ihn neben der Förderung der Gesamtwohlfaht um die Interessen seiner Mitglieder, von denen immer weitere Kreise durch die Aussperungen in Mitleidenschaft gezogen werden, während in einzelnen Fällen auch versucht worden ist, Techniker als Streikbrecher heranzuziehen.“

Wie sehr sich die Verhältnisse auch im Baugewerbe für die technischen Angestellten verschärfen, bewies ein Telegramm aus Wefel, in dem mitgeteilt wurde, daß dort ein Bautechniker wegen seiner Zugehörigkeit zum Verbandsamt entlassen worden sei. Mit Entschiedenheit verurteilt der Verbandstag diese Verletzung des Koalitionsrechtes.

Nach den Wahlen wurde bestimmt, 1912 nach Köln den 21. Verbandstag einzuberufen.

10. Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands.

Nürnberg, 17. Mai 1910.

Der Verbandstag ist besetzt von 14 Delegierten, als Gäste sind anwesend Wannesbarth-Bien als Vertreter der österreichischen und Rauchenher-St. Gallen als Vertreter der schweizerischen Brudervereinigung. Ferner Knoll-Berlin für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Ehlorn und Langner-Berlin für den Hauptvorstand und Stadel-Altona als Obmann des Verbandsausschusses.

In der ersten Sitzung am Montag wurde das Bureau gewählt und zur Vorberatung der neuen Statuten eine dreigliedrige Kommission eingesetzt.

Am zweiten Verhandlungstage wurde eine geschlossene Sitzung abgehalten, die den ganzen Vormittag in Anspruch nahm, sodah die eigentliche Tagesordnung erst nachmittags in Angriff genommen werden konnte. Nach Erledigung des ersten Punktes Geschäftliches wurden die

Rechnenschaftsberichte

entgegengenommen. Ehlorn machte noch längere Ausführungen zu dem gedruckten Bericht, wobei er hauptsächlich auch den nach 1907 eingetretenen Mitgliederrückgang behandelte. Eine der Hauptursachen sei wohl die wirtschaftliche Krise, die auch am Friseurberufe nicht spurlos vorübergegangen sei; aber auch die Beitragserhöhung von 40 auf 50 Pf. habe ein wenig mitgewirkt. Doch ist Redner der Meinung, daß die Erhöhung notwendig war, wäre sie nicht vorgenommen worden, so wären die Folgen des Rückgangs noch weit schlimmer fühlbar geworden, als es so schon der Fall war. Die Beitragserhöhung hat ferner ihre Wirkung auch dahin geübt, daß in manchen Orten die Lokalbeiträge ganz abgeschafft oder verringert wurden, jetzt ist aber diese Wirkung bereits wieder überstanden, man hat wieder auf die Erhöhung oder Erhebung der Lokalbeiträge zurückgegriffen.

Der Vorstand glaubte angesichts des Mitgliederrückgangs dem Verband vermehrte Zugänge durch Erweiterung des Mitgliederkreises zu verschaffen, indem er die Schaffung einer dann auch durch Urabstimmung angenommenen zweiten Beitragsklasse mit 30 Pf. vorschlug. Da die Klasse erst ein halbes Jahr in Kraft ist, läßt sich ein abschließendes Urteil noch nicht abgeben, doch glaubt Redner schon konstatieren zu können, daß sich die gebotenen Erwartungen nicht erfüllt haben. In Orten mit der zweiten Beitragsklasse habe der Verband jetzt weniger Mitglieder als früher bei dem höheren Beitrag. Es sei verfehlt, von niedrigen Beiträgen eine höhere Mitgliederbewegung zu erhoffen, der Verband könne nicht unter 50 Pf. heruntergehen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Redner auch auf die Angriffe zu sprechen, die in einem Artikel des Genossen Leipart in den „Soz. Monatsheften“ und in einer Notiz des Kochblatts der Gärtner gegen den Friseurverband in Sachen der Wohlfahrtsfrage erhoben wurden und die zur Folge hatten, daß der Verband zur Abwehr dem Hamburger Gewerkschaftskongress eine Denkschrift unterbreitete. Der Gewerkschaftskongress nahm zur Wohlfahrtsfrage eine Resolution an, die aus den Kongressberichten bereits bekannt ist.

Langner-Berlin erhaltet den

Rassenbericht.

Der vorliegende Rassenbericht verzeichnet für den Verband an Reineinnahmen insgesamt 116 637,07 Mk. Reineinnahmen insgesamt 114 476,18 Mk. mithin an Mehreinnahmen 2 160,89 Mk. Hierzu die Bestände vom 30. Juni 1907 mit 10 805,80 Mk. Bestände am 31. Dezember 1909 12 967,69 Mk.

Die Einnahme pro Mitglied betrug 54,42, die Ausgabe 63,40, der Rassenbestand 6,05 Mk.

Die Hauptklasse verzeichnet eine Reineinnahme von 64 613,23 Mk. bei einer Reineinnahme von 65 172,06 Mk. mithin eine Mehrausgabe von 558,83 Mk. oder 0,9 Proz.

Im Verhältnis zu den Einnahmen der Hauptklasse betragen die Verwaltungskosten 17,8 Proz., und zwar die persönlichen Ausgaben 14,4 Proz., die sachlichen 3,4 Proz.; die Erwerbslosenunterstützung erforderte 19 Proz., das Verbandsorgan 10,7 Proz., die Ortsverwaltungen geleisteten Zuschüsse 12 Proz., die Agitation 11,7 Proz., die Lohnbewegungen 6,2 Proz. und die übrigen Ausgaben 17,5 Proz. der Einnahmen.

Günstiger gestaltete sich dieses Verhältnis bei den Lokal-Lassen, die bei einer Gesamteinnahme von 115 092,10 Mk. eine Reineinnahme von 62 212,60 Mk., d. h. 54,4 Proz. der Gesamteinnahme (also einschließlich der für die Hauptklasse) zu verzeichnen hatten, bei einer Reineinnahme von 49 303,12 Mk., d. h. 42,7 Proz. der Reineinnahme. Die Verwaltungskosten betragen bei den Lokallassen dagegen 53,6 Proz. und zwar persönliche 36,2 Proz. und sachliche 17,4 Proz.

Die Ausgaben für Agitation 13,5 Proz., die Kartell- und Sekretariatsbeiträge 3,7 Proz., Lohnbewegungen 3,9 Proz. und die übrigen Ausgaben 10,7 Proz., bei einer Mehreinnahme von 5,6 Proz. Der Bericht läßt deutlich erkennen, daß die finanzielle Lage des Verbandes im allgemeinen und die der Hauptklasse im besonderen außerordentlich ungünstig ist. Es muß deshalb Aufgabe des Verbandstages sein, geordnetere Verhältnisse herbeizuführen.

Nachdem Stadel-Altona als Obmann des Ausschusses über die wiederholten Revisionen berichtet und die dem Ausschuss als etwas schwerfällig bezeichnete Durchführung des Rassenberichts beanstandet, geht eine längere Diskussion über die Vorstandsberichte ein, in der jedoch keine erheblichen Bemängelungen der Verbandsleitung vorgebracht werden.

Eingegangene Druckschriften.

Der Tropenpflanzer. Nr. 5. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Organ des Kolonialwirtschaftlichen Komitees. Herausgegeben von D. Warburg u. A. Wollmann. Erscheint monatlich. Jahrg. 12 Nr. — Verhandlungen des Kolonialwirtschaftl. Komitees. 1910. Nr. 1. (Sammlungskommisionen) 72 Seiten. Selbstverlag des Kolonialwirtschaftl. Komitees, Berlin, Unter den Linden 43.

Tierbau und Tierleben. Von R. Heise und F. Dörflein. 1. Band. Der Tierkörper als selbständiger Organismus. Gebunden 20 Mk. und 22 Mk. B. G. Teubner, Leipzig.

Die Geldwähe. Roman von E. Bergner. 4 Bde., geb. 5 Mk. — Der erste Dandy. Roman von 1812. Von D. Hoffing. 3 Bde., gebunden 4 Mk. D. Jantsch, Berlin, Anhalterstr. 11.



